



1903

Nr. 12

Der Wiener Gesamtparteitag.

Von

Wilhelm Ellenbogen.

(Wien.)

Die Parteitage der *Socialdemokratie in Oesterreich* — sich *österreichisch* zu nennen, vermeidet sie als Ganzes und in ihren einzelnen Teilen krampfhaft — zerfallen bekanntlich in zwei Kategorien: in den alle in Oesterreich organisierten Gruppen umfassenden, also internationalen Gesamtparteitag und die Parteitage der einzelnen nationalen Gruppen, also der deutschen, czechischen, polnischen, italienischen, slovenischen, ruthenischen Socialdemokratie in Oesterreich. Sie alternieren von Jahr zu Jahr, so dass heuer der Gesamtparteitag, nächstes Jahr die nationalen Tage stattfinden, dann wieder der Gesamttag u. s. w. Dieser internationale Congress ist ein Schulbeispiel dafür, wie eine Einigung über nationale Unterschiede hinweg gefunden werden kann, und zugleich eine Lösung des Rätsels, warum Oesterreich sie nicht finden kann. Der socialdemokratische Gesamtparteitag ist möglich durch die Kraft des gemeinsamen Willens, der allen österreichischen Socialdemokraten eigen ist. Dieser aus dem gemeinsamen Classeninteresse geborene Wille vermag Berge zu versetzen und selbst das noch Schwierigere: die giftig zugespitzten nationalen Feindseligkeiten zu beruhigen, ihnen den Stachel zu nehmen und ein friedliches Zusammenarbeiten, ja sogar — für einen österreichischen Politiker das Unglaublichste — eine geordnete und sachlich gedrängte Debatte zu ermöglichen. Es ist nicht zu verwundern, wenn die erbgessene Demagogie der bürgerlich-nationalen Parteien hie und da in Flämmchen selbst in die socialdemokratischen Beratungen hineinzuckt, aber wer die Heftigkeit des nationalen Kampfes in Oesterreich kennt und miterlebt, wird in fassungslosem Staunen dem Wunder dieses Congresses gegenüberstehen. Hier macht sich die Sache scheinbar ganz von selbst. Bis auf die Czechen, die dazu wohl auch nur durch taktische Erwägungen geleitet sind, bedienen sich alle Delegierten des Deutschen als Verhandlungssprache, und wenn ja einer ihrer nicht mächtig sein sollte, so bedeutet die Uebersetzung seiner Rede keine den Gang der Beratungen wesentlich beeinträchtigende Verzögerung. Dass aber der inter-

nationale Gesamtwille so stark zum Ausdruck kommen kann, hat seine Ursache in der Ableitung der nationalen Sonderwünsche, soweit sie auch in der Partei eine Rolle spielen, in die entsprechenden Seitenkanäle der nationalen Autonomie. Der Staat Oesterreich will sich, wenigstens vorläufig, zu diesem Mittel nicht entschliessen, darum überwuchert der nationale Separatismus das staatliche Leben so sehr, dass die Einheit dieses Staates nicht zu Ausdruck und Geltung kommen kann. Ja, je länger man den nationalen Bestrebungen, die ja vielfach so berechtigt sind, keinen Boden zum ruhigen Ausleben bietet, desto zersetzender werden sie sich an dem Staat rächen, indem sie ihn allseitig als Instrument für ihre Durchsetzung gebrauchen und missbrauchen. *Δός μοι τὸν σπῆρ.* rufen sie dem Staate zu, und da er sie in der Luft hängen lässt, stellen sie sich auf ihn, trampeln auf ihm herum und glauben, dass sie die Welt bewegen.

Die Tagesordnung des Parteitages bot diesmal keine sogenannte *Sensation*, er war ein geschäftlicher Congress, der die laufenden Angelegenheiten der Partei zu erledigen hatte. Ueber den Dualismus war überdies schon im Vorjahre auf einigen nationalen Parteitagten gesprochen worden, und das glänzende Referat Austerlitz' präcisirte in geistreicher und gründlicher Weise den Standpunct der Gesamtpartei dahin, dass sie die Trennung Oesterreichs von Ungarn als die unerlässliche Voraussetzung der gedeihlichen Weiterentwicklung beider Teile ansehe, ohne die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses in einer gewissen Form abzulehnen. Beim Punct *Consumvereine* wurden die schon auf dem Brünnener Parteitag festgelegten näheren Beziehungen zwischen der Partei und dieser Form der ökonomischen Organisation noch ein wenig fester geknüpft und die Bedeutung dieser letzteren für den socialen Kampf der Arbeiterschaft lehrhaft erörtert. Dem vielfach auf früheren Parteitagten geäusserten Wunsche auf Discussion der Alkoholfrage trug ein vorzügliches Referat des Dr. Fröhlich Rechnung. Die Abstinenzbewegung macht nämlich in Oesterreich bewundernswerte Fortschritte. Eine ganze Anzahl von Arbeiterabstinenzvereinen wirkt mit lebhafter Agitation in ihrem Sinne, und sie hat eine Reihe höchst beachtenswerter Resultate erzielt, indem sie nicht nur Gewohnheitstrinker bekehrte, sondern speciell Angehörige von Arbeiterkategorien, die für den Alkohol geradezu prädestiniert erscheinen, wie Feuerarbeiter, Kutscher und dergleichen, das Trinken abgewöhnte und dadurch für nützliche Arbeiten im Interesse der Partei gewann. Es ist selbstverständlich, dass die Partei die Abstinenz nicht ins Programm aufnehmen kann, aber gegen die Laster der Unterdrückten wettern, ohne den Finger zu ihrer Beseitigung zu rühren, das ist wohl Sache der bürgerlich-demokratischen Declamatoren, nicht aber der in der Tat als ihrem Element lebenden Socialdemokratie. Indem der Parteitag »den Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnersichen Bestrebungen« empfiehlt, setzt er seine Autorität zur Bekämpfung des Suffs und der durch ihn bewirkten Verblödung ein, und hält zugleich die richtigen Grenzen seiner Wirksamkeit ein.

Weder bei diesen Verhandlungsgegenständen, noch bei der Frage der Socialpolitik und den Einzelanträgen gab es eine ausserordentliche Debatte. Und doch hat der Parteitag eine hervorragende Bedeutung, die freilich

weniger in einzelnen Aeusserungen, als in seinem Gesamtcharakter liegt. Am deutlichsten trat dieser bei der einzigen Debatte hervor, die grösseren Umfang annahm, der über die parlamentarische Tätigkeit.

Um diese Debatte ganz zu begreifen, muss man kurz die österreichischen parlamentarischen Verhältnisse ins Auge fassen. Oesterreich, das Land der Widersprüche, der Unwahrscheinlichkeiten, der irrationalen Zahlen, ist ganz speciell auf parlamentarischem und administrativem Gebiet das Land der merkwürdigsten Antinomien. Despotismus mischt sich hier mit Schlamperei, Brutalität mit Gemütlichkeit, steifer Bureaokratismus mit sentimentaler Modernität. Der Haudegen, der den Militarismus als Landesverteidigungsminister vertritt, fordert heute das Militair gegen den Feind im Innern und flötet morgen von der Liebe aller ohne Ausnahme zu unserer glorreichen Armee. Gestern wurde auf Arbeiter geschossen, heute wird ein socialpolitischer Gesetzentwurf vorgelegt, um 8 Uhr früh wird mit dem Absolutismus, um 9 Uhr mit dem allgemeinen Wahlrecht gedroht. Dieser fahrige Cours der Politik, zusammen mit der Gemütlichkeit des Volkscharakters und seiner Abneigung gegen schwere und dauernde Conflict, sowie der geistigen Geringswertigkeit der Politiker hat einen neuen politischen *Knigge* erzeugt, das österreichische Parlament schafft vor allem andere politische Umgangsformen, als die anderer Länder. Derselbe Abgeordnete, der soeben einen Collegen als ein *noch nie dagewesenes Mordsviech* qualificiert hat, geht mit ihm im nächsten Augenblick im trauten Gespräch im Couloir spazieren, und derselbe Minister, der eben ein *Schuft* geheissen wurde, begrüsst gleich darauf diesen lebenswürdigen Gegner mit einem herzlichen *Servus!* Diese freundlichen Gewohnheiten sind zum grössten Teil durch die Unsicherheit der politischen Situation bestimmt, die jeden zwingen, an die Möglichkeit zu denken, mit jedem Gegner im nächsten Moment Schulter an Schulter zu marschieren, aber auch sich gegen die Wähler den Rücken durch ausgiebige Roheit gegen diesen Gegner zu decken. Dazu kommt noch die hereditäre Feigheit und Ueberzeugungslosigkeit unserer Staatsmänner, die heute ein Blutbad anzurichten vermögen, und wenn dann ein genügend accentuiertes Geschrei erhoben wird, klein begeben und durch allerhand Concessionen den Schreibern den Mund zu stopfen suchen.

Aus dieser Mark- und Haltlosigkeit der bürgerlichen Politiker, dieser Richtungslosigkeit der Regierungspolitik, dieser fauligen Zerfahrenheit des Parlaments suchen nun die Socialdemokraten zu gunsten des Proletariats so viel herauszuschlagen, als nur möglich. Es wäre wahrlich lachlich, gegen einen Schneider oder Franko Stein mit der geschichtlichen Entwicklung, mit collectivistischer und individualistischer Production und dergleichen zu operieren. Dazu ist das verblödetste aller Parlamente nicht der Ort, das wäre eine Sprache, die man dort nicht verstünde. Es ist begreiflich, dass jedem socialdemokratischen Abgeordneten die Rolle, die er spielen muss, bis in die Seele zuwider ist, aber so oft man ansetzt, die grossen Gesichtspuncte der Partei zu entwickeln, man hat immer das Gefühl, dass man tauben Ohren predigt und sich lächerlich macht, man hat die Empfindung des Poseurs. Gleichwohl suchen die Genossen eifrig nach solchen befreienden Augenblicken, wo sie Princip gegen Princip in die Wag-

schale werfen, das Revolutionäre aus allen Fragen herausuchen können. Aber die eigentliche Domaine der österreichischen Socialdemokraten ist der praktische Kampf, das Streben nach Erfolgen. Zu alledem kommt der aus geschichtlichen Gründen erklärliche vollständige Mangel an *Theoretikern*, so dass uns sowohl die Buchstabendeuterei, als die Phantasterei erspart bleibt. Das sind die Gründe, warum so scharfe Debatten, wie in Dresden, mit ihrem überaus hässlichen Nachspiel uns fehlen, und ich könnte keinen Oesterreicher nennen, der das letztere bedauert. Es gibt auch bei uns Bebelanheter und Vollmarfreunde. Aber in unserem *Radicalsten* steckt ein starkes Stück Opportunismus, und er steht mit einem guten Teil seines Empfindens und Urteilens auf der Seite dessen, den er *principiell* bekämpft, weil sich jedem die österreichischen Tatsachen unwiderstehlich vors Auge stellen. Deshalb ist bei uns auch eigentlich eine scharfe Grenze zwischen *Radicalen* und *Opportunisten* oder gar *Revisionisten* und *Orthodoxen* gar nicht zu ziehen. Und wenn es möglich war, Adler einen *Oberrevisionisten* zu nennen, denselben Adler, der gegen den Revisionismus unmittelbar vor Dresden geschrieben hatte, so vermochte dies Adler in seiner eleganten und geistreichen Weise für den Augenblick abzuwehren, aber die Tatsache, dass er sich mit seinem Eintreten für die Assentierung aller für ein Jahr, die Revolutionierung des Militarismus von innen heraus, und mit der Anerkennung seiner pädagogischen Tätigkeit selber einen Ketzler nannte, deutet darauf hin, dass er der Hieb-, Stich- und Kugelfestigkeit seiner Orthodoxie nicht recht traut. Es wäre übrigens höchst unpassend, aus den wenigen hingeworfenen Bemerkungen Adlers irgend ein Kriterium nach irgend einer Richtung zu construieren, ich überlasse das unseren Kirchenvätern. Doch hatte er vollständig recht, wenn er sagte, der Gegensatz zwischen *Revisionisten* und *Radicalen* bestehe in Oesterreich nicht, weil hier die Bedingungen dazu fehlen. Uns Oesterreichern ist Dresden wirklich ein Rätsel. Wir vermochten von Natur aus bestehende Gegensätze zu paralysieren und ihre enorme Gefahr für die Partei zu beseitigen. Aber dass blosse Unterschiede der Temperamente oder Unterschiede zwischen Optimismus und Pessimismus oder in der Abschätzung von Zeitmassen zu so furchtbaren Beschimpfungen, zu Schiedsgerichten und hochnotpeinlichen Halsgerichtsordnungen, zu Mandatsniederlegungen und endlosem Zeitungskrakeel zum Gaudium der Gegner führen müssen, das geht uns Oesterreichern, wahrscheinlich weil wir die Einheit der Partei in hartem Kampfe bewahren mussten, nicht ein. Darum war die einzige grössere Debatte nur ein friedlicher Austausch von Meinungen, obgleich jedem Redner die eigene Anschauung so warm von Herzen ging, als nur irgendwo anders. Ich glaube, dass es in Wahrheit mit der Schärfe der Gegensätze auch in Deutschland nicht so weit her ist, dass dabei etwas zu viel Textkritik im Spiele ist, — aber ich habe über Dresden vielleicht schon mehr gesagt, als einem Oesterreicher zukommt.

Der Wiener Gesamtparteitag war ein ganzes ordentliches Stück Parteiarbeit. Er hat Meinungen geklärt, manche neue Frage aufgeworfen. Damit hat er seine Aufgabe erfüllt. Und dass er wieder einmal den Fortschritt in der geistigen Entwicklung der österreichischen Socialdemokratie constatirt, ihre Einheit befestigt hat, darin liegt seine Bedeutung.

Eine Million sechsmalunderttausend gleich Null.

Ein Epilog zu den preussischen Landtagswahlen.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Der erste in grösserem Umfang unternommene Versuch der Socialdemokratie Preussens, trotz der Mauer des Dreiclassenwahlsystems in den preussischen Landtag einzudringen, ist vorüber. Die Erwartung, dass es der Partei gelingen werde, wenigstens in einigen Wahlkreisen aus eigener Kraft die Wahl von Socialdemokraten durchzusetzen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Und ebensowenig ist es gelungen, die Parteien, die in Preussen als bürgerliche Linke auftreten, zu einer Politik zu veranlassen, welche sie selbst gestärkt und eine Anzahl Socialdemokraten vermöge eines Wahlpactes in den Landtag gebracht hätte. Eine Million und sechsmalunderttausend Reichstagswähler Preussens haben am 16. Juni 1903 durch ihre Stimmabgabe bekundet, dass sie in der Socialdemokratie die Partei ihres Vertrauens, ihrer Wünsche, ihrer Interessen erblickten. Sie werden im preussischen Landtag nicht einen Vertreter haben. Nicht einen einzigen. $1\ 600\ 000 = 0$. Das ist das Facit dessen, was sich in Preussen *Wahlrecht für die Volksvertretung* nennt!

Ein schwachvolles Resultat. Aber nicht für die Socialdemokratie. Sie hat in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen tapfer gekämpft und trotz eines Wahlsystems, das darauf angelegt ist, die Wähler vom Wahlact abzuschrecken, an verschiedenen Orten zum erstenmal die Massen in die Action gebracht und damit in ihrer Art wahrhaft bedeutsame Erfolge errungen. Das Dreiclassenwahlsystem hat allein noch nicht genügt, die Wahl von Socialdemokraten zu verhindern. Es musste noch zum Unrecht der Classenvorrechte der Scandal einer verrotteten Wahlkreiseinteilung hinzukommen, um dies Resultat zu bewirken. Wären die Wahlkreise nur einigermaßen gleichmässig eingeteilt, so würden Berlin und verschiedene seiner Vororte und Vorortbezirke, würden auch eine Anzahl Industrieorte in der Provinz Socialdemokraten in den Landtag entsandt haben. Denn so stark ist die Socialdemokratie heute, dass in Orten, wo die Arbeiterklasse die grosse Mehrheit der Bevölkerung bildet und nicht eine kleine Minderheit von Reichen neben der ersten auch die zweite Wählerklasse aus ihrer Mitte besetzt, auch die zweite Classe wachsende Zahlen socialdemokratischer Wahlmänner stellt. Dafür hat der jetzt beendete Kampf viele Beispiele geliefert.

Noch fehlt eine Gesamtstatistik der Wahlbeteiligung bei den Urwahlen, noch eine Uebersicht der bei diesen abgegebenen socialdemokratischen Stimmen und der Zahl der socialdemokratischen Wahlmänner. Mangels ihrer können unsere Wahlbetrachtungen natürlich sich vorerst nur auf Wertung gewisser markanter Tatsachen des Wahlkampfes beschränken.

Wenn wir oben bemerkten, dass bei zahlgerechter Abgrenzung der Wahlkreise die Socialdemokratie trotz des Dreiclassenwahlsystems Abgeordnete aus eigener Kraft durchgesetzt hätten, so kann man umgekehrt auch sagen, dass trotz der ungerechten Wahlkreiseinteilung die Socialdemokratie verschiedene Wahlkreise erobert hätte, wenn das plutokratische Pluralwahlrecht der ersten Wählerklasse nicht gewesen wäre, das den höheren Steuerzahlern bis über hundertmal mehr Wahlrecht verleiht, als der Masse der Wähler, eine Privilegierung des Besitzes, wie sie sonst in keinem Lande der Welt zu finden ist, wo überhaupt modern verfassungsmässiges Leben existiert. Nur kraft dieses erziputokratischen Pluralwahlrechts

sind die Freisinnigen in Berlin II, III und IV Sieger über die Socialdemokratie geblieben; in diesen drei Landtagswahlkreisen gab diese bevorrechtetste aller Wählerclassen den Entscheid gegen die Socialdemokratie.

Steckte in der Partei, die sich *freisinnige Volkspartei* nennt, noch ein Funken echt demokratischen Empfindens, das Bewusstsein dieser Tatsache hätte wie ein Zwang auf sie wirken müssen, wenigstens in etwas die in ihr liegende grobe Fälschung des Volkswillens gutzumachen und der Partei, für die mehr als drei Viertel der Wähler ihre Stimme abgegeben, mindestens je einen Sitz freiwillig zu überlassen. Das Opfer war gering genug, denn ob sie eine Handvoll Mandate mehr oder weniger hat, macht bei der gegebenen Zusammensetzung des Landtags für die ohnehin an die Wand gedrückte bürgerliche Linke blutwenig aus; dagegen stand auf der anderen Seite der Gewinn, dass ihre Stellung im Lande durch praktische Bekräftigung ihres Unwillens über die Infamieen des nichtsnutzigen Classenwahlgesetzes sich wesentlich verbessern musste. Statt aber durch die Tat zu zeigen, dass ihr der kraft eines Unrechts zugefallene Besitz sozusagen in der Hand brannte, ist diese *Volkspartei* so bar jeden politischen Schamgefühls, dass sie sich in ihren Organen der so erlangten *Siege* über die Socialdemokratie noch rühmte; der politische Krämergeist hat in ihr alles Gefühl für demokratisches Recht ertötet. So hat sie auch kein Recht zur Klage, wenn sie von allen, die sich ein kräftiges demokratisches Empfinden bewahrt haben, ob Arbeiter oder bürgerlich Gestellte, nach dem Sprichwort *Der Hehler ist nicht besser, als der Stehler* beurteilt wird.

Nicht einmal dazu vermochten die Freisinnigen sich zu entschliessen, dort, wo sie und die Socialdemokraten zusammen mehr Wahlmännerstimmen aufgebracht hatten, als die Conservativen, diese aber die relative Mehrheit hatten, ein Bündnis mit der Socialdemokratie einzugehen, durch welches der Sieg der Conservativen verhindert werden konnte. Sie hatten den Mut, in einem Atemzug der Socialdemokratie zu erklären, dass sie nicht in der Lage seien, sie als gleichberechtigte Partei anzuerkennen, und doch von ihr behufs *Bekämpfung der Reaction* Unterstützung der Freisinnscandidaten zu beanspruchen. Die Socialdemokratie sollte Leute als ernsthaft zu nehmende Kämpfer gegen die Reaction und das Classenwahlgesetz anerkennen, die, wo es in ihrer Macht lag, ohne irgend welches Opfer an Mandaten eine der ungeheuerlichsten Ungerechtigkeiten des Classenwahlsystems nur in etwas gutzumachen, diese Gelegenheit schroff von der Hand wiesen. Die Socialdemokratie kann viel vertragen, aber dies Verlangen nutete ihr eine Logik zu, die, um mit Schiller zu reden, für Heiden gar zu spitzfindig war.

* * *

Hier eine Probe der freisinnig-liberalen Methode, die Reaction zu besiegen. Im Wahlkreis Teltow-Deeskow-Storkow-Charlottenburg standen 1020 Conservativen 920 freisinnig-liberale und 654 socialdemokratische Wahlmänner gegenüber. Unnütz zu sagen, dass für die letzteren mehr Urwählerstimmen abgegeben waren, als für die conservativen und liberalen Wahlmänner zusammen genommen. In der zu diesem Wahlkreis gehörenden Stadt Rixdorf, die mit ihren mehr als 100 000 Einwohnern nach dem Gesetz Anspruch auf einen eigenen Abgeordneten hätte, hatten die socialdemokratischen Wahlmänner die absolute Mehrheit. Ihre Zahl war 204 gegen 69 freisinnige und 64 conservative Wahlmänner. Aehnlich in anderen volkreichen Gemeinden des Kreises. Der Vorstand des socialdemokratischen Centralwahlvereins für diesen Kreis richtete nun, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Gesamtpartei über die bei der Landtags-

wahl zu beobachtende Taktik, unterm 14. November folgendes Schreiben an die Wahlvorstände der beteiligten liberalen Parteien, der nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei:

»Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist das Ergebnis der Urwahlen im Kreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg ein derartiges, dass die conservativen Candidaten für sich allein die absolute Mehrzahl der Wahlmänner nicht auf sich vereinigen können, dass es dagegen den Liberalen gemeinsam mit den Socialdemokraten möglich ist, den Kreis der Reaction zu entreissen. Wir sind nun bereit, auf Grund der Beschlüsse unserer Gesamtpartei mit Ihnen in Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen einzutreten, und zwar würden wir für unser Eintreten zu gunsten eines Ihrer Candidaten die Wahl eines socialdemokratischen Abgeordneten verlangen, während wir im Fall der Ablehnung dieser Forderung uns bei der Stichwahl der Stimme enthalten würden.

Sollten Sie zu Verhandlungen mit uns bereit sein, so ersuchen wir Sie ergebend um weitere Mitteilung, eventuell um Angabe eines Ihnen genehmen Termins.

Man wird zugestehen, dass das Schreiben in musterhafter Weise Festigkeit und Würde mit höflichem Entgegenkommen verbindet. Es wurde vom Wahlausschuss der vereinigten liberalen Parteien umgehend wie folgt beantwortet:

»Auf das gefällige Schreiben vom 14. des Monats erwidern wir Ihnen ergebend, dass unsere Wahlmänner auf die Namen der Herren Justizrat Reinbacher und Kammergerichtsrat Dr. Karsten gewählt worden sind und dass wir eine Aenderung dieser Grundlage des ganzen Wahlkampfes vorzunehmen nicht beabsichtigen.

Wir hoffen zäversichtlich, über die conservativen Gegner zu siegen, und wir müssen der socialdemokratischen Partei die Verantwortung vor den Wählern und dem preussischen Volke überlassen, den Wahlkreis, der der freiheitlichen politischen Richtung mit Sicherheit erobert werden kann, fernerhin den Reactionären zu überliefern und dadurch namentlich auch der so dringend notwendigen gerechten Reform des Wahlrechts ein Hindernis zu bereiten.

Wenn ein zukünftiger Historiker einmal die Geschichte des Niedergangs der Freisinnigen in Preussen behandelt, wird er dieses Schriftstück als ein bezeichnendes Document verwenden können.

Man bedenke die Situation. Der Wahlkreis wählt zwei Abgeordnete. Drei Parteien, die Conservativen, die Liberalen, die Socialisten, treten mit je zwei Candidaten in den Wahlkampf. Die Urwahlen ergeben das oben angeführte Resultat. Nichts berechtigt nach ihm die Liberalen zu dem Anspruch auf die beiden Mandate, nach der Zahl ihrer Wahlmänner konnten sie nur einen Sitz für sich beanspruchen. Der andere Sitz gebührt einer der anderen zwei Parteien, und da die Liberalen die Reactionäre als den Feind bezeichneten, musste es ihnen nach normaler Logik als das Selbstverständlichste der Welt erscheinen, den zweiten Sitz der energischsten Bekämpferin der Reactionären, der die grösste Volkskraft repräsentierenden Socialdemokratie zu sichern. Aber die liberale Logik will es anders. Sie ruft der Socialdemokratie zu: Für dich sind wir nicht zu haben, du hast im Landtag nichts zu suchen; wenn du aber nicht für uns ins Zeug gehst, so wirst du den Sieg der Reactionäre zu verantworten haben. So kann nur sprechen, wer die Socialdemokraten als Staatsbürger zweiter Classe ansieht. Es ist praktisch nichts anderes, als was die Conservativen in ihren Wahlflugblättern offen auszusprechen den — allerdings auch einen unglaublichen geistigen Tiefstand anzeigenden — Mut hatten:

»Nimmermehr darf ein Socialdemokrat in den preussischen Landtag einziehen!«

Die liberale Antwort spricht von einer *dringend notwendigen gerechten Reform des Wahlrechts*. Nun, dass eine Wahlreform in Preussen dringend notwendig ist, das weiss der Himmel. Aber ob sie kommt, das hängt nicht von den Liberalen ab. Selbst wenn die

Socialdemokratie die Selbstentmannung so weit getrieben hätte, überall für die Liberalen zu stimmen, würden die liberalen Fractionen zusammen es im Höchsfalle auf 120 bis 130 Abgeordnete gebracht haben. Zu einer Mehrheit im Landtage gehören aber 217 Abgeordnete. Ohne die Unterstützung entweder durch die Conservativen oder durch das katholische Centrum bringen die Liberalen im Landtage keine Mehrheit zu stande. Wie eine Wahlreform aussehcn würde, zu der die Conservativen die Hand bieten, bedarf keiner grossen Phantasie; die Socialdemokratie hat von ihr nichts, aber auch gar nichts zu erwarten. Eher käme das Centrum in Frage. Meine im vorigen Heft dieser Zeitschrift ausgesprochene Ansicht, dass das Centrum bei all seiner Rückwärtslerei immer noch ein Stückchen weniger illiberal ist, als das Gros unserer Liberalen, hat etlichen Freisinnigen arg missfallen. Aber die guten Leute mögen sich gesagt sein lassen, dass, wenn diesmal ein Vertreter von Arbeitern in den Landtag einzieht, es mit Hilfe des Centrums und nicht der Liberalen geschieht. Wir täuschen uns über die Rolle nicht, die der in Borkum-Recklinghausen gewählte Bergarbeiter *Brust* im Landtag spielen wird, sie wird nicht gerade sehr rühmlich sein; der Führer des christlichen Bergarbeiterverbands wird das Decorationsstück für die Arbeiterfreundlichkeit des Centrums abzugeben haben. Aber er wird doch auch bezeugen, dass das Centrum so etwas wie Notwendigkeit fühlt, mit dem wachsenden Selbstbewusstsein der Arbeiterclassc zu rechnen, und noch klug genug ist, ihm ein Zugeständnis zu machen.

* * *

Indes ist das Interesse des Centrums an einer gründlichen Wahlreform doch nur sehr gering, und wenn die Liberalen das vorgeschlagen werden, was sie eine *gerechte* Wahlreform nennen und von der man aus diesem Beiwort schon ersieht, dass sie nicht die Wahlreform der Demokratie, die einfache Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag, sondern Flickwerk am bestehenden Classenwahlsystem sein wird, so wird das Centrum wahrscheinlich finden, dass für es die *Gerechtigkeit* bei der Wahlreform ganz wo anders liegt, als da, wo die Liberalen sie suchen. Denn wie schon der biedere Oberregierungscommissar Pilatus fragte: was ist gerecht? Für die Liberalen die Verlegung des Schwergewichts bei der Wahl ins wohlthuterte Bürgertum der Städte, fürs Centrum die möglichste Forterhaltung des Gewichts der bäuerlichen Stimmen. Man erinnere sich der ablehnenden Haltung des Centrums gegenüber dem Antrag der Freisinnigen auf Neueinteilung der Wahlkreise, der kurz vor Schluss der abgelaufenen Session des Landtags zur Verhandlung kam. Da war es der Centrumsmann *Fritzen*, der die Aufrollung dieser Frage für *durchaus inopportun* erklärte, weil „durch ihre Lösung im Sinne des Antrages jedenfalls die Landbevölkerung gegenüber den grossen Städten sehr benachteiligt würde“. Wir drucken den Satz mit Wohlbedacht gesperrt. Wozu das Centrum am Vorabend des Wahlkampfes den Mut fand, dazu wird es wahrscheinlich auch den Mut haben, nun es seine Mandate in Sicherheit hat. Und diejenigen werden ihm aus der Politik des *J'y suis, j'y reste* keinen Vorwurf machen können, die ja selbst diesen Grundsatz für sich als leitendes Gesetz proclamiert und auch bekräftigt haben. So kann es der *so dringend notwendigen* Wahlreform leicht so gehen, wie der berühmten Rechnung:

„Und da keiner wollte leiden,
Dass der andre für ihn zahle,
Zahlte keiner von den beiden.“

Krapulinski-Centrum lehnt die Abänderungsanträge ab, die Waschlapski-Liberalismus eingebracht hat, und bringt eigene in Vorschlag, welcher dieser ohne seine nicht annehmen zu können erklärt. Und das Ende ist, dass gar nichts

zu stande kommt, ausser vielleicht der von der Regierung schon in Aussicht gestellten Verselbständigung einiger jetzt in Landkreise eingeschlossener städtischen oder städtisch gewordenen Bezirke.

Die Behauptung am Schluss des liberalen Schreibens, dass die Socialdemokratie dem Zustandekommen der Wahlreform ein Hindernis bereite, wenn sie nicht gutwillig sich zur politischen Dienstmagd der liberalen Partei hergebe, wäre unter allen Umständen eine empörende Anmassung gewesen, nach Lage der Dinge war sie erfalsch in jedem Sinne des Wortes, subjectiv so gut, wie objectiv. So politisch unerfahren waren die Herren vom liberalen Wahlcomité sicherlich nicht, um nicht zu wissen, dass eine gründliche Wahlreform in Preussen nur als das Ergebnis einer starken Willensdemonstration der die Reform verlangenden Elemente erzielt werden kann, dass, soweit die Landtagswahl dabei in Frage kam, diese Willensdemonstration auf seiten der Liberalen, um Eindruck zu machen, gerade ein Eintreten für die Socialdemokratie erheischte und dass daher in dem Augenblick, wo die Liberalen statt dessen durch die Tat die Socialdemokratie für nicht wählbar erklärten, sie das diese Nichtwählbarkeit sichernde Wahlsystem und seine Forterhaltung von neuem sanctionierten. Ihr Brief war mit seiner jedes ehrenvolle Bündnis hochmütig ablehnenden Kühle entweder nur als der Ausdruck grosser politischer Feigheit oder als Zeichen der Abwesenheit jeglichen ernsthaften guten Willens zu verstehen. Da es noch nicht der Hälfte der liberalen Wahlmänner bedurft hätte, um den Socialdemokraten gegen die Conservativen in Mehrheit zu bringen, kann auch nicht einmal angenommen werden, dass Rücksicht auf die Abhängigkeit eines Teils der liberalen Wahlmänner der liberalen Parteiführung diese Haltung dictierte. Die abhängigen Wähler, die Lehrer etc., hätte man ruhig zu Hause lassen können, es wäre auch ohne sie gegangen.

* * *

Nein, die Ablehnung war kein *non possumus*; sie war ein *non volumus*: wir wollen nicht, das ist ihr Leitmotiv.

Nun, jeder kann wollen und nicht wollen, was er mag. Nur mögen die Leute, die so wollen und so handeln, darauf verzichten, vom Kampf gegen die Reaction zu sprechen. Sie stecken ja selbst noch bergetief im geistigen Sumpf der Reaction. Das Junkertum wollen sie bekämpfen? Ach, das Junkertum der Agrarier wäre ohnmächtig, wenn unser Bürgertum nicht selbst durch und durch verjunktet wäre. Auf Schritt und Tritt wird dieser Junkegeist unseres norddeutschen Bürgertums einem im täglichen Leben zum Bewusstsein gebracht. »Was die Leute an Lohn verlangen, wäre nicht so schlimm«, erklärte während des soeben beendeten Conflicts in der Berliner Metallwarenfabrikation ein Fabrikant einem Händler, der bei ihm Waren bestellen wollte. »aber sie verlangen, dass wir einen Vertrag mit ihnen unterschreiben sollen. Nun bitte ich Sie, werden Sie erst noch einen Vertrag unterschreiben, wenn Sie ein Dienstmädchen engagieren?« Es wäre natürlich nichts dabei und wird wohl auch in nicht allzu langer Zeit verwirklicht werden, dass der Arbeitsvertrag mit Leuten, die Haushaltsarbeiten übernehmen, genau so behandelt wird, wie der Vertrag mit gewerblichen Arbeitern. Aber heute wird in Preussen der Vertrag mit ersteren mehr einem feudalarrechtlichen Verhältnis, als einem Arbeitsvertrag, gleichgestellt, was die Sprache bis jetzt noch angemessen dadurch wiedergibt, dass sie die einen als *Dienstboten* — von *Dienst* und *batmässig* abgeleitet —, die anderen als *Herrschaften* bezeichnet. Ueberhaupt *herrschaftet* es sich bei uns in Norddeutschland noch, dass es nur so eine Art hat. Aber dass in Berlin ein Fabrikant das Verhältnis zu seinen Arbeitern noch als dem halb feudalarrechtlichen Verhältnis zu einem Dienstboten wesensgleich betrachten könne, das hätte ich wirklich nicht für

möglich gehalten, wenn mir das Gespräch nicht ganz tendenzlos von jemand mitgeteilt worden wäre, dem das Charakteristische des Vergleichs selbst nicht aufgefallen war. In einer Anzahl Berufe haben ja nun auch deutsche Unternehmer gelernt, anders mit ihren Arbeitern zu verhandeln. Aber das sind doch erst Ausnahmen; die Mehrzahl der Fabrikanten denken noch ähnlich, wie ihr Colleague, dessen Aeußerung oben mitgeteilt wurde. Und von dieser Auffassung schaut auch ein gutes Stück durch das Schreiben des liberalen Wahlcomités hindurch. In Breslau war's nicht viel anders. Dort erklärten die liberal-freisinnigen Führer zwar, dass man gegebenenfalls auch mit den Socialdemokraten zusammengehen und für Socialdemokraten stimmen müsse, aber, hiess es dann, »diesmal geht's noch nicht«.

Warum diesmal noch nicht? Warum wieder auf fünf Jahre vertröstet? Nun, weil unsere deutschen Liberalen zu einer im geschichtlichen Sinne des Wortes wahrhaft liberalen Politik eben noch nicht den Mut haben, wie sie ihn allerdings überhaupt noch nie gehabt haben. Es ist ein Gemeinplatz geworden, zu sagen, dass der Liberalismus in Deutschland abgewirtschaftet habe. Was aber tatsächlich abgewirtschaftet hat, das ist der specifisch *d e u t s c h e* Liberalismus, diese Caricatur dessen, was im liberalen Gedanken wirklich Grosses steckt. Vergewärtigt man sich dies, so ist es richtiger zu sagen, dass der echte Liberalismus in Deutschland vielmehr noch gar nicht angefangen hat. Ist das Liberalismus, was so handelt, wie unsere Freisinnig-Nationalliberalen bei der Landtagswahl gehandelt haben? Man wende den Blick über die deutschen Grenzpfähle hinaus, und man wird die Antwort auf die Frage erhalten. Natürlich darf man da sich nicht slavisch an die Namen halten, welche sich die Parteien beilegen und die durch örtliche Zufälligkeiten bestimmt sind, sondern an die Sache, die sie vertreten. In England und in Frankreich, in Italien wie in der Schweiz, in den Niederlanden wie in den scandinavischen Staaten — überall sehen wir die vorgeschrittene bürgerliche Linke ängstlich bemüht, sofern es nicht gelingt, die Arbeiter selbst in dem Bannkreis ihrer Partei zu halten, mit den verselbständigten socialistischen Arbeiterparteien wenigstens möglichst gute Föhlung zu behalten. Wie weit dies ihnen gelingt, ist hier nebensächlich, und ebenso tut es nichts zur Sache, die hier in Frage steht, wie die socialistischen Parteien der betreffenden Länder diese Bestrebungen aufnehmen und wie diese da, wo sie von Erfolg gewesen sind, auf die Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Socialdemokratie gewirkt haben. Bemerket sei nur, dass die Berichterstattung darüber in Deutschland in jeder Hinsicht zu wünschen übrig lässt. Was wir erhalten, sind fast nur Momentaufnahmen von Tagesvorgängen in der Beleuchtung von jeweils obwaltenden Stimmungen. Aber zur Darstellung von Entwicklungen unter dem historischen Gesichtspunct fehlt es dem einen Teil unserer auswärtigen Berichtersteller an der nötigen Gelegenheit — Zeit und der ihnen zur Verfügung stehende Raum —, anderen aber auch an der Fähigkeit, sich über zeitweilige fractionelle Streitereien zu erheben.¹⁾ So ist das Material, das in der socialistischen Parteipresse

¹⁾ Zu den letzteren gehört der Pariser Correspondent des *Vorwärts*, dessen Berichterstattung über die Fractionen in der französischen Socialdemokratie an Parteilichkeit kaum noch übertroffen werden kann. Sicher muss dem Berichtersteller auch das Recht kritischer Würdigung der von ihm beobachteten Vorgänge zustehen, aber seine erste Pflicht ist doch, die Tatsachen selbst sachgemäss zu übermitteln. Gegen diese Pflicht vergeht sich der bezeichnete Correspondent aber auf das gröblichste. Was der eine, und zwar der weitaus grösste Flügel der französischen Socialdemokratie tut, wird tendenziös entstellt, was er vermöge seines Einflusses in der Kammer für die Arbeiterclassen durchsetzt, geflissentlich verschwiegen. So mit dem oben erzielten Sieg der Textilarbeiter in Nordfrankreich. Welchen Anteil an der Erringung dieses bedeutsamen Sieges das Ein-

zur Beurteilung dieser Frage vorliegt, im höchsten Grade unvollständig. Indes genügt es, auf die Tatsache hinzuweisen, dass in Frankreich und Italien die bürgerlich-radicalen Parteien nicht davor zurückgeschreckt sind, wiederholt Vertretern der Socialdemokratie einen Anteil an der Regierung anzubieten, wobei sie sich dessen durchaus bewusst waren, dass ein Eingehen auf ihr Anerbieten nicht ohne politische und wirtschaftliche Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu erzielen war. Wie sehr sich in England die liberale Partei dessen bewusst ist, dass ihr Schicksal davon abhängt, ob es ihr gelingt, mit der organisierten Arbeiterschaft, wenn nicht Waffengemeinschaft, so doch wenigstens gute Nachbarschaft zu halten, ist in dieser Zeitschrift erst vor einigen Monaten aufgezeigt worden, so dass wir im Grunde nur nötig haben, auf die betreffenden Ausführungen zu verweisen.²⁾

Man muss nun nicht etwa denken, dass die Socialisten und die organisierten Arbeiter im allgemeinen in England, Frankreich, Italien etc. von grundsätzlich anderem Schlag, etwa gefügiger, anspruchsloser etc., seien, als die Deutschlands. Das ist heute ganz und gar nicht der Fall. Die haben so gut ihren eigenen Kopf, wie die deutschen. Sie treten den Liberalen keineswegs immer zart entgegen. Nicht Liebe für die Personen, sondern Einsicht in die Notwendigkeit ist es, welche das geschilderte Verhalten der vorgeschrittenen bürgerlichen Parteien jener Länder bestimmt. Vielfach wird aber auch der liberale Gedanke wirklich von ihnen in grösserer Weite aufgefasst.

Noch einmal sei es mir gestattet, aus einer mündlichen Unterhaltung zu citieren. Der Redacteur einer englischen liberalen Revue sprach mit dem Schreiber dieses jüngst über seine festländischen Mitarbeiter. Er nannte den Namen eines Mannes, der in seinem eigenen Lande als sehr vorgeschrittener Socialpolitiker gilt. »Ein, soviel ich weiss, tüchtiger Mann«, bemerkte ich. »O ja«, antwortete er, »aber er ist für uns ein bisschen zu bürgerlich.« Gleich darauf von einem anderen: »Sehen Sie, das ist ein Mann für uns, der steht mehr auf seiten der Arbeiter: er ist ein wirklicher Liberaler.« Der Mann

greifen der jaurèsistischen Kammerfraction gehabt hat, davon haben die Leser der Tagespresse der deutschen Socialdemokratie nichts erfahren. Wie soll man sich aber ein richtiges Urteil über die Politik jener Partei bilden, wenn man die Tatsachen, die für sie bezeichnend sind, nicht sachgemäss dargestellt erhält? Dieses chronische Uebel hat nunmehr auch zu einer Controverse geführt, die hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Ein neuer, den Stand der Dinge in schiefer Weise darstellender Bericht des *Vorwärts*correspondenten hat Jaurès zu einer Antwort die Feder in die Hand gedrückt, aus der die Leser in Deutschland wenigstens so viel ersehen, dass sie über die Natur der Haltung von Jaurès und Genossen schmählich hinters Licht geführt worden sind. Und dieser eine Fall ist typisch für das ganze System. — Hier nur noch folgendes: Noch vor den Textilarbeitern von Nordfrankreich sind auch in Deutschland Textilarbeiter in den Kampf für den Zehnstudentag eingetreten. Hoffen wir, dass der von den Arbeitern Crimmitschau so heldenmütig geführte Kampf ebenso von Erfolg gekrönt sein werde, wie der ihrer französischen Cameraden! Aber viel grösser sind die Schwierigkeiten, die Regierung und Ortsbehörden ihnen entgegenstellen, viel grösser insoferndessen die Opfer, die sie zu bringen haben, und viel länger zieht sich so bei ihnen der Kampf hin! Den Arbeitern von Armentières standen, dank den demokratischen Einrichtungen Frankreichs, der Maire ihrer Stadt, der selbst Socialist ist, der Präfect des Departements, ein radicaler Republicaner, die aus Radicalen zusammengesetzte Regierung sympathisierend zur Seite, und unter dem Druck der socialistischen Kammerfraction nahm auch schliesslich die Kammer selbst für sie Partei. So ward nach verhältnismässig kurzem Kampf der Widerstand der Fabrikanten gebrochen. — Wie anders, wenn die führenden Socialisten Frankreichs sich auf die Politik der radical klingenden, aber platonisch wirkenden Resolutionen beschränkt hätten und eine Regierung der Rechtsparteien am Ruder wäre!

²⁾ Vergl. meinen Artikel *Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 481 ff.

sprach das so ruhig und so ohne jede Bezugnahme auf sonstige Parteifragen, dass man annehmen durfte, es sei der Ausdruck wirklich empfundenen Urteils.

Und kann denn in der Tat heute^{*} in wirtschaftlich entwickelten Ländern ein Liberalismus noch bestehen, der nicht *mehr auf seiten der Arbeiter* ist? Drehen sich nicht alle ernsthaften Fragen der Zeit um die Arbeiterklasse? Ist nicht, um mit Marx zu reden, die *Abkürzung und Milderung der Geburtswehen der Gesellschaft* die Aufgabe, die gerade den liberalen Parteien ihre Haltung zu den entscheidenden Fragen der Zeit dictiert? Allerdings, was sich in Preussen *liberal* und *freisinnig* nennt, erblickt im Kampf für die Beseitigung gewisser Einengungen des bürgerlichen Erwerbs und in ähnlichen Resten längst fälliger Aufgaben noch immer die Hauptaufgabe der Zeit. Aber wer so denkt, denkt für unsere Zeit conservativ und nicht liberal. Von den heutigen Führern der englischen Conservativen würden die meisten, die Balfour und die Ritchie, die Gorst und die Hicks Beach, nicht nur neben den Eugen Richter und den Kopsch noch sehr gut das Examen als kernhafte *freisinnige Volksparteiler* bestehen, sie würden sogar Gefahr laufen, von ihnen als socialistischer Tendenzen verdächtig *gelaugert* zu werden.³⁾ Man denke zum Beispiel nur an die von Ritchie und Balfour durchgeführten Selbstverwaltungsreformen. Als Mr. Balfour vor etwa vier Jahren die Londoner Communalverwaltung reformierte, erklärte er es für *selbstverständlich*, dass man für die neugeschaffenen Londoner Districtscommunen das vorgeschrittenste aller in England bestehenden Wahlrechte zum Muster zu nehmen habe, und gab ihnen ein Wahlrecht, das unsere Freisinnigen an den meisten Orten mit Entsetzen erfüllen würde. Man denke: keine Classeneinteilung, kein Hausbesitzerprivileg, lediglich eine Art Wohnungscensus! Wer nur eine eigene Wohnung inne hat, hat das für alle Wähler gleiche Stimmrecht. Wie viele unserer Freisinnigen wären dafür zu haben?

³⁾ »Auch die Freisinnigen konnten nicht anders. Sie handelten aus dem Instinct einer Classe, die weiss, dass sie niemals zur politischen Herrschaft gelangen wird, und dass jeder Schritt, den sie zur Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen tun, nur den Sieg der Classe beschleunigt, der die Zukunft gehört.« So lesen wir in einem sonst teilweise nicht üblen Leitartikel des *Vorwärts* vom 22. November. Ist sich der Verfasser dieses Artikels gar nicht dessen bewusst gewesen, dass, wenn er die Sache so hinstellt, er Eugen Richter und seinen Berliner Mannen ein Lob ausstellt, auf das sie auch nicht den geringsten Anspruch haben? Nach ihm wäre Eugen Richter der grosse, weitschauende Politiker, der klar erkannt habe, was dem Freisinn not tue, die Barth, die Nathan, die Vollrath aber verwirrte Köpfe, die von den tatsächlichen Aufgaben einer freisinnigen Partei in Deutschland keine Idee haben. In Wirklichkeit ist eine so enge und engherzige Classenauffassung, wie sie der Verfasser in dem oben citierten und den ihm folgenden Sätzen kennzeichnet und von der wir durchaus nicht bestritten wollen, dass sie die führenden Geister unseres Freisinn beherrscht, keineswegs die notwendige Folge der Classenzusammensetzung dieser Partei. Ebenso wie Individuen können auch Classen je nachdem ihre Aufgaben unter dem Gesichtspunct engerer Augenblicksinteressen oder einer geschichtlichen Entwicklungsbewegung auffassen. Tun sie das erstere, so sind sie nicht liberal oder freisinnig, sondern conservativ; das ist es, was man unseren Freisinnigen und namentlich ihrer Gefolgschaft immer und immer wieder vorhalten muss. So liegen die Dinge in Deutschland respective Preussen durchaus noch nicht, dass die Elemente, aus denen sich unser Freisinn rekrutiert, aus socialer Nothwendigkeit die Handlanger der politischen Reaction abgeben müssen. Die Nothwendigkeit, der sie folgen, ist das Product specifisch preussischer Borniertheit. Dieser Satz geht auch an die Adresse Kautskys, der in seinem Artikel in Nr. 8 der *Neuen Zeit* für den Sieg der Reaction in Preussen dessen vorgeschrittene ökonomische Entwicklung verantwortlich macht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Eine Reihe specifisch preussischer Institutionen und Traditionen verhindert es noch, dass hier das vorgeschrittene ökonomische Leben ihm entsprechende politische Bildungen durchsetzt. Der Geist Eugen Richters ist Gewächs aus dem Boden, in dem das preussische Junkertum wurzelt, vom Einfluss moderner ökonomischer Entwicklung ist da wenig zu merken.

Ich habe den Namen *Langerhans* gebraucht. Die Art, wie man zuletzt noch diesen rüstigen Veteranen beiseite schob, der in sich ein Stück der besseren Traditionen der alten Fortschrittspartei verkörperte, kann als Symbol für die Reactionsbekämpfung betrachtet werden, die vom preussischen Liberalismus unter seiner jetzigen Führung zu erwarten ist. Wir haben die Wertziffer oben gesehen, sie lautet Null; $1\ 600\ 000 = 0$. Die unermessliche Kraft der emporstrebenden Arbeitermassen ist für den preussischen Freisinn eine nicht existierende Grösse, sie zählt nicht in seinen Calculationen. Lieber lehnte man sich an die Nationalliberalen an:

»Zu Anfang hiess es: Zug nach links,
Doch später ward's ein Marsch nach rechts,
Das Ende war ein Sieg der Rechten.«

Numerisch gestärkt zieht die Cohorte der Conservativen wieder in den Landtag ein. Der Freisinn aber sitzt wieder an der Wand, seines kräftigsten Redners beraubt, um verschiedene Mandate ärmer. Noch am Tage nach den Urwahlen jubelte die *Schlesische Zeitung*, das Organ der schlesischen Magnaten vom Schlage eines Limburg-Stürum, die Barthschen Freisinnigen seien verdienstermassen geschlagen, die Richtersche Volkspartei werde aber »als Belohnung für ihre tapferere Haltung gegenüber der Socialdemokratie« einige Mandate gewinnen. Das freudige Ereignis ist nicht eingetroffen. Der Schäferhund des Junkertums hat den ihm gebührenden Knochen nicht bekommen. Vielleicht lassen sie ihm wenigstens die anerkennenden Worte in sein Halsband eingravieren. Er hat's redlich verdient.

* * *

Ueber die Kritik der Gegner darf nach beendeter Schlacht die Prüfung der eigenen Tätigkeit nicht vernachlässigt werden. Die Socialdemokratie hat einen Sturm auf die Burg der Gegner unternommen. Kann sie mit dem Gefühl auf ihn zurückblicken, dass ihrerseits alles geschehen ist, was geschehen konnte, und so geschehen ist, wie es geschehen musste?

In den meisten Punkten wird man die Frage mit *Ja* beantworten können. Es ist ein grosses Stück Aufklärungsarbeit geleistet worden, um das sich in erster Linie Leo Arons und Paul Hirsch gar nicht hoch genug zu veranschlagende Verdienste erworben haben. An den Orten, wo unsere Leute den Kampf aufgenommen haben, haben sie ihn mit unverwüstlicher Energie geführt und die schweren Opfer, die er forderte, willig getragen. Die Taktik, wie sie im Kampf beobachtet wurde, war durch die ganze Lage der Dinge gegeben. Nicht nur, dass sie mit bewundernswerter Einheitlichkeit durchgeführt wurde, es herrschte auch von Anfang an bezüglich ihrer vollste Einmütigkeit in der Partei. Da gab es keinen Unterschied zwischen *Radicalen* und *Gemässigten*. Denn das mögen sich die Gegner der Socialdemokratie ein für allemal gesagt sein lassen, dass Mässigung in den Aufstellungen und Schwäche im Handeln zwei grundverschiedene Dinge sind und dass für Compromisse sein noch nicht für Selbstentmannung sein heisst. Hier denken wir wie Friedrich Engels, der im Frühjahr 1884 dem Schreiber dieses gegenüber sogar für die Reichstagswahl Wahlverträge vor der Hauptwahl mit den Fortschrittlern für zulässig erklärte, aber »natürlich nur, wenn man darauf rechnen kann, dass es eingehalten wird«.

War so fast alles, was geschah, correct und gut, so können wir uns doch nicht des Eindrucks entschlagen, dass es in der Action irgendwo gefehlt hat. Schon der Parteipresse merkte man das an. Sie liess vielfach den Schwung vermissen, den sie bei der Reichstagswahl in so glänzender Weise an den Tag gelegt hatte. Und doch war diesmal die Anfeuerung eher noch mehr am Platze, gerade weil der Kampf ein unendlich schwererer, das Kampfobject aber den Massen weniger vertraut war, als bei der Reichstagswahl. Aber nicht nur

am Feuer fehlte es unseres Erachtens, es fehlte auch sehr in Bezug auf Strategie. Dass der Kampf unter dem Dreiclassenwahlsystem ganz andere Ansprüche an strategische Führung stellt, als sie das Reichstagswahlrecht, liegt doch auf der Hand. Gemerkt hat man aber von solcher Führung nichts. Hier machte sich die Kehrseite der glänzenden Erfolge geltend, die unsere Partei in aufsteigender Stufenfolge errungen hat: eine bedenkliche Tendenz, dem Geist der Routine zu verfallen.

Ob nach fünf Jahren wieder unter dem gleichen Wahlsystem für den Landtag wird zu wählen sein müssen — wer kann das voraussagen? Freiwillig wird die jetzige Landtagsmehrheit es sicher nicht verbessern. Allenfalls ändert sie einige für sie selbst unbequeme Fehler ab, aber so, dass der Effect des Systems bewahrt wird. So bleibt der Socialdemokratie nichts übrig, als von der Tribüne des Reichstags herunter das Classensystem zu kennzeichnen, nach dem im führenden Staate Deutschlands, in der *Interne* — um mit der *Post* zu reden — des Deutschen Reiches der Begriff *Volksvertretung* prostituiert wird, und im übrigen die Erfahrungen des diesmaligen Kampfes wohl im Gedächtnis zu bewahren. Denn gekämpft wird auch das nächste Mal. Und was im deutschen Bürgertum noch ein wenig demokratisch denkt, darf überzeugt sein, dass, was auch kommen mag, wie arg auch die Reaction sich breitmachen mag, dann ebenso wie diesmal nicht eine einzige socialdemokratische Stimme für einen Freisinn zu haben sein wird, dessen politisches Einmaleins $1600\ 000 = 0$ sein lässt.

Theorie und Taktik.

Von
Wilhelm Kolb.

(Karlsruhe.)

Der Revisionismus ist nicht tot; er lebt und marschirt; er ist, so wie die Dinge nun einmal liegen, überhaupt nicht umzubringen. Selbst wenn man in Dresden den Wünschen einzelner Uebereifriger Folge gegeben und die sämtlichen als Revisionisten bekannten Genossen aus der Partei ausgeschlossen hätte, wäre mit einer solchen Operation für den *Radicalismus* nichts gewonnen worden. Die Zahl der nicht bekannten Revisionisten ist viel grösser, als die der bekannten, und wenn man schon damit angefangen hätte, bestimmte Richtungen innerhalb der Socialdemokratie durch derlei Gewaltmassregeln *unschädlich* zu machen, so hätte man diese Operation aller Voraussicht nach recht oft wiederholen müssen. An sich ist der Revisionismus nichts, was mit den Grundsätzen und Forderungen der socialdemokratischen Partei sich nicht verträgt; im Gegenteil glauben gerade die Revisionisten, dass mit dem Sieg der von ihnen vertretenen Richtung die Entwicklung zum Socialismus beschleunigt wird, dass durch die consequente Befolgung der *bisherigen bewährten Taktik* die *Geburtswehen der neuen Gesellschaft* wesentlich gemildert und abgekürzt werden. Was ist denn eigentlich der Revisionismus? In letzter Linie doch nichts anderes, als die in die Theorie übersetzte *bisherige bewährte Taktik*, oder mit anderen Worten, die Beseitigung des Widerspruchs, der zwischen dieser *bewährten Taktik* und der von Kautsky und anderen proclamirten und verteidigten *Zusammenbruchstheorie* besteht. Dieser Widerspruch ist es, der zu Conflicten führt. Wer die Parteigeschichte auch nur einigermaßen kennt, weiss, dass die *bisherige bewährte Taktik* keineswegs immer dieselbe war, dass sie eine Entwicklung durchgemacht und sich im einzelnen immer nur gegen den heftig-

sten Widerstand des *Radicalismus*, der Revolutionsphrasologie hat Anerkennung verschaffen müssen. Würden gegen die Beteiligung am Parlamentarismus, am Seniorenconvent, an den Commissionsarbeiten, an den Landtags- und Gemeindewahlen nicht ganz dieselben Einwendungen erhoben, würden an sie nicht ganz dieselben Befürchtungen geknüpft, wie jetzt an die eventuelle Besetzung des Vicepräsidentenpostens? Alles, was von *radicaler* Seite gegen die Anerkennung der Formen, die bei der Besetzung dieses Postens in Betracht kommen, vorgebracht wurde, waren *alle Kamellen*. An sich war diese, rein taktische Frage von sehr secundärer Bedeutung. Wenn sie trotzdem so viel Staub aufgewirbelt und schliesslich den Anlass zu der Debatte über die Taktik auf dem Dresdener Parteitag gegeben hat, so geschah dies deshalb, weil man diese rein taktische Frage mit dem Princip verkuppelt hat. Damit waren die Voraussetzungen für eine Debatte gegeben, in deren Verlauf die ganze Serie von Gespenstern, als die *Versumpfung*, die *Verwässerung der Principien*, das *Aufgeben des Classenkampfes*, die *Annäherung an die bürgerlichen Parteien* u. s. w. aufmarschierten. Lauter alte Bekannte, die regelmässig auf der Bildfläche erscheinen, sobald irgend eine Frage der Taktik zur Discussion steht.

In einem Artikel über die Taktik, der kurz vor dem Parteitag erschienen ist, hat der *Vorwärts* der Meinung Ausdruck gegeben, dass der Streit über die Taktik mit dem Beschluss über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen bis auf weiteres seine Erledigung gefunden habe. Das ist ein grosser Irrtum. Je mehr die Partei und mit ihr die ganze Arbeiterbewegung wächst, desto mehr wachsen auch ihre Aufgaben. Es hängt aber sehr wesentlich davon ab, von welchen Gesichtspunkten aus man an die Lösung dieser Aufgaben herantritt, um entsprechende Erfolge für die Arbeiterklasse zu erzielen, wie man die Gegenwartsarbeit bewertet. Wer auf dem Standpunkt steht, dass die sociale Revolution, das heisst also der eigentliche Beginn des Aufbaues der socialistischen Gesellschaft erst dann erfolgen kann, wenn das Proletariat im völligen Besitz der politischen Macht, der gesamten Staatsgewalt ist, wird natürlich unsere innerhalb des Rahmens der capitalistischen Gesellschaft zu erzielenden Erfolge, unsere ganze praktische, auf den Erfolg gerichtete Tätigkeit ganz anders bewerten, als derjenige, der glaubt, schon innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung die Grundsteine und Grundlagen für den sich in organischer Entwicklung vollziehenden Aufbau der socialistischen Gesellschaft legen zu können. Kautsky verweist uns fortwährend darauf, dass dieser unserer gegenwärtigen praktischen, auf die successive Verwirklichung des Socialismus gerichteten Arbeit dann seitens der Bourgeoisie ein Riegel vorgeschoben wird, wenn sie dieser gefährlich zu werden beginnt. Als ob nicht alles, was wir tun, auf welchem Gebiete es auch sei, der Bourgeoisie gefährlich wäre! Unsere *Radicalen* leben in einer fortwährenden Angst, das Wahlrecht, das Coalitionsrecht könnten uns genommen oder doch zu sehr stumpfen Waffen gemacht werden. Verlasst euch nicht darauf, heisst es immer, eines schönen Tages ist's damit zu Ende. Und was dann? Ja, was dann! Das ist eben die Frage, auf welche uns Kautsky und alle seine Freunde die bestimmte Antwort immer schuldig bleiben. Kautsky leitet seine Zusammenbruchstheorie daraus ab, dass er sagt, an einem schönen Tag hört diese gesetzmässige, friedliche Arbeit auf. Die Bourgeoisie lässt sich nicht hinterrücks die politische Macht aus den Händen winden, einmal muss es zum Klappen kommen. Kautsky weiss das ganz bestimmt; woher, das wissen die Götter. Er sagt einfach, der Zusammenbruch muss kommen. Gut! Nehmen

wir einmal an. Kautsky habe recht. Aber was folgt aus dieser theoretischen Auffassung über den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung für die Praxis, für unsere Taktik? Es liegt auf der Hand, dass, wenn es zu einer Katastrophe, zu einem *letzten entscheidenden Kampf* zwischen Bourgeoisie und Proletariat kommen muss, dann unsere *bisherige bewährte Taktik* eine grundfalsche war. Kautsky sagte in Dresden allerdings, unsere bisherige Taktik sei darauf gerichtet gewesen, die Gegensätze zu den herrschenden Classen immer mehr gegen uns zu erweitern, die Conflictte zuzuspitzen, so dass wir Zuständen entgegengehen, wo es eine Entscheidung gelte. Der Siegespreis für diesen *letzten entscheidenden Kampf* sei die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Das ist, wie man zugeben muss, eine sehr präzise Erklärung der Theorie vom absolut notwendigen Zusammenbruch, aber zugleich auch eine Erklärung unserer bisherigen Taktik, gegen die zu protestieren wir alle Ursache haben. Unsere Taktik war die *direct entgegengesetzte*. Wir suchten — und wie oft haben es Bebel und andere im Reichstag und in den Versammlungen erklärt! — die herrschenden Classen davon zu überzeugen, dass die Entwicklung auf *gesetzlichem Wege* vor sich gehen kann, dass wir vor allem bestrebt sind, diese *gesetzliche Entwicklung* zum Socialismus zu ermöglichen. Weil diese Ueberzeugung immer mehr die unserige wurde, deshalb haben wir uns immer mehr von unserem fruher rein negierenden Standpunct entfernt und uns der positiven praktischen Reformarbeit auf allen Gebieten genähert, schrittweise und immer gegen den Widerspruch der Revolutionsstrategen, die gegen diese *Sisyphosarbeit* protestierten. Und nun kommt einer unserer Theoretiker und erklärt kurz und bündig, die socialen Gegensätze haben die *Tendenz*, sich zuzuspitzen, deshalb muss es zu *Conflicten* kommen, und der letzte Conflict bringt den Zusammenbruch der Herrschaft der Bourgeoisie; dem *entscheidenden letzten Kampf*, bei dem wir unsere Gegner niederzwingen, können wir uns nicht entziehen!

Wenn das richtig wäre, das heisst wenn die *gesetzliche, organische Entwicklung* ausgeschlossen ist, dann erfordert es die Ehrlichkeit, zu erklären, dass der zweite Teil unseres Programms eigentlich nur eine *Decoration* zum ersten Teil desselben sei; es ist dann nicht daran zu denken, dass dieses Programm ganz oder teilweise innerhalb des capitalistischen Staates verwirklicht werden kann, denn jede einzelne der dort aufgeführten Forderungen widerspricht den Interessen der Bourgeoisie. Es muss den Leuten offen und ehrlich gesagt werden: Gebt euch keinen Hoffnungen hin, dass unsere parlamentarische Tätigkeit von Erfolg sein wird. Nur wenn wir im Besitze der *gesamten Staatsgewalt* sind, kann die *eigentliche Reformarbeit* beginnen. Die *Revolution* muss kommen, es führt kein anderer Weg zur *socialistischen Gesellschaft*. Wenn die *Revolution* aber kommen muss, dann darf und kann mit der *bisherigen bewährten Taktik* nicht mehr weitergearbeitet werden, dann müssen wir die von den *Jungen* im Jahre 1890-1891 vorgeschlagene Taktik acceptieren. Das wäre *logisch, ehrlich und consequent*.

Eine *totale Besitzergreifung* der Staatsgewalt hat einen *entscheidenden letzten Kampf* zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur absolut sicheren Voraussetzung. Wie aber wird dieser Kampf ausgefochten? Das ist eine Frage, die, wenn man den Kampf für absolut sicher hält, eine *bestimmte klare Antwort* erfordert. Dass eine solche *letzte entscheidende Auseinandersetzung* unblutig verlaufen würde, ist ganz und gar ausgeschlossen. Kautsky mag hundertmal betonen, eine *Revolution* im bisherigen Sinne sei ausgeschlossen, weil unmöglich; wenn seine

Theorie richtig wäre, müsste eine solche Revolution kommen. Zwar meint er, das Proletariat habe heute eine andere Waffe, den politischen Strike. Ja, glaubt denn Kautsky, die Bourgeoisie liesse sich durch den politischen Strike so ohne weiteres müde machen? Wenn wir offen erklären, unsere ganze Taktik ist darauf gerichtet, die Conflicte zuzuspitzen, die Bourgeoisie gegen uns immer mehr zu erbittern, den letzten entscheidenden Kampf zwischen hüben und druben herbeizuführen, dann müssten ja die herrschenden Classen hinverbrannt sein, wenn sie ruhig zusehen würden, bis wir den *letzten entscheidenden Kampf* genügend vorbereitet hätten. Kautsky erklärt in seiner Schrift *Die sociale Revolution* unter anderm: Die proletarische Revolution gleiche sozusagen einem langandauernden unblutigen Bürgerkrieg. Die revolutionären Kämpfe der Zukunft würden unter Ausnutzung demokratischer Formen, von Organisationen ausgefochten, die sich auf Grund demokratischer Freiheiten gebildet haben. Welche Widersprüche! Erst begründet Kautsky den sicheren Zusammenbruch damit, dass die Bourgeoisie dem Proletariat es unmöglich macht, auf gesetzlichem Wege sein Ziel zu erreichen, prophezeit die Einschränkung beziehungsweise Beseitigung des Coalitions- und Wahlrechts, und dann lässt er die revolutionären Kämpfe der Zukunft mittels Organisationen ausfochten, die auf Grund demokratischer Freiheiten sich gebildet haben. Ja, er geht noch weiter. Er erklärt unter anderm, dass das Proletariat, um seine furchtbaren Gegner niederwerfen zu können, folgende, bis zum höchsten Grade entwickelte Eigenschaften haben müsse: 1. eine hohe Intelligenz; 2. eine stramme Disciplin; 3. eine vollkommene Organisation der Massen, und 4. müssen diese Massen im ökonomischen Leben unentbehrlich geworden sein, das heisst also, die ökonomischen Zustände müssen einen solchen Grad der Entwicklung erreicht haben, dass eine auch nur vorübergehende Arbeitseinstellung seitens der Massen die grössten Schwierigkeiten hervorruft. Wie aber soll zum Kuckuck das Proletariat die geforderten Eigenschaften bis zum *höchsten Grade* entwickeln, wenn die Bourgeoisie den Gewerkschaften schon mittels der Staatsgewalt grossen Abbruch tut, sobald sie ihr gefährlich zu werden drohen? Man sieht, Kautsky bewegt sich in den denkbar grossten Widersprüchen. Er legt sich die Dinge jeweils so zurecht, wie er sie gerade zur Begründung seiner Theorie braucht.

So viel ist klar, dass das Proletariat zur Verwirklichung seiner Ideale alle die von Kautsky geforderten Eigenschaften bis zum höchsten Grad zu entwickeln bestrebt sein muss. Aber diese Möglichkeit wäre nicht mehr gegeben, sobald die Bourgeoisie mittels der in ihrem Besitz befindlichen Staatsgewalt die Grundlagen für eine solche Betätigung zerstörte. Kautskys Dresdener Verbindung und Erläuterung unserer bisherigen Taktik ist aber eine indirecte Aufforderung an die herrschenden Classen, diese Grundlagen zu zerstören; denn, wenn wir offen erklären, wir drängen rücksichtslos Zuständen entgegen, und zwar bewusst, wo es zur Entscheidung zwischen uns und den herrschenden Classen kommt, dann würde die Regierung der selben geradezu unverantwortlich leichtsinnig handeln, wenn sie nicht dem Drängen der *Scharfmacher* nachgeben und alle demokratischen Freiheiten, auf denen unsere Organisationen beruhen, aufheben würde. Man sieht, wie zutreffend Genosse von Elm die Sache beurteilt hat, als er schrieb, das Proletariat habe alle Ursache, sich nicht nur der *Scharfmacher* von rechts, sondern auch der *Scharfmacher* von links energisch zu erwehren. Die Schleifsteinpolitiker können kaum mehr gegen die Interessen des Proletariats handeln, als die Zusammenbruchs- und Katastrophentheoretiker. Kautsky

verbietet dem Proletariat direct die Theilnahme an der Regierung innerhalb der capitalistischen Gesellschaft, das heisst also die schrittweise Eroberung der politischen Macht. *Alles oder nichts!* ist seine Parole. Bebel allerdings kommt in einer gegen den Genossen von Elm gerichteten Erklärung hinterher und sagt, es handle sich gar nicht um die plötzliche Eroberung der politischen Macht und um die willkürliche Herbeiführung entscheidender Ereignisse — wie vorsichtig die Katastrophe hier umschrieben wird! —, niemand habe das behauptet. In letzter Linie handelte es sich nur darum, durch unsere Tätigkeit auf allen Gebieten das Tempo der Entwicklung zu beschleunigen. Bebel sieht auf einmal den Unterschied zwischen den *Revisionisten* und *Kadicalen* darin, dass die ersteren die *Pessimisten*, die letzteren die *Optimisten* seien. Und darum der ganze Streit? Deshalb die Dresdener Debatte? Man fragt sich: Ist das derselbe Bebel, der in Dresden die vierstündige Rede gegen den Revisionismus gehalten hat, der den *proletarischen Instinct* der Massen aufpeitschte, um die Partei vor der Gefahr der Versumpfung zu retten? Also ums Tempo handelt es sich. Gut! Aber deshalb brauchte man doch nicht der Partei eine solche *Bescherung* bereiten, wie sie in Dresden erfolgt ist. Die Frage des Tempos der gesellschaftlichen Entwicklung hat mit den Grundsätzen und Zielen der modernen Arbeiterbewegung an sich gar nichts zu tun. Ueber die Richtigkeit der Ansicht hinsichtlich des Tempos entscheidet der Erfolg, nicht die *Prophезe*ung. Der Erfolg aber hängt sehr wesentlich von der Taktik ab, die den gegebenen Verhältnissen entsprechend befolgt wird. Wie steht es nun in dieser Beziehung? Haben die *Katastrophentheoretiker* bisher mit ihren *Prophезe*zungen wirklich solches Glück gehabt, dass sie sich immer wieder aufs neue mit gutem Grund aufs *Prophезe*zen verlegen dürfen und können? Mich dünkt, die bisherigen Erfahrungen sprechen fürs directe Gegenteil. Die Geschichte der *bisherigen bewährten Taktik* ist eine Geschichte der *Widerlegung* der *klugen Propheten*, die immer schon im voraus merkten, wie die Dinge sich gestalten würden. Zu welchen falschen Schlussfolgerungen hinsichtlich des Tempos der Entwicklung diese *Prophезe*zungen führen, dafür liefern die längst hinter uns liegenden Termine, bis zu welchen die Katastrophe eintreten sollte, den besten Beweis. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts sollte der *Tag der socialen Revolution* kommen; doch leben wir bereits am Ende des 3. Jahres im XX. Jahrhundert, und die *Propheten* von anno dazumal haben gelehrt, die Dinge etwas kühler, nüchterner und wohl auch mehr vom wissenschaftlichen Standpunct aus zu beurtheilen. Die *bestimmten Termine* sind ausgeschaltet worden, dafür arbeitet man aber jetzt mit *unbestimmten Terminen*. Unser Sieg ist in greifbare Nähe gerückt, heisst es *jetzt*. *Prophезe*zeit wird also noch immer. Leider wird durch diese ewigen *Prophезe*zungen das Tempo nicht im mindesten beschleunigt, eher könnte man das Gegenteil behaupten. Die Erfahrung lehrt zur Evidenz, dass die Angst und die Befürchtungen, welche an die Besetzung neuer Positionen durch das Proletariat geknüpft wurden, sich als durchaus grundlos erwiesen haben. Ob die *Mittel*, welche wir im Kampf um das Endziel anwenden, revolutionär oder nicht revolutionär sind, darüber entscheidet einzig und allein der Erfolg. Es ist noch sehr die Frage, ob der politische Strike stets ein revolutionäres Mittel ist, oder ob er unter den für die nächste Zukunft in Betracht kommenden Verhältnissen nicht eher eine *contrerevolutionäre Wirkung* hätte. Sich in solchen Lagen schon im voraus und ohne zwingende Gründe festlegen, das hat gar keinen Zweck. Auf welche Weise das Proletariat in den Besitz der politischen Macht kommen wird, kann kein Mensch vorher sagen. Wenn man

aus den bisherigen Erfahrungen Schlüsse ziehen darf, so wird das Proletariat der schrittweisen Eroberung der politischen Macht seinerseits keinen Widerstand entgegensetzen. Die totale Besitzergreifung der politischen Macht kann nur nach einem letzten entscheidenden Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat erfolgen, aus dem das Proletariat als Sieger hervorgeht. Die Voraussetzung des dauernden Erfolges eines solchen Sieges wäre aber eine entsprechend fortgeschrittene ökonomische Entwicklung und eine organisatorische Macht des Proletariats, die nur errungen werden kann, wenn die Möglichkeit der organisatorischen Tätigkeit durch das Proletariat vorher nicht unterbunden wird. Ist und bleibt aber diese Möglichkeit vorhanden, dann braucht es nicht zum Zusammenbruch, zur Katastrophe zu kommen, sondern dann sind alle Vorbedingungen für eine organische gesetzliche Entwicklung gegeben.

Bebel sagt: nicht plötzlich soll die politische Macht erobert werden. Aber wie denn sonst, wenn das schrittweise Erobern derselben verboten und mit dem Bannfluch der Dresdener Resolution belegt ist? Die totale Besitzergreifung der politischen Gewalt hat die Plötzlichkeit zur absolut notwendigen Voraussetzung. Irgend jemand muss doch die Staatsgewalt auch noch am Tage vor der socialen Revolution im Besitz haben. Da das Proletariat — wenn Kautsky recht behält — bis zu besagtem, vorerst noch unbestimmten Termine sich nicht an der Ausübung der Staatsgewalt beteiligt, wird sie also die Bourgeoisie noch im Besitz haben. Nach den entscheidenden Ereignissen befindet sich aber die Staatsgewalt im Besitz des Proletariats, vorausgesetzt, dass die Entscheidung zu seinen Gunsten ausfällt. Man sieht, wie wurmstichig die Argumente der Zusammenbruchstheoretiker sind, wenn man sich dieselben genauer besieht. Keine plötzliche, aber eine totale Besitzergreifung der Gewalt, das reimt sich nicht zusammen, da fehlt etwas, nämlich die Logik. Für Kautsky ist die Staatsgewalt, wie so manches andere noch, ein fossiler Begriff, kein lebendiger Organismus, der, wie alle lebendigen Organismen, der Entwicklung unterworfen ist. Wir anderen, die wir auch auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, sind der Meinung, dass durch die Entwicklung des Capitalismus selbst und mit durch unsere Tätigkeit die ökonomischen Unterlagen der bestehenden Gesellschaft sich fortgesetzt verändern und dass in der Folge auch der ideologische Ueberbau der Gesellschaft sich fortentwickelt, das heisst also verändert; dass die Staatsgewalt in dreissig Jahren eine andere sein wird, als die heutige. Die stets wachsende Macht der Arbeiterklasse kann doch nicht spurlos an der Form der Staatsgewalt vorübergehen. Oder doch? Ja, wozu dann unsere parlamentarische Tätigkeit? So wie durch die wachsende Macht unserer Gewerkschaften die Macht des Capitals eingeengt und ausgehöhlt wird, so wird durch unsern wachsenden politischen Einfluss die Staatsgewalt in andere Bahnen gedrängt. Der Wille der Scharfmacher scheidet an der Macht des Proletariats. Wenn anders unsere praktische Tätigkeit einen praktischen Erfolg, das heisst überhaupt einen Zweck haben soll, dann muss diese Theorie die richtige sein. Aber Kautsky lebt in einer beständigen Angst davor, unsere praktische Betätigung, die parlamentarische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeit, könnte von uns überschätzt werden. Deshalb verlegt er den Termin des Beginns der socialen Revolution auf den Tag nach der Eroberung der politischen Macht. Was jetzt sich abspielt, ist keine sociale Revolution, dieser Process beginnt erst später. Aber haben wir einmal die politische Macht, dann — Halleluja! — geht es im Galopp. Zwar erfolgt auch dann, genau wie vor dem Tage der socialen Revolution, diese auf dem Wege der — Reform.

Kautsky selbst ist Revisionist, aber erst *am Tage nach der socialen Revolution*. Dann wird mit der Verstaatlichung der grossen Betriebe begonnen, — wir sind optimistisch genug, zu glauben, dass damit auch schon vor dem *Tag der socialen Revolution* begonnen wird. Reste des landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Betriebs bleiben auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat noch bestehen. Neben dem genossenschaftlichen Eigentum der verschiedensten Form gibt es auch dann noch *privates* Eigentum an Productionsmitteln, also Ausbeutung. Die wird auch nach dem *Tage der socialen Revolution* erst successive abgeschafft, nur geht's dann im Eiltempo. Es existiert also auch noch die Lohnzahlung, Zeit- und Stücklohn, Gehalt, sogar die Gewinnbeteiligung kommt dann zu Ehren. Alles, wie *am Tage vor der socialen Revolution*. Die Capitalisten werden nach und nach expropriert, der Capitalismus wird — notabene erst *am Tage nach der socialen Revolution* — von innen heraus ausgehöhlt. Die mit Geld abgefundenen Besitzer der Productionsmittel werden so hoch besteuert, dass sie sehr bald zu arbeiten gezwungen werden, — vorausgesetzt, dass sie es nicht vorziehen, zu verduften und in einem Lande ihre Gelder zu verjubeln, wo die sociale Revolution noch nicht begonnen hat. Denn — das ist ein sehr wesentlicher Punct: nach allem, was man aus den gegenwärtigen Verhältnissen schliessen kann, wird der Tag des Beginns der socialen Revolution nicht in allen Ländern der gleiche sein. Das ist — für die Kautskysche Zusammenbruchstheorie — sehr fatal. Doch wir wollen nicht alle die Reformen aufzählen, mit deren Durchführung *am Tage nach der socialen Revolution* begonnen wird. Kautsky selbst belehrt uns ja in der Einleitung zu seinem Vortrag über dieses Thema, dass er unter der *socialen Revolution* einen historischen Process verstehe, der mehr oder weniger lange dauern kann. Aber der Beginn der *socialen Revolution* fällt auf einen, nicht näher zu bestimmenden Tag und zwar auf den, an welchem das Proletariat in den Besitz der politischen Macht gekommen ist. Das ist der springende Punct. Diese ganze Auffassung von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, wie sie Kautsky vertritt, ist ein Rückfall in die Utopie. Was Kautsky das Proletariat erst *am Tage nach der socialen Revolution* beginnen lassen will, das tut es jetzt schon, soweit die Verhältnisse es gestatten. Auf diesem Boden und mit Hilfe der *bisherigen bewährten Taktik* wird es weiterbauen und arbeiten; unerlässlich und mit heiligem Eifer. Diese praktische Tätigkeit — auf welche die jetzt lebenden Proletarier keineswegs zu gunsten der nach dem *Tage der socialen Revolution* lebenden zu verzichten gewillt sind, lähmt nicht unsere *revolutionäre Energie*, sondern stählt sie. Das Bewusstsein, durch seine praktische, auf das grosse Endziel gerichtete Arbeit, die von Erfolg zu Erfolg schreitet, die Grundlagen für die socialistische Gesellschaft vorzubereiten und zu schaffen, verleiht ihm erst die richtige Begeisterung; nicht jenes Strohflecken, das wir nach schönen Reden aufflammen sehen, sondern jene festgewurzelte Begeisterung, die zu immer grösserer Entfaltung unserer Kräfte und unserer Energie hinreiss. Die Vorwürfe gegen den Revisionismus in dieser Richtung sind so unsinnig, wie nur irgend etwas. Die echte Begeisterung kann nur in der Ueberzeugung wurzeln, dass wir Grosses leisten müssen, wenn wir baldmöglichst den Sieg erringen wollen. Für den Zusammenbruch könnten sich wohl nur die allerwenigsten Arbeiter begeistern, wohl aber für die Arbeit des Aufbaus der Grundlagen der künftigen Gesellschaft. In dieser Richtung haben wir noch gewaltig viel zu arbeiten. Mit Hilfe der *bisherigen bewährten Taktik* und ihrer consequenten Anwendung auf allen Gebieten werden wir schneller ans Ziel

kommen, als wenn wir unsere Taktik auf die Heraufbeschwörung von Conflicten, von Erbitterung und schliesslich auf eine Entscheidung richten, bei der das Proletariat den kürzeren ziehen müsste.

Unsere *bisherige bewährte Taktik* ist die in die Praxis übersetzte Theorie der Evolution. Es gibt nur die Alternative: Entweder wir ziehen aus unserer bisherigen Taktik die Consequenzen für die Theorie, oder wir ziehen aus der Zusammenbruchstheorie die Consequenzen für die künftige Taktik. Der Widerspruch zwischen Theorie und Taktik kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben, denn er führt immer wieder zu inneren Conflicten.

Die Gerechtigkeit im Strafrecht.

Von

Otto Lang.

(Zürich.)

Der Fall des Hauslehrers Dippold hat die Oeffentlichkeit mehr beschäftigt, als irgend einer der vielen Fälle, die in den letzten Jahren die Rubrik *Unglücksfälle und Verbrechen* füllten. Das leidenschaftliche Interesse wurzelte nicht, wie etwa im Falle der Anna Rothe, in dem psychologischen Problem, sondern in der Grausamkeit der Tat. Und die einzige starke Empfindung, welche durch die Lectüre der Verhandlungsberichte in der Menge ausgelöst wurde, war das Bedürfnis, die *Scheusslichkeit* gesüht zu sehen. Dass der Trieb, dem Dippold nachgab, jenseits des normalen Begehrens und Empfindens lag, bildete für sie nur einen verstärkten Beweis für die Ruchlosigkeit und Strafwürdigkeit des Täters. Als die Frage der Zurechnungsfähigkeit Dippolds aufgeworfen wurde, fing das Publicum schon an, nervös zu werden. Der Angeklagte nahm seine Aufmerksamkeit in solchem Masse in Anspruch, dass es erst nach Schluss des Stückes das richtige Wort für die Eltern des misshandelten Knaben fand. Nur mit Mühe vermochte die Polizei den Verurteilten auf dem Wege zur Strafanstalt vor Misshandlungen zu schützen. Erst seit die Türe des Zucht-hauses sich hinter ihm geschlossen hat, beruhigt sich das verletzte Gerechtigkeitsgefühl. Nun ist der Fall erledigt. Vielleicht findet der eine oder andere, die Untat sei mit achtjähriger Sträflingsarbeit nicht ausreichend gesüht. Aber immerhin: Die Gerechtigkeit hat ihres Amtes gewaltet.

Dass das Strafrecht ein taugliches Mittel zur Herstellung der Gerechtigkeit sei, daran zweifelt man nicht. Freilich feiert auch im Gerichtssaal das Unrecht seine Triumphe, und die Sehnsucht nach Gerechtigkeit hat vielleicht zu keiner Zeit so beredten Ausdruck gefunden, wie in der unserigen. Allein das Misstrauen richtet sich nicht gegen das Strafrecht, sondern gegen die Anwendung des Strafgesetzes; nicht gegen die Rechtspflege als solche, sondern gegen diejenigen, welche das Recht zu verwalten haben. Im Classenstaat ist die Justiz zur Classenjustiz geworden. Der Richter beugt das Recht nicht wissentlich; aber er ist befangen in den Anschauungen und Vorurteilen seiner Classe, und die Zuversicht, mit der er hier verurteilt und dort freispricht, wurzelt zu einem guten Teile in der naiven Verwechslung seiner Classenmoral mit allgemeingiltigen Rechtsbegriffen. Nicht selten glaubt er die Gerechtigkeit zu schützen, wo er in Wahrheit das Interesse seiner Classe schützt, und er läuft stets Gefahr, die Strafwürdigkeit einer Tat dann zu überschätzen, wenn er jenes Interesse durch sie bedroht glaubt — wie er auf der anderen Seite die Entschuldigungsgründe nicht zu würdigen vermag, die sich aus den ihm unbekanntem Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen des einen andern

socialen Schicht angehörigen Angeklagten ergeben. Derselbe Richter, der bestrebt ist, die Härte des Gesetzes dort zu mildern, wo es unter dem Zwange des bürgerlichen Ehrbegriffs verletzt wurde, wie etwa im Falle der Uebertretung des Duellverbotes, trägt nicht das geringste Bedenken, eine entehrende Strafe über den Arbeiter zu verhängen, den der proletarische Ehrbegriff und das Gebot der Solidarität mit dem Strafgesetz in Conflict gebracht hat.

So etwa lautet das Urteil unserer Presse über die Strafrechtspflege. Aber darüber hinaus geht die Kritik im allgemeinen nicht. Die Vorwürfe richten sich gegen das geltende Recht, noch mehr gegen die Gerichte und ihre Praxis. Aber es liegt ihnen doch die Auffassung zu Grunde, dass, wenn Uebelstände dergerügten Art beseitigt sind, wenn den besitzlosen Volksclassen der ihnen nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke gebührende Einfluss auf Gesetzgebung und Rechtsprechung eingeräumt und dadurch die jetzt so schwer vermisste Wechselwirkung zwischen dem geschriebenen Recht und dem lebendigen Rechtsbewusstsein des Volkes hergestellt werde, dass sich dann eine Grundlage finden liesse für eine rationelle und gerechte Verfolgung und Bestrafung des Unrechtes, auch in der capitalistischen Gesellschaft.

Zwar hat es gelegentlich den Anschein, als ob eine tiefer gehende Ueberlegung auch diesen Glauben widerlegt hätte. Wir lesen und hören etwa: die Strafe treffe viel seltener das Unrecht, als die Armut und die Dummheit; der wahre Schuldige sei der Staat und die Gesellschaft, die den Armen schuldig: werden lasse, um ihn dann der Pein zu überlassen.

Aber, dass diese Erkenntnis in unser Fleisch und Blut übergegangen sei, wird niemand behaupten wollen. Jedenfalls hält sie gegenüber dem einzelnen Falle nicht stand, sobald die Tat oder der Täter einen widrigen Eindruck macht. Den besten Beweis hierfür bietet die forensische Berichterstattung unserer Tagesblätter. Die Mitteilungen in der Rubrik *Aus dem Gerichtssaal* dienen, von wenig Ausnahmen abgesehen, lediglich dem Unterhaltungsbedürfnis der Leser. Sie erfahren, dass hier einer eingebrochen ist, dort ein anderer einen Ueberzieher angezogen hat, der ihm nicht gehört, dass diesen die verdiente Strafe erteilt, jenen ein geschickter Verteidiger dem Griff des Staatsanwaltes entzog. Und wenn der Berichterstatter sein Geschäft versteht, so gibt er seinem Referat einen gewissen Stimmungsgehalt und schildert die Eindrücke, welche die Personen des Dramas und die dargestellte Handlung auf den Zuschauer machten. Aber dass sich dort Lebensschicksale entschieden haben, dass dort Existenzen vernichtet worden sind, dass Menschen durch die Verurteilung auf einen Weg gedrängt werden, der sie aus ihrer Umgebung heraus rettungslos ins Elend führt, dass die Strafe Schuldlose vielleicht viel schwerer trifft, als den Verbrecher — und alles im Namen des Gesetzes —, das kann vielleicht der aufmerksame Leser zwischen den Zeilen lesen; aber der Menge wird es nicht zum Bewusstsein kommen. Sie wird vielmehr in ihrem Vertrauen zur Strafrechtspflege bestärkt und daran gewöhnt, in der Strafrechtspflege eine Pflege der Gerechtigkeit zu erblicken. Der Zusammenhang scheint ihr ein klarer und notwendiger zu sein: der eine hat gestohlen, der andere betrogen. der dritte getötet; aber das Unrecht kommt an den Tag und findet in der vom Gericht festgesetzten Strafe seine Sühne. Das Gericht aber wird hypostasiert, zu einem persönlichen Organ der Gerechtigkeit, und nur aus Anlass einzelner Fälle, wenn ein Urteil den Widerspruch herausfordert, erinnert man sich daran, dass das Gericht aus Richtern gebildet wird, will sagen aus Menschen, die all den Beschränkungen und Bedingungen unterworfen sind, die dem Worte *Was ist Wahrheit?* ihren tiefen Sinn geben.

Wenn unsere Presse die Berichterstattung über die Rechtsprechung der Strafgerichte viel mehr, als es bisher geschah, und in consequenter Weise

benutzt, um deren Mängel und Unvollkommenheiten aufzudecken, so haben wir einen doppelten Vorteil. Einmal wird dadurch die Reform des Strafrechtes und des Strafvollzuges in wirksamer Weise vorbereitet und gefördert. Zu den Bedingungen dieser Reform gehört, dass sie vom Volke oder doch im Volk als eine notwendige betrachtet wird. Nun lebt aber noch in weiten Schichten der Bevölkerung eine äusserst rohe Vergeltungsidee. Nicht nur, dass ihnen die Auffassung des Verbrechens als einer durch die socialen Verhältnisse bedingten Erscheinung fremd ist. Auch der Forderung nach einer vernünftigen Behandlung der jugendlichen, der geisteskranken und geistesschwachen Verbrecher, dem Vorschlag der bedingten Verurteilung stehen sie reserviert, wenn nicht ablehnend gegenüber. Nicht immer ist diese Stellung die Consequenz des starren Talionsprincipes. Manche lassen sich von ihrem an sich begreiflichen Misstrauen und der Furcht leiten, dass jene Einrichtungen nur dazu dienen werden, um den reichen Sünder der Strafe zu entziehen, welche nach wie vor den Armen treffen werde. Solche Möglichkeiten sind vorhanden, und man wird deshalb mit derartigen Stimmungen rechnen müssen. Aber um so notwendiger ist es, den Gesichtskreis unserer Genossen zu erweitern und den Blick so zu schulen, dass er nicht an einem Punkte hängen bleibt, sondern das ganze Gebiet zu umfassen und die Dinge nach ihrem wahren Werte gegen einander abzuwägen lernt.

Eine sorgfältigere und kritischere Behandlung des Gerichtsreferates empfiehlt sich aber auch deshalb, weil wir in ihm ein zuverlässiges Mittel der socialistischen Agitation überhaupt besitzen. Es bietet stets eine gute Gelegenheit, um an bestimmten Beispielen und Erscheinungen auf eindrucksvolle Art die Folgen der capitalistischen Eigentumsordnung aufzudecken und dadurch die Energie, mit der wir an deren Ueberwindung arbeiten, zu stärken. Dass das sociale Milieu die Entwicklung des Menschen beeinflusst, dass ärmliche Verhältnisse die Versuchungen zu ungesetzlichem Handeln mehren und gleichzeitig die Widerstandskraft schwächen und brechen, das sind allerdings Gemeinplätze, deren Wiederholung uns nicht viel eintragen wird. Aber ein anderes ist es, wenn am Schicksal einzelner, an concreten Fällen, deren typische Bedeutung in die Augen springt, der enge Zusammenhang zwischen der Criminalität und den gesellschaftlichen Zuständen dargelegt und gezeigt wird, wie gering oft die individuelle Schuld und wie sinnlos grausam oft das Gesetz ist.

Und das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Dem aufmerksamen Beobachter wird sich sehr bald noch eine andere Erkenntnis aufdrängen: dass mit den Reformen auf dem Gebiet der Strafrechtspflege wenig gewonnen ist, so lange nicht durch die Umgestaltung der capitalistischen Gesellschaftsordnung die Häufigkeit der Verbrechen eingeschränkt und gleichzeitig erst die Möglichkeit eines vernünftigen Strafvollzuges, soweit wir seiner dann noch bedürfen, geschaffen wird. Der Grund liegt darin, dass es uns nicht gegeben ist, den verschiedenen Forderungen, die wir an die Strafe und die Strafrechtspflege stellen müssen, gleichzeitig und gleichmassig ein Genüge zu tun. Sucht der Richter dem gegebenen Falle nach der einen Seite hin gerecht zu werden, so verletzt er andere Rücksichten und Empfindungen, deren Schonung uns unerlässlich scheint. Gerade für die wichtigsten Probleme, welche das Strafrecht in sich schliesst, ist eine befriedigende Lösung nicht gefunden und nicht zu finden. Was uns von hüben und drüben als solche vorgeschlagen wird, stellt sich nur als Versuch dar, den einen oder andern Gesichtspunct zum alleinherrschenden zu machen und alle widersprechenden Erwägungen und Bedenken zu ignorieren — Bedenken, mit denen die Theorie fertig werden mag, nicht aber die öffentliche Meinung, das natürliche Empfinden und der gesunde Menschenverstand des Volkes. Indem aber die Praxis die ungelösten Wider-

sprüche auf dem Wege des Compromisses abzuschwächen sucht, wird sie zum Verzicht auf eine rationelle und consequente Verbrechensbekämpfung gezwungen. Und so bleibt stets ein *Erdenrest, zu tragen peinlich*.

Das geltende Strafrecht steht auf dem Standpunct der sogenannten *Erfolgshaftung*. Es räumt dem objectiven Erfolg einen entscheidenden Einfluss auf das Strafmass und auf die Strafbarkeit ein. Dabei mag man sich zunächst in den Fällen beruhigen, wo der eingetretene Erfolg der Absicht des Täters entspricht, die Tat selbst also einen Anhaltspunct für die Beurteilung der Gefährlichkeit des Täters bietet. Hat der Täter den eingetretenen Erfolg nicht beabsichtigt, aber ihn doch als einen möglichen vorausgesehen und dennoch die verbrecherische Handlung begangen, so kann die grössere oder geringere Wahrscheinlichkeit, die für den Eintritt jenes Erfolges sprach, zur Not noch als Massstab für die Strafwürdigkeit gelten. Kritischer wird der Fall aber schon dann, wenn nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der täglichen Erfahrung der Täter den eingetretenen Erfolg als ausgeschlossen betrachten durfte und der letztere sich nur dank irgendwelcher nicht voraussehender Zufälligkeiten eingestellt hat. Die ungezählten Ohrfeigen, die sich unsere Mitmenschen jahraus, jahrein verabreichen, haben regelmässig keine andere Wirkung, als das bekannte Unlustgefühl. Aber unter einer Million derartiger Züchtigungen ist vielleicht eine, die infolge besonderer Schädelbeschaffenheit des Opfers dessen Tod herbeiführt. Wie ist dieser Erfolg, der weder ein beabsichtigter, noch gewünschter, noch ein voraussehbarer war, strafrechtlich zu würdigen?

Noch grössere Schwierigkeit bietet die Behandlung des Falles, wo der Eintritt des vom Täter angestrebten Erfolges infolge zufälliger Momente verhindert worden ist. Eine starke Erwägung spricht dafür, den sogenannten *vollendeten Versuch* mit derselben Strafe zu belegen, wie das vollendete Verbrechen. Soll es dem Täter zu statten kommen, dass die von ihm erbrochene Casse — zu seinem Leidwesen natürlich — leer war, dass der wohlgezielte Schuss nur deshalb keinen Schaden anrichtete, weil die Kugel an der Metall-einfassung des Cigarrenetuis abprallte? Aber mit dem Zweifel, ob diese Frage zu bejahen sei, erhebt sich auch das allerstärkste Bedenken gegen die Gleichstellung des Versuchs mit der vollendeten Tat. Handelt es sich in diesen Fällen nur um die Abstufung der Strafbarkeit, so in anderen um die Frage, wo die Strafbarkeit beginnt und an welche Voraussetzungen sie zu knüpfen ist. Die Antwort liegt nahe: sie beginnt, wo sich die verbrecherische Absicht in die Tat umsetzt. Mit dem Anfang der Ausführung des Verbrechens, wie das deutsche Strafgesetzbuch sich ausdrückt. Aber die Umschau in der Praxis zeigt, dass die Abgrenzung der straflosen Vorbereitungshandlung vom Beginn des strafbaren Versuches eine ganz willkürliche ist und dass diese und ähnliche Unterscheidungen nicht von der Gerechtigkeit gefordert werden, sondern nur schlechte Nothelfer darstellen, um noch grössere Unbilligkeiten und Irrungen auf seiten des Richters zu verhüten. Bekannt sind die widersprechenden Antworten, welche die Frage findet, ob der Versuch mit einem untauglichen Mittel oder an einem untauglichen Object zu bestrafen sei. Denkt man an den Fall, wo das Mittel ein absolut untaugliches ist — etwa ein Receipt aus der Hexenküche — so stellt sich der Verneinung kein Bedenken entgegen. Allein die Praxis hat sich mit schwierigeren Fällen abzufinden. Dort ist am letzten Ende die Erwägung ausschlaggebend: es ist fraglich und nicht mit Sicherheit zu entscheiden, ob der Täter nicht deshalb vom Gebrauch eines tauglichen, erfahrungsgemäss sicher wirkenden Mittels abgesehen hat, weil es ihm eben doch an der Festigkeit des Willens, das Verbrechen zu verüben, gefehlt hat. Von diesem Standpuncte aus müsste aber die Bestrafung stets dann gefordert werden,

wenn sich der Wille, einen strafbaren Erfolg herbeizuführen, in unzweideutiger Weise manifestiert hat und der letztere nur infolge eines Irrtums des Täters über die Beschaffenheit seines Mittels ausgeblieben ist. Allein die gegenteilige Meinung, welche auch unter dieser Voraussetzung den Versuch mit einem absolut untauglichen Mittel straffrei lassen will, kann sich, wie man weiss, ebenfals auf sehr gute Argumente berufen.

Noch viel unsichereren Boden hat der Richter unter den Füssen, wenn er im einzelnen Falle die Strafe auszumessen hat. Und die Schwierigkeiten sind für den Richter, der in der Strafe vor allem die Vergeltung sucht, ebenso gross, wie für den Anhänger der sociologischen Richtung, welche den Zweckgedanken im Strafrecht vorherrschen lassen will. Denn hier wie dort sind die Factoren, denen die Strafe angepasst werden soll, nur einer subjectiven Schätzung zugänglich, die je nach den persönlichen Eigenschaften des Richters, seinen Vorurteilen und Lebenserfahrungen so oder anders ausfallen kann. Der Vergeltungstheoretiker sucht das Mass der Strafe in der Grösse der Verschuldung; der Anhänger der Zweckstrafe in der Gefährlichkeit des Täters und der Stärke seiner verbrecherischen Gesinnung. Sind die mit diesen Feststellungen verbundenen Schwierigkeiten der Natur der Sache nach sehr erheblich, so werden sie nur allzu oft dadurch noch vergrössert, dass die Untersuchung sich auf die Erforschung des objectiven Tatbestandes beschränkt. Mit peinlicher Sorgfalt wird der Delictsbetrag auf Heller und Pfennig ermittelt, aber oft gar kein Licht über die Person und die persönlichen Verhältnisse des Täters verbreitet. Und wenn diese und ähnliche Schwierigkeiten sich überwinden lassen, so tauchen sofort neue Zweifel auf. Um die von der Vernunft geforderte Verhältnismässigkeit zwischen der Schuld und Gefährlichkeit des Täters und der Strafe herzustellen, sollte der Richter auch die Wirkung der Strafe wenigstens annähernd abzuschätzen im stande sein, um danach ihre Art und Dauer zu bestimmen. Im handwerksmässigen Betrieb unserer Strafjustiz wird die Schwere der Strafe einfach nach ihrer Dauer bemessen. In Wahrheit wird aber das nämliche Strafübel von den einzelnen ausserordentlich ungleich empfunden, ohne dass der Richter befähigt wäre, bei der Ausmessung der Strafe diesen Charakterverschiedenheiten Rechnung zu tragen. Zu einer noch schwereren Ungerechtigkeit führt diese mechanische Anwendung des Strafgesetzes, weil der Richter die für das Gesetz zufälligen, das heisst von ihm nicht beabsichtigten Nebenwirkungen der Strafe, die oft dem Verurteilten zum schwersten Verhängnis gereichen, gar nicht oder nur ungenügend berücksichtigen kann. Ein Arbeiter wird wegen eines im Affect oder in der Trunkenheit verübten Vergehens zu einer kurzzeitigen Freiheitsstrafe verurteilt, verliert infolgedessen seine Stelle, bleibt während des ganzen Winters arbeitslos und versinkt ins Lumpenproletariat. Ein Lehrer, der sich einen Fehltritt zu schulden kommen liess, wird seines Amtes enthoben und beklagt nun den Verlust des grossen Aufwandes an Geld und Zeit, den die Vorbereitung für den ihm nunmehr verschlossenen Lebensberuf erforderte. Für das gewöhnliche Empfinden des Durchschnittsmenschen ist eine gewisse Gleichmässigkeit in der strafrechtlichen Behandlung ähnlicher Fälle eine Forderung der Gerechtigkeit. Für den grössten Teil der Volksgenossen hatte es etwas Abstossendes, wenn das gleiche Vergehen dann, wenn durch die Strafe die sociale Stellung des Verurteilten erschüttert zu werden droht, nur mit einer Geldbusse, in dem Fall aber, wo solche Nebenwirkungen nicht zu befürchten sind, mit einer Gefängnisstrafe geahndet würde. Aber daraus kann sich nichts anderes ergeben, als dass die Gerechtigkeit, wie sie sich nach unserer menschlichen Beschränktheit gestaltet, zu Härten und Widersprüchen führt, die nur schwer zu ertragen sind.

durch das unreelle Wahlsystem allein nicht erklären. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen tiefer und nicht so nahe.

Unsere Arbeiterpartei ist im wesentlichen rein proletarischen Ursprungs. Die ersten socialistischen Gruppen wurden von Webern, Bergarbeitern, Metallarbeitern und Steinschleifern gebildet, ebenso die ersten Cooperativgenossenschaften; die Intellektuellen sind bei uns erst später hinzugekommen, sind übrigens auch heute noch unter uns nicht sehr zahlreich. Das bedeutet für die belgische Arbeiterpartei gleichzeitig eine Ursache ihrer Stärke und Schwäche. Als Quelle ihrer Kraft kann dieser Umstand insofern betrachtet werden, als die socialistische Bewegung unseres Landes dadurch eine industrielle Basis erhält und gewisse leere scholastische Streitereien vermeidet, um sich mehr der praktischen Arbeit und der Agitation zu widmen. Als Grund ihrer Schwäche insofern, als wir deshalb auf das Zusammenwirken genügend vorgebildeter Menschen verzichten müssen, die unsere geistige Propaganda leiten, unsere Organisation und unsere Gemeinden verwalten. Wir haben gerade jetzt gesehen, wie sehr das zutrifft. Die Niederlage, die wir in einigen der Industriegemeinden gehabt, ist zum grossen Teil auf Missgriffe in der Verwaltung zurückzuführen, die unsere socialistischen Mandatäre während ihrer Amtsdauer begangen. Es fehlt der belgischen Arbeiterpartei an Männern, man muss sich das eingestehen.

Ferner haben wir uns schwere taktische Fehler vorzuwerfen. Die Arbeiterpartei ist, politisch gesprochen, zu rasch angewachsen. Bei dem ersten Experiment mit dem Pluralstimmrecht, im Jahre 1894, sandte das Wahlcomité mit einem Schlag 28 Abgeordnete in ein Parlament, wo wir bis dahin nie auch nur einen einzigen Vertreter gehabt hatten. Das bedeutete ein Drittel der Volksvertretung. Dieser Sieg verblüffte allgemein und überraschte selbst die grössten Optimisten der Partei. Er erweckte in uns die wahnsinnigsten Hoffnungen, in unseren Gegnern die wahnsinnigsten Befürchtungen. Wir sahen uns schon als Herren der Regierung und des Landes. Unsere Kühnheit, aber auch unsere Anmassung kannte keine Grenzen mehr. Wir sungen an, in unseren Versammlungen, in unseren Zeitungen und besonders in der Kammer eine heftige, übermütige und prahlerische Sprache zu führen. Schon in der ersten Kammersitzung rollten unsere Abgeordneten die Frage des allgemeinen Stimmrechts auf und bedrohten die Regierung mit Aufstand und Revolution, wenn uns nicht nachgegeben werden sollte. 1899 legte die Regierung einen Gesetzesentwurf vor, der die Proportionalvertretung in unser Wahlsystem, doch nur für die grossen Wahlkreise, einführen sollte; das heisst, die Klerikalen wollten eine Vertretung der Minorität da schaffen, wo sie zu schwach waren, um die Majorität zu erlangen. Das war Parteipolitik schlimmster Art. Die Liberalen protestierten, die Socialisten riefen die Strasse zu Hilfe, und die revolutionäre Bewegung, die auch noch von der liberalen Presse unterstützt wurde, siegte. Die Regierung musste nachgeben, und zwei Minister gingen. Von dieser Zeit an glaubten die Socialisten an das Allheilmittel einer Politik der Gewalt. Unsere Kühnheit und unsere Selbstüberschätzung nahm immer nur zu. Als dann 1902 die Socialisten die Regierung wieder aufforderten, das allgemeine Stimmrecht einzuführen, drohten sie auch wieder mit einer Strassendemonstration. Die Liberalen erklärten darauf, dass sie nicht mit uns gehen würden, dass sie die Absicht hätten, die politische Gleichberechtigung auf friedlichem Wege herbeizuführen, und dass, wenn wir Revolution machen wollten, ihre Bürgermeister in den grossen Städten es schon verstehen werden, die Ordnung wiederherzustellen. Von diesem Augenblick an war die Regierung zu hartnäckigem Widerstand entschlossen und, da sie ja des Beistands der Liberalen sicher war, auch zu blutiger Unterdrückung. Trotzdem marschierten wir, ganz allein, vorwärts, wie verblendet. Wir wurden besiegt, es musste so kommen.

Vielleicht war diese furchtbare und schmerzliche Niederlage nötig, um uns zur Massigung und Vorsicht zu bringen. Leider fehlt man noch jetzt bei jeder

Sitzung des Wahlcomités die Nachwehen dieser Verfehlungen. Und wenn wir nicht unsere *Volkshäuser* und das von uns Geschaffene hatten, wohin wir uns zurückziehen können, um unsere Kräfte wiederzugewinnen, wenn der Socialismus nicht so tief im Lande Wurzel gefasst hätte, wenn er nicht den proletarischen Charakter hätte, von dem ich vorhin sprach, so müsste ich nicht bloss einen Stillstand in der Entwicklung unserer Partei constatieren, sondern einen Rückschritt, der uns vielleicht um zehn Jahre zurückbringt.

Aber unsere ausländischen Freunde mögen sich trösten! Die belgischen Socialisten sind keineswegs entmutigt. Sie haben Fehler begangen, sie geben es zu, aber nur, um es nun besser zu machen. Sie haben durch zu viel Vertrauen, durch zu viel unüberlegte Begeisterung gesündigt. Sie haben sich über die Zeitdauer getäuscht, die eine Idee braucht, um durchzudringen, aber sie haben den Glauben an diese Idee nicht verloren. Vor ihnen steht immer noch die Zukunft mit ihrem leuchtenden Ideal, das den Weg erhellt und dessen Anblick den Mut neu entfacht. Sie haben die Niederlage dieser Tage schon halb vergessen, sie haben sich eifrig und zäh wieder an die Arbeit gemacht. Ein ganz neuer Actionsplan wird entworfen. Doch darüber muss in einem besonderen Artikel referiert werden.

Einiges über die Lage der Arbeiterklasse in Australien.

Von

Tom Mann.

(Melbourne.)

Bevor ich mein dem Herausgeber der *Socialistischen Monatshefte* gegebenes Versprechen, einen Artikel über die socialen und industriellen Verhältnisse in Australien zu schreiben, einlöse, möchte ich, um dem Leser die Einsichtnahme in diesbezügliche Werke zu ersparen, einige Angaben über die Grösse und die Bevölkerungszahl der einzelnen Staaten machen.

Australien ist in fünf Staaten eingeteilt: Victoria mit einer Fläche von 229 000 Quadratkilometern und 1 201 000 Einwohnern, Neusüdwaales mit einer Fläche von 813 000 Quadratkilometern und 1 395 000 Einwohnern, Queensland mit einer Fläche von 1 731 000 Quadratkilometern und 510 000 Einwohnern, Südaustralien mit einer Fläche von 234 000 Quadratkilometern und 362 000 Einwohnern, Westaustralien mit einer Fläche von 2 745 000 Quadratkilometern und 215 000 Einwohnern. Die Insel Tasmania bildet, obwohl sie circa 400 Kilometer vom Festlande abliegt, ebenfalls einen Teil des australischen Staatenbundes. Ihre Grösse beträgt 67 895 Quadratkilometer, die Zahl der Einwohner 173 000. Neuseeland dagegen bildet keinen Teil der Vereinigten Staaten von Australien; es liegt circa 2000 Kilometer von der Küste entfernt, ist 273 000 Quadratkilometer gross und zählt 850 000 Einwohner. Hierin sind 43 000 Maori, so heissen die Eingeborenen Neuseelands, eingerechnet, ein fleissiger und intelligenter Volksstamm, dessen Kopffzahl jetzt stabil ist, mit einer geringen Tendenz zur Abnahme. In Tasmania ist die Urbevölkerung gänzlich ausgestorben, und in Australien ist ihre Zahl so gering, dass sie hier nicht erwähnt zu werden braucht. Melbourne, die Hauptstadt von Victoria, ist zugleich die schönste Stadt Australiens; ihre Einwohnerzahl beträgt 500 000. Sydney, die Hauptstadt von Neusüdwaales, ist ebenso gross.

Während der letzten sieben Jahre hat in dem grössten Teil Australiens eine beständige Trockenheit geherrscht; doch sind nunmehr infolge reichlicher Regenfälle die Ernteernten in allen Staaten gute.

In Victoria ist der grösste Teil der Bevölkerung in industriellen Berufen

sprüche auf dem Wege des Compromisses abzuschwächen sucht, wird sie zum Verzicht auf eine rationelle und consequente Verbrechensbekämpfung gezwungen. Und so bleibt stets ein *Erdenrest, zu tragen peinlich*.

Das geltende Strafrecht steht auf dem Standpunct der sogenannten *Erfolgshaftung*. Es räumt dem objectiven Erfolg einen entscheidenden Einfluss auf das Strafmass und auf die Strafbarkeit ein. Dabei mag man sich zunächst in den Fällen beruhigen, wo der eingetretene Erfolg der Absicht des Täters entspricht, die Tat selbst also einen Anhaltspunct für die Beurteilung der Gefährlichkeit des Täters bietet. Hat der Täter den eingetretenen Erfolg nicht beabsichtigt, aber ihn doch als einen möglichen vorausgesehen und dennoch die verbrecherische Handlung begangen, so kann die grössere oder geringere Wahrscheinlichkeit, die für den Eintritt jenes Erfolges sprach, zur Not noch als Massstab für die Strafwürdigkeit gelten. Kritischer wird der Fall aber schon dann, wenn nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der täglichen Erfahrung der Täter den eingetretenen Erfolg als ausgeschlossen betrachten durfte und der letztere sich nur dank irgendwelcher nicht vorzusehender Zufälligkeiten eingestellt hat. Die ungezählten Ohrfeigen, die sich unsere Mitmenschen jahraus, jahrein verabreichen, haben regelmässig keine andere Wirkung, als das bekannte Unlustgefühl. Aber unter einer Million derartiger Züchtigungen ist vielleicht eine, die infolge besonderer Schädelbeschaffenheit des Opfers dessen Tod herbeiführt. Wie ist dieser Erfolg, der weder ein beabsichtigter, noch gewünschter, noch ein vorausschbarer war, strafrechtlich zu würdigen?

Noch grössere Schwierigkeit bietet die Behandlung des Falles, wo der Eintritt des vom Täter angestrebten Erfolges infolge zufälliger Momente verhindert worden ist. Eine starke Erwägung spricht dafür, den sogenannten *vollendeten Versuch* mit derselben Strafe zu belegen, wie das vollendete Verbrechen. Soll es dem Täter zu statten kommen, dass die von ihm erbrochene Casse — zu seinem Leidwesen natürlich — leer war, dass der wohlgezielte Schuss nur deshalb keinen Schaden anrichtete, weil die Kugel an der Metallfassung des Cigarrenetuis abprallte? Aber mit dem Zweifel, ob diese Frage zu behagen sei, erhebt sich auch das allerstärkste Bedenken gegen die Gleichstellung des Versuchs mit der vollendeten Tat. Handelt es sich in diesen Fällen nur um die Abstufung der Strafbarkeit, so in anderen um die Frage, wo die Strafbarkeit beginnt und an welche Voraussetzungen sie zu knüpfen ist. Die Antwort liegt nahe: sie beginnt, wo sich die verbrecherische Absicht in die Tat umsetzt. Mit dem Anfang der Ausführung des Verbrechens, wie das deutsche Strafgesetzbuch sich ausdrückt. Aber die Umschau in der Praxis zeigt, dass die Abgrenzung der straflosen Vorbereitungshandlung vom Beginn des strafbaren Versuches eine ganz willkürliche ist und dass diese und ähnliche Unterscheidungen nicht von der Gerechtigkeit gefordert werden, sondern nur schlechte Nothelfer darstellen, um noch grössere Unbilligkeiten und Irrungen auf seiten des Richters zu verhüten. Bekannt sind die widersprechenden Antworten, welche die Frage findet, ob der Versuch mit einem untauglichen Mittel oder an einem untauglichen Object zu bestrafen sei. Denkt man an den Fall, wo das Mittel ein absolut untaugliches ist — etwa ein Recept aus der Hexenküche — so stellt sich der Verneinung kein Bedenken entgegen. Allein die Praxis hat sich mit schwierigeren Fällen abzufinden. Dort ist am letzten Ende die Erwägung ausschlaggebend: es ist fraglich und nicht mit Sicherheit zu entscheiden, ob der Täter nicht deshalb vom Gebrauch eines tauglichen, erfahrungsgemäss sicher wirkenden Mittels abgesehen hat, weil es ihm eben doch an der Festigkeit des Willens, das Verbrechen zu verüben, gefehlt hat. Von diesem Standpuncte aus müsste aber die Bestrafung stets dann gefordert werden,

wenn sich der Wille, einen strafbaren Erfolg herbeizuführen, in unzweideutiger Weise manifestiert hat und der letztere nur infolge eines Irrtums des Täters über die Beschaffenheit seines Mittels ausgeblieben ist. Allein die gegenteilige Meinung, welche auch unter dieser Voraussetzung den Versuch mit einem absolut untauglichen Mittel straffrei lassen will, kann sich, wie man weiss, ebenfalls auf sehr gute Argumente berufen.

Noch viel unsichereren Boden hat der Richter unter den Füßen, wenn er im einzelnen Falle die Strafe auszumessen hat. Und die Schwierigkeiten sind für den Richter, der in der Strafe vor allem die Vergeltung sucht, ebenso gross, wie für den Anhänger der sociologischen Richtung, welche den Zweckgedanken im Strafrecht vorherrschen lassen will. Denn hier wie dort sind die Factoren, denen die Strafe angepasst werden soll, nur einer subjectiven Schätzung zugänglich, die je nach den persönlichen Eigenschaften des Richters, seinen Vorurteilen und Lebenserfahrungen so oder anders ausfallen kann. Der Vergeltungstheoretiker sucht das Mass der Strafe in der Grösse der Verschuldung; der Anhänger der Zweckstrafe in der Gefährlichkeit des Täters und der Stärke seiner verbrecherischen Gesinnung. Sind die mit diesen Feststellungen verbundenen Schwierigkeiten der Natur der Sache nach sehr erheblich, so werden sie nur allzu oft dadurch noch vergrössert, dass die Untersuchung sich auf die Erforschung des objectiven Tatbestandes beschränkt. Mit peinlicher Sorgfalt wird der Delictsbetrag auf Heller und Pfennig ermittelt, aber oft gar kein Licht über die Person und die persönlichen Verhältnisse des Täters verbreitet. Und wenn diese und ähnliche Schwierigkeiten sich überwinden lassen, so tauchen sofort neue Zweifel auf. Um die von der Vernunft geforderte Verhältnismässigkeit zwischen der Schuld und Gefährlichkeit des Täters und der Strafe herzustellen, sollte der Richter auch die Wirkung der Strafe wenigstens annähernd abzuschätzen im stande sein, um danach ihre Art und Dauer zu bestimmen. Im handwerksmässigen Betrieb unserer Strafjustiz wird die Schwere der Strafe einfach nach ihrer Dauer bemessen. In Wahrheit wird aber das nämliche Strafübel von den einzelnen ausserordentlich ungleich empfunden, ohne dass der Richter befähigt wäre, bei der Ausmessung der Strafe diesen Charakterschiedenheiten Rechnung zu tragen. Zu einer noch schwereren Ungerechtigkeit führt diese mechanische Anwendung des Strafgesetzes, weil der Richter die für das Gesetz zufälligen, das heisst von ihm nicht beabsichtigten Nebenwirkungen der Strafe, die oft dem Verurteilten zum schwersten Verhängnis gereichen, gar nicht oder nur ungenügend berücksichtigen kann. Ein Arbeiter wird wegen eines im Affect oder in der Trunkenheit verübten Vergehens zu einer kurzzeitigen Freiheitsstrafe verurteilt, verliert infolgedessen seine Stelle, bleibt während des ganzen Winters arbeitslos und versinkt ins Lumpenproletariat. Ein Lehrer, der sich einen Fehltritt zu schulden kommen liess, wird seines Amtes enthoben und beklagt nun den Verlust des grossen Aufwandes an Geld und Zeit, den die Vorbereitung für den ihm nunmehr verschlossenen Lebensberuf erforderte. Für das gewöhnliche Empfinden des Durchschnittsmenschen ist eine gewisse Gleichmässigkeit in der strafrechtlichen Behandlung ähnlicher Fälle eine Forderung der Gerechtigkeit. Für den grössten Teil der Volksgenossen hätte es etwas Abstossendes, wenn das gleiche Vergehen dann, wenn durch die Strafe die sociale Stellung des Verurteilten erschüttert zu werden droht, nur mit einer Geldbusse, in dem Fall aber, wo solche Nebenwirkungen nicht zu befürchten sind, mit einer Gefängnisstrafe geahndet würde. Aber daraus kann sich nichts anderes ergeben, als dass die Gerechtigkeit, wie sie sich nach unserer menschlichen Beschränktheit gestaltet, zu Härten und Widersprüchen führt, die nur schwer zu ertragen sind.

durch das unreele Wahlsystem allein nicht erklären. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen tiefer und nicht so nahe.

Unsere Arbeiterpartei ist im wesentlichen rein proletarischen Ursprungs. Die ersten socialistischen Gruppen wurden von Webern, Bergarbeitern, Metallarbeitern und Steinschleifern gebildet, ebenso die ersten Cooperativgenossenschaften; die Intellektuellen sind bei uns erst später hinzugekommen, sind übrigens auch heute noch unter uns nicht sehr zahlreich. Das bedeutet für die belgische Arbeiterpartei gleichzeitig eine Ursache ihrer Stärke und Schwäche. Als Quelle ihrer Kraft kann dieser Umstand insofern betrachtet werden, als die socialistische Bewegung unseres Landes dadurch eine industrielle Basis erhält und gewisse leere scholastische Streitereien vermeidet, um sich mehr der praktischen Arbeit und der Agitation zu widmen. Als Grund ihrer Schwäche insofern, als wir deshalb auf das Zusammenwirken genügend vorgebildeter Menschen verzichten müssen, die unsere geistige Propaganda leiten, unsere Organisation und unsere Gemeinden verwalten. Wir haben gerade jetzt gesehen, wie sehr das zutrifft. Die Niederlage, die wir in einigen der Industriegemeinden gehabt, ist zum grossen Teil auf Missgriffe in der Verwaltung zurückzuführen, die unsere socialistischen Mandatare während ihrer Amtsdauer begangen. Es fehlt der belgischen Arbeiterpartei an Männern, man muss sich das eingestehen.

Ferner haben wir uns schwere taktische Fehler vorzuwerfen. Die Arbeiterpartei ist, politisch gesprochen, zu rasch angewachsen. Bei dem ersten Experiment mit dem Pluralstimmrecht, im Jahre 1894, sandte das Wahlcomité mit einem Schlag 28 Abgeordnete in ein Parlament, wo wir bis dahin nie auch nur einen einzigen Vertreter gehabt hatten. Das bedeutete ein Drittel der Volksvertretung. Dieser Sieg verblüffte allgemein und überraschte selbst die grössten Optimisten der Partei. Er erweckte in uns die wahnsinnigsten Hoffnungen, in unseren Gegnern die wahnsinnigsten Befürchtungen. Wir sahen uns schon als Herren der Regierung und des Landes. Unsere Kühnheit, aber auch unsere Anmassung kannte keine Grenzen mehr. Wir fingen an, in unseren Versammlungen, in unseren Zeitungen und besonders in der Kammer eine heftige, übermütige und prahlerische Sprache zu führen. Schon in der ersten Kammersitzung rollten unsere Abgeordneten die Frage des allgemeinen Stimmrechts auf und bedrohten die Regierung mit Aufstand und Revolution, wenn uns nicht nachgegeben werden sollte. 1899 legte die Regierung einen Gesetzesentwurf vor, der die Proportionalvertretung in unser Wahlsystem, doch nur für die grossen Wahlkreise, einführen sollte; das heisst, die Klerikalen wollten eine Vertretung der Minorität da schaffen, wo sie zu schwach waren, um die Majorität zu erlangen. Das war Parteipolitik schlimmster Art. Die Liberalen protestierten, die Socialisten riefen die Strasse zu Hilfe, und die revolutionäre Bewegung, die auch noch von der liberalen Presse unterstützt wurde, siegte. Die Regierung musste nachgeben, und zwei Minister gingen. Von dieser Zeit an glaubten die Socialisten an das Allheilmittel einer Politik der Gewalt. Unsere Kühnheit und unsere Selbstüberschätzung nahm immer nur zu. Als dann 1902 die Socialisten die Regierung wieder aufforderten, das allgemeine Stimmrecht einzuführen, drohten sie auch wieder mit einer Strassendemonstration. Die Liberalen erklärten darauf, dass sie nicht mit uns gehen würden, dass sie die Absicht hätten, die politische Gleichberechtigung auf friedlichem Wege herbeizuführen, und dass, wenn wir Revolution machen wollten, ihre Bürgermeister in den grossen Städten es schon verstehen werden, die Ordnung wiederherzustellen. Von diesem Augenblick an war die Regierung zu hartnäckigem Widerstand entschlossen und, da sie ja des Beistands der Liberalen sicher war, auch zu blutiger Unterdrückung. Trotzdem marschierten wir, ganz allein, vorwärts, wie verblendet. Wir wurden besiegt, es musste so kommen. Vielleicht war diese furchtbare und schmerzliche Niederlage nötig, um uns zur Mässigung und Vorsicht zu bringen. Leider fühlt man noch jetzt bei jeder

Sitzung des Wahlcomités die Nachwehen dieser Verfehlungen. Und wenn wir nicht unsere *Volkshäuser* und das von uns Geschaffene hätten, wohin wir uns zurückziehen können, um unsere Kräfte wiederzugewinnen, wenn der Socialismus nicht so tief im Lande Wurzel gefasst hätte, wenn er nicht den proletarischen Charakter hätte, von dem ich vorhin sprach, so müsste ich nicht bloss einen Stillstand in der Entwicklung unserer Partei constatieren, sondern einen Rückschritt, der uns vielleicht um zehn Jahre zurückbringt.

Aber unsere ausländischen Freunde mögen sich trösten! Die belgischen Socialisten sind keineswegs entmutigt. Sie haben Fehler begangen, sie geben es zu, aber nur, um es nun besser zu machen. Sie haben durch zu viel Vertrauen, durch zu viel unüberlegte Begeisterung gesündigt. Sie haben sich über die Zeitdauer getäuscht, die eine Idee braucht, um durchzudringen, aber sie haben den Glauben an diese Idee nicht verloren. Vor ihnen steht immer noch die Zukunft mit ihrem leuchtenden Ideal, das den Weg erhellt und dessen Anblick den Mut neu entfacht. Sie haben die Niederlage dieser Tage schon halb vergessen, sie haben sich eifrig und zäh wieder an die Arbeit gemacht. Ein ganz neuer Actionsplan wird entworfen. Doch darüber muss in einem besonderen Artikel referiert werden.

Einiges über die Lage der Arbeiterklasse in Australien.

Von

Tom Mann.

(Melbourne.)

Bevor ich mein dem Herausgeber der *Socialistischen Monatshefte* gegebenes Versprechen, einen Artikel über die socialen und industriellen Verhältnisse in Australien zu schreiben, einlöse, möchte ich, um dem Leser die Einsichtnahme in diesbezügliche Werke zu ersparen, einige Angaben über die Grösse und die Bevölkerungszahl der einzelnen Staaten machen.

Australien ist in fünf Staaten eingeteilt: Victoria mit einer Fläche von 229 000 Quadratkilometern und 1 201 000 Einwohnern, Neusüdwales mit einer Fläche von 813 000 Quadratkilometern und 1 395 000 Einwohnern, Queensland mit einer Fläche von 1 731 000 Quadratkilometern und 510 000 Einwohnern, Südaustralien mit einer Fläche von 234 000 Quadratkilometern und 362 000 Einwohnern, Westaustralien mit einer Fläche von 2 745 000 Quadratkilometern und 215 000 Einwohnern. Die Insel Tasmania bildet, obwohl sie circa 400 Kilometer vom Festlande abliegt, ebenfalls einen Teil des australischen Staatenbundes. Ihre Grösse beträgt 67 895 Quadratkilometer, die Zahl der Einwohner 173 000. Neuseeland dagegen bildet keinen Teil der Vereinigten Staaten von Australien; es liegt circa 2000 Kilometer von der Küste entfernt, ist 273 000 Quadratkilometer gross und zählt 850 000 Einwohner. Hierin sind 43 000 Maori, so heissen die Eingeborenen Neuseelands, eingerechnet, ein fleissiger und intelligenter Volksstamm, dessen Kopfszahl jetzt stabil ist, mit einer geringen Tendenz zur Abnahme. In Tasmania ist die Urbewölkerung gänzlich ausgestorben, und in Australien ist ihre Zahl so gering, dass sie hier nicht erwähnt zu werden braucht. Melbourne, die Hauptstadt von Victoria, ist zugleich die schönste Stadt Australiens; ihre Einwohnerzahl beträgt 500 000. Sydney, die Hauptstadt von Neusüdwales, ist ebenso gross.

Während der letzten sieben Jahre hat in dem grössten Teil Australiens eine beständige Trockenheit geherrscht; doch sind nunmehr infolge reichlicher Regenfälle die Ernteaussichten in allen Staaten gute.

In Victoria ist der grösste Teil der Bevölkerung in industriellen Berufen-

tätig, wie dort überhaupt die Industrie einen verhältnismässig raschen Aufschwung genommen hat. In den meisten Gewerbszweigen und in den Bergwerken beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden, doch besteht in keinem Staate der gesetzliche Achtstundentag. Der Gewerkschaftsbewegung hat sich die Arbeiterklasse in ganz ähnlicher Weise, wie in England, zugewandt, aber da die Machtposition der herrschenden Classe hier nicht durch historische Tradition so fest begründet ist, so waren die Gewerkschafter hier noch erfolgreicher. Die Löhne gelernter Arbeiter schwanken zwischen $2\frac{1}{2}$ und 3 Pfund die Woche, die der Tagelöhner zwischen 30 und 40 Shilling; die Kaufkraft des Geldes ist um 15 bis 20% geringer, als in England. Die Goldgräber in Victoria bekommen 45 Shilling wöchentlich; in anderen Staaten sind die Bergwerkslöhne höher, doch gewöhnlich sind es die Warenpreise auch.

Vor zehn Jahren war in Victoria das *Sweatingsystem* stark verbreitet; daher wurde infolge mannigfacher Agitationen vom Parlament die Einsetzung von Arbeitsämtern in Verbindung mit einer Fabrikgesetzgebung beschlossen. Ihre Aufgabe war die, Normalbedingungen zu schaffen, einen Minimallohn festzustellen, die Arbeitszeit zu regeln, zu entscheiden, wie Ueberstunden bezahlt werden sollten etc. etc. Sie hatten den Erfolg, beachtenswerte Verbesserungen einzuführen, die noch heute bestehen; doch sind viele Unternehmer stark gegen die Arbeitsämter eingenommen und geben sich Mühe, sie wieder los zu werden. Diese Arbeitsämter sind nur für die Gewerbe zuständig, die im Gesetz ausdrücklich genannt sind; und wenn ein Arbeitsbeschluss herbeigeführt werden. Die Arbeitsämter setzen sich aus Vertretern von Arbeitern und Unternehmern zusammen; hinter ihren Entscheidungen steht die Staatsmacht. Die üblichen Beschwerden der Unternehmer in allen Ländern, dass es nämlich unmöglich sei, die amtlich festgesetzten Löhne zu zahlen, dass Handel und Gewerbe infolgedessen zurückgehe, werden auch hier vorgebracht, und dies angesichts der Tatsache, dass die ganze Zeit seit dem Bestehen dieser Körperschaft ein gleichmässiges Anwachsen der Zahl der in den betreffenden Gewerben beschäftigten Arbeiter stattgefunden hat.

Wie allgemein bekannt, ist Neuseeland den übrigen australischen Staaten in Bezug auf die sociale und Fabrikgesetzgebung etwas voraus. Das neuseeländische Fabrikgesetz schreibt vor, dass Männer, deren Arbeit unter seine Bestimmungen fällt, nicht mehr als 48 Stunden und Frauen nicht mehr als 45 Stunden in der Woche arbeiten dürfen. Dies Gesetz, das weit mehr dazu beigetragen hat, schlechte Arbeitsbedingungen zu beseitigen und die Lebenslage der Arbeiter zu heben, als alle anderen zusammengenommen, ist das *Industrial Conciliation and Arbitration Act*. Vor nunmehr neun Jahren wurde dies Gesetz verabschiedet; es ist seitdem bei verschiedenen Gelegenheiten verbessert worden und wird wahrscheinlich nächstes Jahr wiederum verbessert werden; doch sein Princip hat von Anfang an erfolgreiche Anwendung gefunden.

Seit Neuseeland auf diesem Wege vorgegangen ist, haben zwei andere Staaten ähnliche Gesetze angenommen: Westaustralien und Neusüdwaales; auch dort bewähren sich die betreffenden Gesetze. Und zur Zeit liegt dem Parlament der Vereinigten Staaten von Australien ein ähnliches Gesetz vor, dessen Aufgabe es ist, Handhaben zu bieten, um Streitigkeiten, deren Ausdehnung die Grenzen eines Staats überschreitet, zu verhindern oder beizulegen; da dies Gesetz von Unternehmern und den reactionären Politikern aller Parteien angegriffen wird, ist es die zur Zeit meist erörterte Frage in Australien.

In den Beratungen über die *Arbitration Bill* im Vereinigten Parlament haben die Arbeitermitglieder mit Erfolg den Zusatz beantragt, dass es auch auf die Eisenbahnunternehmer der betreffenden Staaten angewendet werden

solle. Diesem versagte indes die Regierung ihre Zustimmung, und so kam das Gesetz vorläufig nicht zu stande. Sobald es wieder eingebracht wird, werden die Arbeitermitglieder sich stark ins Zeug legen, um alle Küstenfahrzeuge in den australischen Gewässern, gleichgiltig welcher Herkunft, unter seine Bestimmungen zu bringen. Die Capitalisten sind darob höchst entrüstet, und die capitalistische Presse, besonders der *Melbourne Argus*, ist eifrig dabei, eine Opposition zu inscenieren und furchtbares Unheil für den Fall, dass solch eine Massnahme Gesetz werden sollte, zu prophezeien. Dieses Blatt vertritt speciell die Ansicht von der Nachtwächteraufgabe des Staates. Auf der Gegenseite behauptet man, dass der Staat gewerbliche Streitigkeiten ebenso gut wie bürgerliche zu entscheiden hat. In einem Lande, wo die Arbeiter tatsächlich keinen Einfluss auf die Gesetzgebung und daher keine Controlle über die Rechtsprechung besitzen, würde die Auffassung von einem solchen Recht des Staates völlig bedeutungslos sein, da die herrschenden Capitalisten doch nur ihren eigenen Interessen folgen und jede Arbeiterbewegung niederdrücken würden. In diesen australischen Staaten haben die Arbeiter jedoch einigen Anteil an der Gesetzgebung, und ihre Macht und ihr Einfluss ist in schneller Zunahme begriffen. Es ist daher ein untrügliches Zeichen des sicheren Wachstums der Arbeiterbewegung und ihrer Macht, fortlaufend steigende Verbesserung der Lage des Proletariats zu verlangen und zu erringen, wenn wir finden, dass eine Institution, wie obligatorische Schiedsgerichte, von ihr so sehr geschätzt wird. Das heilige Recht der Revolution, das Menschenrecht des Widerstandes gegen Tyrannei wird nicht aufgegeben, sondern gerade aufrechterhalten, wenn man übereinkommt, gewerbliche Streitigkeiten der Entscheidung des Einigungsamts zu unterbreiten und, falls es zu keiner Erledigung kommt, derjenigen des Schiedsgerichts. Ein solches Verfahren wird keineswegs eine ständige Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter durch richterliche Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen verhindern oder verzögern.

Die Arbeiterparteien in Australien bekennen sich nicht klipp und klar zum Socialismus, obwohl die fähigsten Köpfe in jeder Arbeiterpartei offen als Socialisten auftreten und beständig bemüht sind, ihre Partei einer ausgesprochen collectivistischen Politik entgegenzudrängen. Australien leidet gewissermassen darunter, zu englisch zu sein; es würde der socialen Entwicklung sehr förderlich sein, wenn ein weit grösserer Teil der Arbeiter, als es bisher der Fall ist, von dem europäischen Festlande stammte. Ich für meinen Teil bin ganz sicher, dass der Socialismus sich rapide in allen Staaten festsetzt, und im ganzen Jahre hat keine Nachricht aus Europa eine so grosse Freude in der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen, wie die von dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen. Die Presse bemühte sich sogleich, die Bedeutung der socialdemokratischen Erfolge durch die Behauptung abzuschwächen, die socialdemokratische Partei vertrete in Wahrheit nur fortgeschrittenen Liberalismus und nicht Socialismus; aber trotzdem wissen alle Einsichtigen, dass die deutsche Socialdemokratie festhält an der vollständigen Ueberführung des Privateigentums an Productionsmitteln in den Besitz der Gesamtheit.

Im Staate Victoria besteht neben der eigentlichen Arbeiterpartei, die den Namen *Political Labour Council* trägt, noch eine socialdemokratische Partei, welche eine systematische und energische Propaganda unterhält und unausgesetzt bestrebt ist, die Arbeiter sowohl, wie die Oeffentlichkeit überhaupt über die Grundlehren der Socialdemokratie zu belehren. Und man kann nur froh darüber sein, dass die Socialdemokratie sehr tactvoll arbeitet und, während sie energisch die Notwendigkeit einer vollständigen Hingabe an socialistische Grundsätze predigt, sich nicht in unnötigen Gegensatz zu der Arbeiterpartei

vorstehenden Angaben über die Vermehrung der Betriebe in den letzten zwei Decennien nicht genau an die vorher gegebene Gruppierung halten.

Die angeführten Daten zeigen eine bedeutend raschere Zunahme der kleinen und kleinsten Farmen gegenüber den grossen, so dass von einem Ueberhandnehmen der landwirtschaftlichen Grossbetriebe in den Vereinigten Staaten durchaus nicht gesprochen werden kann. Die Verteilung von Klein- und Grossbetrieben ist fast im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten eine dem Gesamtdurchschnitt entsprechende; nur in den Weststaaten ist der Procentsatz der Grossbetriebe ein etwas höherer; doch wird dieser Unterschied im Lauf der Jahre verschwinden, und zwar in demselben Mass, als durch den Bau von Bewässerungsanlagen die Möglichkeit einer intensiven Bewirtschaftung gefördert wird.

Besonders auffallend ist die Verschiedenheit der Productivität der Klein- und Grossbetriebe. Bei Beurteilung der diesbezüglichen Verhältnisse muss man freilich im Auge behalten, dass fast die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe unter 10 Acres Gärtnereien und dergleichen sind. Aber selbst dann, wenn diese Kategorie von Betrieben bei der Beurteilung der Productivität der americanischen Landwirtschaft ausser acht gelassen wird, ist der Gegensatz zwischen Klein- und Grossbetrieb noch ein beträchtlicher.

Die folgende Tabelle veranschaulicht die Productivität der landwirtschaftlichen Unternehmungen in den Vereinigten Staaten per Acre cultivierten Bodens. Die unbenutzt liegenden Teile der Güter wurden hierbei nicht in Betracht gezogen. Es betrug der Wert der Production per Acre für

Betriebe unter 3 Acres	356,55 Dollars,
.. von 3 bis 10 Acres	36,34 ..
.. .. 10 bis 20	18,74 ..
.. .. 20 bis 50	12,37 ..
.. .. 50 bis 100	10,20 ..
.. .. 100 bis 175	8,66 ..
.. .. 175 bis 260	8,17 ..
.. .. 260 bis 500	7,08 ..
.. .. 500 bis 1000	6,65 ..
.. über 1000 Acres	10,26 ..

Es zeigt sich von den kleinsten Betrieben bis zu jenen mit 1000 Acres Umfang eine ständige Abnahme der Productivität, während die grössten Betriebe wieder eine Steigerung derselben aufweisen; diese ist durch die Art der Producte bedingt, welche auf gewissen Farmen der grössten Kategorie hervorgebracht werden (Zuckerrohr etc.). In der vorstehenden Berechnung wurde der Wert der landwirtschaftlichen Production jeder Art, also auch der Tierzucht, mitinbegriffen; dagegen sind jene landwirtschaftlichen Producte, die verfüttert wurden, nicht miteinbezogen, um Duplicationen zu vermeiden. Nach diesen Ergebnissen der amtlichen Statistik zu urteilen, unterliegt es keinem Zweifel, dass jeder Zweig der Agricultur in mittleren und kleinen Betrieben ebenso rationell sein kann, wie in grossen Betrieben, und dass im Gegensatz zur industriellen Entwicklung die fortschreitende Intensität der Agricultur dem Kleinbetrieb gegenüber dem Grossbetrieb sogar ein wesentliches Uebergewicht zu verleihen im stande ist.

Die Farmen der Neger, welche einen grossen Procentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Vereinigten Staaten bilden, sind im Durchschnitt kleiner, als die der Weissen, welcher Umstand das Resultat zu ungunsten der kleinen Betriebe beeinflusst, da zumeist die Angehörigen der europäischen Rasse mehr Geschicklichkeit in der Ausführung der nötigen Arbeiten zeigen und ihren Betrieben grössere Sorgfalt zuwenden, als die Neger, deren Wirtschaftsweise weniger rationell und intensiv ist. Der durchschnittliche Umfang einer Farm der Bevölkerung europäischer Abkunft ist 100,7 Acres, der der Negerfarmen 51,2 Acres.

Die höhere Productivität der kleinen Betriebe hat in der grösseren Intensität der Bewirtschaftung derselben ihre Hauptursache; einen Beweis hierfür bildet in erster Linie die Höhe des Betrages, welcher in den Betrieben verschiedener Kategorie für die Düngung des Bodens per Acre aufgewendet wurde; die Unterschiede treten hier mit derselben Klarheit hervor, wie bei der Statistik der Productivität. Die folgende Tabelle zeigt die Aufwendungen für Düngung in allen Betriebskategorien im Jahre 1899 pro Acre. Diese betragen für

Betriebe unter 3 Acres	2,36 Dollars.
.. von 3 bis 10 Acres	0,60 ..
.. .. 10 bis 20	0,33 ..
.. .. 20 bis 50	0,20 ..
.. .. 50 bis 100	0,12 ..
.. .. 100 bis 175	0,07 ..
.. .. 175 bis 260	0,07 ..
.. .. 260 bis 500	0,04 ..
.. .. 500 bis 1000	0,03 ..
.. über 1000 Acres	0,02 ..

Auch bezüglich der Verwendung von Maschinen, Geräten etc. machen die Klein- und Mittelbetriebe relativ höhere Aufwendungen, als die Grossbetriebe; wenn auch die Ausnutzung der Maschinen etc. in Grossbetrieben eine intensivere ist, so stehen doch die Kleinbetriebe in der Anwendung derselben zumindest nicht zurück. Die folgende Zusammenstellung zeigt den pro Acre entfallenden Wert der Maschinen und Geräte in den Betrieben verschiedener Kategorie. Er betrug für

Betriebe unter 3 Acres	27,57 Dollars.
.. von 3 bis 10 Acres	6,71 ..
.. .. 10 bis 20	2,95 ..
.. .. 20 bis 50	1,65 ..
.. .. 50 bis 100	1,47 ..
.. .. 100 bis 175	1,14 ..
.. .. 175 bis 260	1,00 ..
.. .. 260 bis 500	0,77 ..
.. .. 500 bis 1000	0,57 ..
.. über 1000 Acres	0,29 ..

Von Interesse ist auch noch, zu erfahren, welcher Procentsatz der Betriebe jeder Grösse auf die hauptsächlichsten Productionszweige, nämlich den Anbau von Getreide, und auf den von Gemüse und dergleichen entfällt; dies ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Grössenklasse der Betriebe	Getreide- und Heufarmen	Gemüsefarmen
unter 3 Acres	0,1 %	2,9 %
3 bis 10 "	2,0 "	15,3 "
10 bis 20 "	4,5 "	15,3 "
20 bis 50 "	14,4 "	26,8 "
50 bis 100 "	22,3 "	19,5 "
100 bis 175 "	31,5 "	14,3 "
175 bis 260 "	11,5 "	3,2 "
260 bis 500 "	10,4 "	2,0 "
500 bis 1000 "	2,5 "	0,5 "
über 1000 "	0,8 "	0,2 "

Mehr als die Hälfte der Getreide producierenden Farmen sind Mittelbetriebe im Umfang von 50 bis 175 Acres; hingegen ist die Mehrzahl jener Betriebe, in denen Gemüse und dergleichen cultiviert wird, von bedeutend kleinerem Umfange. Die

Art der Producte wirkt sicherlich bis zu einem gewissen Grade mit bestimmend auf die grössere Productivität der kleinen Betriebe ein.

Aber auch im Getreidebau zeigt sich im allgemeinen eine grössere Productivität der Klein- und Mittelbetriebe, welche in diesem Fall in der höheren Intensität der Bewirtschaftung ihre Ursache hat. Wir fügen deshalb zum Schluss noch eine Tabelle bei, welche den Ertrag des Anbaues der wichtigsten Getreidearten per Acre auf Farmen verschiedener Grösse in den nördlichen Centralstaaten der Union veranschaulicht. Diese Gruppe von Staaten producierte im Jahre 1899 67% des in den Vereinigten Staaten geernteten Weizens, 62,2% des Roggens, 72,8% des Mais und 68,2% der Gerste.

Grössenklasse der Betriebe	Production per Acre in Bushels			
	Weizen	Roggen	Gerste	Mais
unter 3 Acres	13,2	14,4	33,5	23,5
3 bis 10 "	13,8	15,9	34,4	27,8
10 bis 20 "	13,9	15,8	32,5	29,0
20 bis 50 "	12,5	13,9	32,2	30,0
50 bis 100 "	13,3	14,1	33,7	30,8
100 bis 175 "	12,6	13,4	34,7	29,0
175 bis 260 "	12,8	12,9	35,9	28,7
260 bis 500 "	12,0	11,9	33,2	26,0
500 bis 1000 "	11,4	11,0	29,7	22,8
über 1000 "	12,4	11,0	28,0	21,2

Es ist ersichtlich, dass, mit Ausnahme des Weizenbaues, die grössten Betriebe die geringste Productivität aufweisen. Aber auch beim Weizenbau zeigen alle Betriebskategorien bis zu 260 Acres Umfang eine höhere Productivität, als die grösseren Wirtschaften. Beim Anbau von Weizen und Roggen ist die Productivität der Betriebe von 3 bis 20 Acres am höchsten, bei Gerste diejenige der Betriebe von 20 bis 100 Acres; hingegen weist Mais die höchste Productivität in Betrieben von 175 bis 260 Acres auf; diese sinkt jedoch auf noch grösseren Farmen.

Damit dürfte der Beweis für die geringere Productivität der Grossbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten, soweit die Statistik überhaupt sichere Anhaltspunkte gibt, erbracht sein.

Tolstoj.

Von

Friedrich Stampfer.

(Berlin.)

Lange und inbrünstig in demütvoller Zerknirschung betete Väterchen vor den Gebeinen des heiligen Serafim zu Sarow. Wer vermag zu sagen, was in so weihvoller Stunde das Herz des erhabenen Herrschers bewegte, aber wer zweifelt daran, dass ein so frommes Gemüt nur mit tiefer landesväterlicher Bekümmernng betrachten kann, wie tief sich in sein sonst so glückliches Land die Geister der Auflehnung und der Verneinung eingerottet haben! Der Sorgen gibt es viele, und nicht zu den geringsten zählt die unheimliche Rastlosigkeit jenes schrecklichen Alten, der, so oft schon tot gesagt, immer wieder neue Bücher schreibt und auf dessen Leben und Wirken die rechtgläubige Christenheit mit Furcht und Abscheu blickt.

Darin berühren sich die Extreme der Civilisation und der Barbarei, dass ihnen beiden der Geist imponiert. *Uns* freilich völlig gleichgiltig! Zwischen

Russland, wo man Tolstoj fürchtet — selbst die Exorcisten des heiligen Synod haben ihr Handwerk vorsichtig genug aus der Ferne betrieben — und Frankreich, wo man ihn ehrt, liegt ein Land, wo man ihn anklagt. In diesem Lande — behauptet die Legende — sind alle vor dem Gesetze gleich, und die Barbarenangst vor der höheren Cultur lähmt dort ebensowenig den Arm der Justiz, wie die Achtung vor aussergewöhnlichen Fähigkeiten und seltenem Mut der Ueberzeugung.

Nicht aus Leder und Blei, aus Worten hat sich Tolstoj die Peitsche geflochten, die ihm die Bestie vom Leibe hielt. Eine einzelne, fast vereinzelte Intelligenz, steht er gegen die ungeheure hirnlose Masse der Staatsgewalt. Tausende sind blutig zerfleischt worden — der grosse Bändiger blieb unberührt.

Das war vor allem, weil er die grosse Seit tänzersicherheit des Genies besass, zugleich seine Naivetät und seine notwendige Beschränktheit. In das Land, in dem man erst vor die Türe sieht, ehe man ein missliebiges Wort zu flüstern wagt, hat er aus voller Brust hinausgeschrieen, dass alles elend, morsch und verfault sei. Es ist im Kampfe gegen ein reactionäres Régime immer gefährlicher, die halbe, als die ganze Wahrheit zu sagen. Das Raubtier darf nicht merken, dass man seine Pranken fürchtet, sonst schlägt es zu. Tolstoj ward eine Grossmacht, noch ehe man dazu kam, ihm zu unterdrücken: und dann war es zu spät!

Ganz anders, als wenn man sein Verhältnis zum Staat und zur Staatskirche betrachtet, erscheint Tolstoj's Stellung in der grossen geistigen Revolution, deren Mitkämpfer er stets gewesen ist, deren eigentlich einzig berechtigter Träger er selbst zu sein glaubte. Was vom Standpunkte der bestehenden Gesellschaft als ein glänzendes Schauspiel erscheint, wird unter dem Gesichtswinkel der revolutionären Bewegung zum Trauerspiel. Der herrliche Sieger, der jubelumrauschte, dessen Werke — wie man neulich las —, in 25 Millionen Exemplaren in der Welt verbreitet sein sollen¹⁾, ist ein einsamer alter Mann. Ja, man kann fünfundzwanzigmillionenmal gelesen werden und dabei doch einsam geworden sein!

Die Geschichte bietet wohl kein zweites Beispiel dafür, dass ein schaffender Geist so viel interessierte Beobachter und so wenig Anhänger fand. In Tolstoj's Wäldern hat alles, was modern ist, Holz geschlagen: der Realismus oder gar Naturalismus, den er nicht liebt, und der Socialismus, den er verdammt. Zu all diesen, ihm fremden oder verhassten Bauten hat er Balken ge-

¹⁾ Die Schriften Tolstoj's sind in einer ganzen Reihe mehr oder minder guter Uebersetzungen allen Culturvölkern zugänglich gemacht. Von den vielen deutschen Ausgaben ist besonders hervorzuheben die von Dr. Raphaël Löwenfeld herausgegebene, bei Eugen Diederichs in Leipzig erscheinende Gesamtausgabe der Tolstoj'schen Werke, die, nach den bisher erschienenen Bänden zu schliessen, mustergiltig genannt werden kann und der die Originale Tolstoj's zu Grunde liegen, die er selbst in der Redaction als die letzten bezeichnet hat. Ausser den dichterischen Schriften, die die Serie III der Gesamtausgabe bilden, bringt diese in Serie I und II die socialethischen und die theologischen Schriften in zuverlässiger und vollständiger Uebersetzung. Es soll in dieser Zeitschrift noch in besonderen Artikeln auf die selben eingegangen werden. — Eine französische Ausgabe der sämtlichen Werke Tolstoj's, in gleicher Vollständigkeit, aber nach andern Principien zusammengestellt, wird von Bienstock und Birukow herausgegeben und erscheint im Verlage von P. V. Stock in Paris.

liefert, sein eigenes Blockhaus liegt aber weit abseits von der Strasse. Es hat Stirnerianer, Bakunisten, Wagnerianer, Nietzscheaner und wer weiss was noch gegeben — von dem Wortgräuel des *Tolstojanismus* blieb die Welt verschont. Und nicht bloss dem Worte nach!

Denn statt *Tolstojaner* könnte man einfach *Christen* sagen. Tolstoj hat Gläubige gesucht und nur ästhetische Bewunderer gefunden. Sein idealistischer Monismus, der ins Theosophische irrlicheriert, stellt an die bürgerliche Gesellschaft sittliche Forderungen, die sie nicht erfüllen kann, ohne sich selbst aufzugeben. Und umgekehrt würde die unterdrückte Masse den Zustand ihrer Knechtschaft verewigen, wenn sie nach des Christapostels Tolstoj Lehre leben wollte, die von nichts anderem wissen will, als dem passiven Widerstand einer organisationslosen und unpolitischen Masse.

Immer und immer wieder sind es nur ästhetische, nicht ethische Momente, die die Welt zu Leo Tolstoj ziehen. Der geheimnisvolle Nimbus, der sein ganzes Leben umgibt! Der tapfere Soldat, der seinen Leib feindlichen Kugeln preisgibt, wird zum grossen Bussprediger wider den Militarismus, der lockere Lebemann Prediger geschlechtlicher Enthalttsamkeit, der zerrissene Zweifler fanatischer Vertreter einer einheitlichen und grosszügigen Weltanschauung. Die Beschreibung seines Lebens, das in früheren Perioden mit dem unseres Lenau so merkwürdig verwandte Züge aufweist, klingt wie ein Gedicht, als Dichter hat er seinen Weltruhm erworben, ein Dichter ist er auch in den Augen der Welt geblieben, ein Dichter, der packt, fesselt, hinreisst und überwältigt, über den man aber auch wieder lächeln darf, wenn das bunte Spiel vorüber ist.

Das ist die grosse Tragik im Leben Leo Tolstojis, das glänzende Elend seiner Popularität! Der Jüngling, der klopfenden Herzens sein erstes Manuscript zum Verleger trägt, darf eher hoffen, die Welt zu überzeugen, als der greise Liebling Europas, der fünfundzwanzigmillionenmal gedruckte. Seit Giacomo Savonarola den Scheiterhaufen bestieg, hat kein Gewaltigerer für die Erneuerung der christlichen Gedankenwelt seine Kraft verausgabt. Nutzlos! Fruchtlos!

Die proletarische Welt sieht in Tolstoj Besseres, als die bürgerliche. Ist er dieser bloss ein Spielzeug, so ist er jener ein grosser, ernster, tieferer Achtung würdiger Widersacher. Das ist so, weil der grossen Einheitlichkeit seiner Weltanschauung dort ein widerstandloses Sammelsurium von Gedankenrichtungen gegenübersteht, während hier Weltanschauung gegen Weltanschauung trifft. Wer selbst eine grosse Wahrheit in Kopf und Herzen trägt, der allein weiss den anderen zu würdigen, der dem lebt, was er für seine Wahrheit hält.

Leo Tolstojis Christentum ist ein Gedankensystem, frei von allem Wunderglauben, frei von allem barbarischen Kirchenwesen und aller kriechenden Staatsunterwürfigkeit. Aber starr, hart und rauh schreitet es daher. Und trotzdem ist es nicht revolutionär, weil revolutionär sein Mögliches wollen heisst und Revolutionen in diesem Sinn das praktischste Ding der Welt sind — während sich sein christlich-archaischer Revolutionarismus in Unmöglichkeiten überschlägt und für die Praxis nichts übrig lässt, als die grundreactionäre Idee des Rechttuns und Unrechtduldens.

So ist der letzte Versuch, das Christentum zu verlebendigen, gescheitert. Es gibt keine *Tolstojaner*, weil es keine Christen gibt. Und wenn Tolstoj

selbst alles, was es seit Christus an Christentum gegeben hat, als das Gegenteil christlicher Wahrheitslehre betrachtet, fällt er, ohne es zu merken, über sein wahres Christentum das Todesurteil. Wenn diese Lehre immer wieder das Gegenteil von dem bewirkt, was sie wollte, so spricht das allein zwar noch nicht gegen ihre ideale Wahrheit, wohl aber legt die ganze Geschichte auf tausend Blättern ein beredtes Zeugnis für ihre Unmöglichkeit in der Realität unseres Daseins. Und wie Leo Tolstoj der Repräsentant dessen, was das Christentum sein wollte, so ist Czar Nikolaj am Heiligengrabe zu Sarow der Repräsentant dessen, was es sein kann.

Der Vertreter des idealen Christentums, der russische Untertan Tolstoj, wäre vor dem russischen Staate, dem Vertreter des realen, schliesslich doch keinen Augenblick seiner Leiblichkeit sicher gewesen, wenn nicht alles, was sich in Europa mit einigem Rechte civilisiert nennt, gegen Tolstoj der Ueberzeugung wäre, dass das Unrecht nicht ertragen werden darf. Diesem modernen Geiste verdankt es Tolstoj zuguterletzt, dass ihm der letzte Act in der Tragödie des Christentums dennoch erspart blieb, jener, da christliche Duldung es zulässt, dass Christus gekreuzigt wird.

Socialismus und Kunst.

Von

Karl Eugen Schmidt.

(Paris.)

In Künstlerkreisen wird hier und da über Socialismus gesprochen, und im allgemeinen bekommt man die Ansicht zu hören, dass der Socialismus der grösste Feind der Kunst sei. Im socialistischen Gemeinwesen könne von Kunst nicht die Rede sein, denn darin würden alle Bestrebungen nur auf ihren nackten Nutzen hin geschätzt, und alles, was nicht auf Ernährung, Bekleidung und Behausung des Menschen abzielt, könne daselbst keine Stätte finden. Diese Anschauung ist derartig verbreitet, dass selbst Künstler, welche aus guten Gründen mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind, vom Socialismus nichts wissen wollen. Sie geben zu, dass der kommende Sieg der socialistischen Ideen die Mehrheit der Menschen aus ihrem Elend erlösen müsse, behaupten aber, dass zu dieser Mehrheit die Künstler nicht gehören, denn die Kunst könne nur da gedeihen, wo es eine müssige und reiche Classe gebe. Als Beispiele führen sie Florenz zur Zeit der Mediceer und die Niederlande zur Zeit ihrer Handelsblüte an. Es ist nun ganz richtig, und es fällt mir nicht ein, diese Ansicht bestreiten zu wollen, dass man Masse haben muss, um sich Kunstgenüssen hinzugeben, aber gerade darum sollten ja die Künstler zum Socialismus stehen, denn im socialistischen Staate werden nicht nur einzelne Privilegierte, sondern alle Menschen überhaupt Masse zur Beschäftigung mit allem Schönen haben.

Die Künstler sind im allgemeinen den socialistischen Bestrebungen nicht abgeneigt, und nur der berührte Irrtum halt sie ab, sich in Massen den Arbeitern anzuschliessen und die socialistischen Heerscharen zu mehren. Denn im grossen und ganzen teilt der Künstler das Los des Arbeiters, und es geht ihm wie allen Producierenden, die in unserer commerciellen Zeit zu Boden gedrückt und von dem Händler ausgebeutet werden. Heutzutage haben die Leute den meisten Erfolg, die selber nicht producieren, sondern die Arbeit der anderen auf den Markt bringen. Der grosse Fabrikant, der die Erzeugnisse seiner Arbeiter verkauft, erwirbt Millionen, während die Leute, welche die Waren herstellen,

kaum des notdürftigsten Lebensunterhaltes sicher sind. Ebenso sieht man alle Tage, wie Kunsthändler schwere Summen an Werken verdienen, deren Urheber Zeit ihres Lebens am Hungertuche genagt haben. Kurz nach dem Tode Millets sind Bilder von ihm zu horrenden Preisen verkauft worden: Der *Angelus* hat eine runde Million Francs erzielt. Während seines Lebens war Millet froh, Kartoffeln und Kohlen bezahlen zu können, und ihm selbst hat der *Angelus* nicht tausend Francs eingetragen. Der Unterschied wanderte in die Taschen der Gemäldehändler.

Im Bürgertum ist man schnell bei der Hand mit der wohlfeilen Redensart von dem Künstlerleichtsinn, dem man die ganze Schuld dafür zuschieben möchte, dass der Künstler von der Hand in den Mund lebt und oft das bitterste Elend durchmachen muss. Wer aber in Künstlerkreisen verkehrt und die Sachlage kennt, der weiss, dass es mit dem leichtsinnigen Bummelleben der Bohème nicht so weit her ist und dass die übergrosse Mehrzahl der Künstler sehr gern ordentlich leben und Ersparnisse machen würde, wenn sich die Gelegenheit dazu böte. Dass sie mitunter über die Stränge schlagen, findet seinen Grund ganz einfach in dem Contrast zwischen Gestern und Morgen, der sich in ihren Geldverhältnissen oft plötzlich einstellt. Der Beamte des Staates oder des Privatgeschäfts bezieht sein regelmässiges Süm্মchen, das ihm am Ende jeder Woche oder jedes Monats ausgezahlt wird, so dass er sich leicht einrichten und seine Einnahmen und Ausgaben in Uebereinstimmung bringen kann. Der Künstler dagegen muss oft monatelang in der ungewissen Hoffnung auf einen Verkauf hin arbeiten; in dieser Zeit ist er gezwungen, sich die grössten Entbehrungen aufzuerlegen, und so lustig es sich auch in Murgers *Vie de Bohème* macht, wenn der arme Maler oder Schriftsteller seine Habseligkeiten ins Pfandhaus trägt, seine Stühle verbrennt, um nicht zu erfrieren, und von einem Stück Brot mit oder ohne Käse zu Mittag und Abend speist, so nimmt sich die Sache in Wirklichkeit doch gar nicht so heiter aus, und wenn auch der gute Humor die Jünger Apolls so leicht nicht in Stich lässt, so gibt es doch so manchen, der in dieser Not den Kampf aufgibt und das aus dem Leben führende Hintertüchlein freiwillig öffnet. Nach einer solchen Zeit voll Not und Entbehrungen gelingt es dann dem Künstler endlich, eine Arbeit an den Mann zu bringen, und plötzlich hat er eine drei- oder gar vierstellige Summe in der Tasche. Ist es wirklich ein auffallender und sträflicher Leichtsinn, wenn er sich jetzt für die ausgehaltenen Leiden entschädigt und eine Woche lang fast so gut lebt, wie ein Gewürzkrämer, und fast so viel Geld ausgibt, als ein Börsianer in einer Abendstunde verbubelt?

Es liegt im Interesse der Kunstdrohnen, der Gemäldehändler, den Künstler in der Armut, das heisst in der Abhängigkeit zu erhalten, um ihn so zu schlechtbezahlter Arbeit zwingen zu können, ebenso wie es im Interesse des Fabrikherren liegt, seine Arbeiter so zu bezahlen, dass sie sich von der Lohnslaverei nicht befreien können. Infolgedessen hat der Künstler unter den nämlichen Uebelständen zu leiden, wie der Arbeiter — und ehe ich fortfahre, will ich um Entschuldigung bitten für diesen Unterschied zwischen Künstler und Arbeiter, der in Wirklichkeit nicht besteht, und den ich hier nur mache, weil es an passenderer Bezeichnung fehlt. Dass der Künstler ein Arbeiter ist, wird keiner von uns leugnen, und dass es eine Kunst ist, selbst die einfachste Arbeit mit Erfolg zu verrichten, kann nur der in Abrede stellen, der es selber nie versucht hat. Um einen Sack auf den Schultern zu tragen, scheint nur rohe Kraft und nicht die geringste Kunst erforderlich zu sein, aber der stärkste Mann wird unter einem Sack mehr keuchen und schwitzen und unsicherer auftreten, als der schwächste Sackträger von Profession. Ein Schmiedegeselle schwingt den schweren Hammer

nicht deshalb mit erstaunlicher Leichtigkeit, weil er kräftige, sondern weil er geschulte Arme hat, das heisst, weil er die Kunst des Hämmerns gelernt hat.

Obleich somit selbst bei der einfachsten Arbeit zur erfolgreichen Ausführung Können, das heisst Kunst gehört, wäre es doch etwas weit gegangen, wenn man einfach sagen wollte: jeder Arbeiter ist ein Künstler. Wohl aber kann man dies von jedem Arbeiter behaupten, der seine Arbeit mit Verständnis und Liebe ausführt.

Die Begriffe *Arbeit* und *Kunst* lassen sich ungefähr so unterscheiden, dass man sagt: Arbeit ist die mechanische, gedankenlose Kraftanwendung, Kunst die verständige, liebevolle Kraftanwendung. Ein Schmied, der aus dem rohen Stück Eisen eine Axt oder eine Hacke formt, ist in seiner Art ebensogut ein Künstler, wie ein Bildhauer, der aus dem Tonklumpen eine menschliche Gestalt entstehen lässt. Im Mittelalter kannte man auch wirklich keinen Unterschied zwischen Künstler und Handwerker: Schreiner, Schnitzer und Holzbildhauer galten gleich viel, und der Schmied, der die eisernen Ranken mit Blumen und Blättern an den Gittern der Kirchen und der Wohnungen schuf, stand auf derselben Höhe, wie der Mann, der das Altarbild malte oder die Heiligenfiguren aus dem Stein meisselte. Oft genug war es sogar ein und derselbe Meister, der der Reihe nach ein Gitter oder auch wohl einen Schlüssel schmiedete, ein Bild malte oder eine Statue modellierte.

Dass dem heute nicht mehr so ist, ist wohl vor allen anderen Dingen die Schuld der Maschine, die aus dem Handwerker und Arbeiter selbst nur einen gedankenlosen Maschinenteil gemacht hat. Der heutige Fabrikarbeiter ist bei seiner Arbeit kein denkender Mensch, sondern nur ein seelenloses Rädchen im grossen mechanischen Getriebe. Heute gibt es keinen Schmied, der aus dem Eisen eine Pflugschar zu schmieden verstünde, keinen Schreiner, der ein Stück Hausrat selbständig bauen könnte, — wo sollen da die Leute herkommen, die kunstvolle Leuchter, Schlösser, Kammern, Truhen, Schreine u. s. w. herzustellen im stande sind? Durch dieses Herabdrücken des Arbeiters auf den Maschinenstandpunkt ist die Trennung der Kunst von der Arbeit herbeigeführt worden, das heisst, die Kunst, welche früher fast ausschliesslich nützlichen Zwecken diente, und die Verschönerung von Gebrauchsgegenständen zum Ziele hatte, ist *ideal*, das heisst unnütz geworden, während die Arbeit jedes Ideal aufgegeben hat und nur noch dem nackten Nutzen dient. Dass dies beiden zum Schaden gereicht, der Arbeit sowohl wie der Kunst, liegt auf der Hand und kann von niemand bestritten werden; es fragt sich aber, wie dem Uebelstande abgeholfen werden kann.

Es kann ebensowenig die Bestimmung des Arbeiters sein, zur willen- und gedankenlosen Maschine, zum Ding, zu werden, wie es die Bestimmung des Künstlers ist, durchaus unnütze Gemälde und Statuen anzufertigen, die zu weiter nichts taugen, als dass sie von reichen Leuten gekauft und in ihren Häusern versteckt werden. Wenn der Künstler wirklich eine göttliche Mission hat, wie man so gern erzählt, so besteht diese doch sicherlich nicht darin, die Privatwohnung eines reichen Fabrikanten oder Börsianers auszuschmücken. Von einer solchen Mission kann nur dann die Rede sein, wenn der Künstler seine frohe Botschaft dem ganzen Volke verkündet, nicht aber den Reichen und Wohlhabenden allein: wenn er hinausgeht auf die Märkte und Gassen, um den Armen und Elenden sein Evangelium zu predigen.

Angenommen aber, es käme heute wirklich ein grosser Meister der Kunst, der seine Werke auf irgend eine Art — durch Ausstellung auf dem Marktplatze oder vor der Fabrik — dem Volke zugänglich machte, würde das etwas nützen? Würde dadurch der in jedem menschlichen Herzen schlummernde Hunger nach Schönheit geweckt und gestillt werden?

Nein! Natürlich nicht, solange die gegenwärtigen Verhältnisse dauern; denn ein schlecht genährter, schlecht gekleideter und schlecht beherbergter Mensch ist wahrlich nicht dazu aufgelegt, ein Kunstwerk zu bewundern, und wäre es die Decke der Sixtinischen Capelle von Michelangelo oder das Portal des Domes von Rheims. Wohl aber könnte man auf jede mögliche Art auf den Arbeiter einwirken, wenn die Sorge um das tägliche Brot nicht jeden idealen Gedanken erstickt, wenn jedem Menschen seine Existenz und ein bescheidenes Mass von Luxus und Bequemlichkeit gesichert wären. Nicht nur würde unter solchen Umständen das gesamte Volk an der Arbeit seiner Künstler regen und verständigen Anteil nehmen, sondern auch die Künstler selbst würden weit freudiger und rühriger und somit besser und schöner schaffen, als jetzt, wo sie durch die ökonomischen und gesellschaftlichen Zustände gezwungen sind, für den Markt zu arbeiten, das heisst sich dem Geschmack der Handelsclassen, — der einzigen, die bei uns Geld zum Ankaufe von Kunstwerken haben — oder dem eines denkmalsfreudigen Herrschers unserer Tage anzupassen, und wo sie selbst bei völliger Unterordnung unter die Wünsche dieses Publicums kaum ihres täglichen Brotes von heute auf morgen sicher sind.

Ein wahrer Künstler verlangt von der Welt weiter nichts, als die zum Leben und Schaffen nötigen Mittel und ein geringes Mass von den Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten, deren sich heute der sogenannte *Mittelstand* zu erfreuen hat; im übrigen genügt ihm die Freude, die er aus seinen Werken selbst und aus dem Beifall seiner Freunde und seiner Umgebung zieht. Gerade diese Vorbedingungen zum erfolgreichen Schaffen fehlen ihm in der capitalistischen Gesellschaft, und deshalb wird er zur Fabrikation von elenden Machwerken getrieben, oder er muss sein Leben lang am Hungertuche nagen, damit nach seinem Tode einige Gemäldehändler Hunderttausende verdienen. Und gerade diese Vorbedingungen werden dem Künstler wie jedem anderen Menschen im socialistischen Gemeinwesen zugesichert, und deshalb wird der Zukunftsstaat die Kunst durchaus nicht schädigen oder gar vernichten, sondern im Gegenteil zur allerhöchsten Blüte emporbringen.

Die schönsten, am meisten Herz und Gemüt der Menschen erhebenden Kunstwerke sind zu Zeiten entstanden, wo die Künstler ein Ideal, einen Glauben, eine Religion hatten. Sowohl die Tempel des griechischen Altertums, als auch die ehrwürdigen Kirchen des nordischen Europas und die gewaltigen Gotteshäuser Aegyptens und Indiens haben ihre Existenz der damals noch nicht zum toten Buchstaben gewordenen, sondern als ein lebendig Ding die Menschenseele durchdringenden Religion zu verdanken. Ein anderes diesen grossartigen Kunstwerken gemeinsames Merkmal ist, dass sie nicht für Privatpersonen, sondern für die Allgemeinheit geschaffen wurden. Ich glaube, dass hiermit zwei Bedingungen gegeben sind, ohne welche es keine wahrhaft grosse Kunst geben kann: der Künstler muss von einer himmelstrebenden, erlösenden Idee erfüllt sein, die er in seinen Werken auszusprechen sucht, und er muss zum ganzen Volke, nicht nur zu einigen Privilegierten sprechen.

Heute, wo diese beiden Vorbedingungen fehlen, muss der Künstler wie alle seine Zeitgenossen mit dem Strome schwimmen, dem goldenen Kalb opfern und sich und seine Kunst dem herrschenden Zeitgeiste, das heisst dem Commercialismus unterwerfen. Er arbeitet nicht für das gesamte Volk, für die Allgemeinheit, sondern für die paar tausend Leute, die es verstehen, die Arbeit der anderen auszunutzen und das Ergebnis dieser Arbeit in Gestalt von Wertpapieren aufzuhäufen. Durch den Socialismus wird nun der Menschheit wieder ein Ideal gegeben, eine neue Religion, ein erhebender, ein beseligender Glauben, denn es handelt sich bei ihm nicht nur um eine ökonomische Theorie, wie etwa bei Schutzzoll und Freihandel, bei Gold- oder Doppelwährung, sondern um die

Erlösung des Menschengeschlechtes aus leiblicher und geistiger Knechtschaft. Die der hemmenden Fesseln entledigte und mit neuen Seelenschwingen bedachte Kunst wird dann wieder hinaufsteigen zu jener höchsten Höhe, wo die primitiven Italiener und wo unsere niederländischen Landsleute van Eyck, Memling, van der Weyden u. s. w. bis heute unerreicht stehen. Sie wird dann wieder ihre wahre Aufgabe erfassen und lösen: das gesamte Volk aus den Banalitäten und Brutalitäten des täglichen Lebens zur Höhe des Ideals zu erheben.

Wenn wir eine Kirche aus dem Mittelalter betreten, können wir uns eines heiligen Schauers nicht erwehren, und doch sind wir keine Christen mehr und haben uns längst von den Lehren und Vorschriften der Kirche losgemacht. Aber was uns bewegt, ist das Gefühl, dass hier tief empfindende Menschen mit Aufbietung ihres ganzen Wesens und Könnens zur Ehre ihres Ideals geschaffen haben und dass wir vor dem geistigen und sinnlichen Inhalte einer vergangenen Zeit stehen. Dasselbe Gefühl überkommt uns beim Anblick der Werke eines der genannten Meister. Die *Anbetung der Hirten* von Hugo von der Goes in Florenz, die *Grablegung* des Quentin Matsys in Antwerpen, die *Madonna* van Eycks in Madrid — sie alle zeigen uns nicht nur die innige Frömmigkeit und das riesige Können ihrer Urheber, sondern sie enthüllen uns die geheimsten und heiligsten Seelentriebe verschwundener Geschlechter. Eine moderne Kirche oder ein modernes religiöses Gemälde mag mit dem grössten Aufwande von Geld, Fleiss und Kunst hergestellt sein, wir bleiben trotzdem völlig kalt und spüren nichts von jenem mystischen Schauer, der uns vor den zur Zeit des lebendigen Glaubens entstandenen Kunstwerken durchzittert. Wenn in *Notre Dame* zu Paris oder im Strassburger Münster die gewaltigen Orgeltöne durch das geheimnisvolle Halbdunkel der himmelstrebenden Gewölbe brausen, so möchten wir in banger Wehmut zu Boden sinken und um die Rückkehr jenes kindlichen Glaubens flehen, dem diese wunderbaren Bauten ihr Dasein verdanken. Weit entfernt von diesen Gefühlen sind wir in dem mächtigen Bau der *Herzjesukirche*, die in blendender Protzenpracht vom Gipfel des Montmartre herableuchtet auf das zu ihren Füssen liegende Paris. Wenn wir in diesen trotz aller Pracht nackten und kahlen Räumen überhaupt an etwas denken, so ist es an die Dummheit der Menschen, die zu einem solchen unnützen Steinkolosse vierzig Millionen Francs zusammenbringen. Von irgend einer Rührung, einem erhebenden oder erschütternden heiligen Schauer ist hier keine Spur. Den nämlichen Unterschied können wir bei profanen Bauten und anderen Erzeugnissen der Kunst beobachten. Man vergleiche nur irgend ein modernes prächtiges Wohnhaus mit einer Bürgerwohnung aus dem XV., XVI. oder XVII. Jahrhundert, man vergleiche die neue Oper in Paris oder das Herrenhaus in Berlin mit dem Rathaus zu Löwen oder zu Bremen. Welch ein Unterschied! An diesen alten Bauten wurde nicht nur mit Kunstfertigkeit, sondern auch mit Liebe gearbeitet. Der Steinmetz, Zimmermann, Dachdecker und Spengler war nicht eine Maschine, die vorschrittmässig behauene oder beschnittene Stücke in genau vorgezeichneten Linien aufeinanderlegte und zusammenstellte, sondern ein selbständiger denkender Künstler, der sich allerdings dem grossen Gesamtplane unterordnen musste, im übrigen aber nach Gefallen die Nischen und Säulen mit rankenden Blättern und Blumen, mit allerlei Getier und Menschenbildern zierte und ausstattete. Und da ihm somit Gelegenheit geboten war, sein Sinnen und Können zu zeigen zu Ehren seines Ideals, seines Vaterlandes, seiner Stadt und seiner Familie, — vor allem aber, weil es ihm, ganz abgesehen von allen anderen Gründen, Vergnügen machte, so lustig und unbehindert zu schaffen und hervorzuholen aus der Tiefe seines Gemütes und Verstandes, was sonst ungenutzt verdorben wäre und was heutzutage wirklich erstickt und verdirbt, so liess er seiner Phantasie freien Lauf

und schmückte die verborgensten Ecken, die man heute gänzlich ohne Zierde lässt, mit derselben liebevollen Sorgfalt aus, wie das jedermann ins Auge fallende Portal und die weithin sichtbare Façade. Dem bei den öffentlichen Gebäuden gegebenen Beispiele folgte der Privatmann, Tür- und Fensterbalken wurden geschnitzt und bemalt, die Wände und Möbel desgleichen, der Ofen war ein kunstvolles Gebilde aus schön anzusehenden Kacheln, der Türklopper, der Bratspiess, der Hausschlüssel, die Schüsseln und Kannen aus Zinn, die Töpfe und Krüge aus Steingut — alles war zugleich nützlich und schön, so schön, dass man derartigen köstlichen Hausrat heute ehrfurchtsvoll in den Museen unter Glas und Rahmen hält.

Können wir nicht hoffen, dass dies alles wieder so werden wird, ohne dass wir deshalb umkehren und wieder am Mittelalter anfangen müssen? Sind wir nicht zu dem Glauben berechtigt, dass der von Nahrungssorgen freie, für sein Ideal und für die Allgemeinheit schaffende Künstler Besseres, Grösseres und Schöneres leisten wird, als der von Sorgen um das tägliche Brot gequälte, für einen elenden Hungerlohn und für verständnislose, prunksüchtige Geldmenschen arbeitende? Darauf kann es nur eine Antwort geben. Und die Künstler, die sich gegen den Socialismus sträuben, wissen in der Tat gegen diesen Punct nichts einzuwenden, sondern pflegen sich auf ein anderes Gebiet zu retten. Dies ist die Gleichgiltigkeit und Nichtachtung, die das arbeitende Volk im allgemeinen Kunstwerken gegenüber zur Schau trägt. Sie meinen daraus folgern zu können, dass im socialistischen Gemeinwesen, wo selbstverständlich die Arbeiter das Heft in Händen haben werden, das Kunstwerk als ein unnützes Ding, der Künstler als ein unnützer Tagedieb angesehen und somit jede künstlerische Bestrebung vereitelt und erstickt werden werde.

Diese Meinung ist ohne Zweifel irrig. Zunächst einmal die angebliche Tatsache, dass gegenwärtig die Arbeiter sich nicht um die Kunst kümmern; bei den vorgeschritteneren ist das Gegenteile richtig: man denke nur an die intensiven Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, sich dem Verständnis der Kunst zu nähern, worüber ja in der Rundschau dieser Zeitschrift, in der Rubrik *Geistige Bewegung*, fortlaufend berichtet wird, an die mächtig anwachsende Volksbühnenbewegung, an die von Gewerkschaften veranstalteten gemeinschaftlichen Museumsbesuche und populären Kunstausstellungen und all dergleichen! Aber wenn man selbst zugeben wollte, dass die grosse Mehrzahl der Arbeiter für die Kunst blutwenig übrig hat — was ist damit bewiesen? Ein Mensch, der in der ärmlichen Hütte des Arbeiters geboren ist und sein ganzes Leben in einer schmutzigen und hässlichen Fabrik verbringt, wo er eine stumpfsinnige, mechanische und geisttötende Arbeit verrichtet, wird durch diese leibliche Sklaverei auch geistig geknechtet, er wird müde und stumpf, unempfänglich gegen das Schöne, ungläubig gegen das Gute. Ehe man den Geist des Arbeiters befreien und die Kunst dem Volke zugänglich machen kann, muss für seinen Leib gesorgt werden, denn dem Auge des Hungernden wird immer ein belegtes Butterbrot oder ein Teller mit Rindfleisch und Kartoffeln erfreulicher und schöner scheinen, als ein Gemälde von Velasquez oder eine Sculptur von Phidias. Das Volk, dem nie etwas wirklich Schönes gezeigt wird und das sein Leben in hässlichen Wohnungen und grässlichen Fabriken zubringt, hat selbstverständlich wenig Geschmack. Zur Kunst und zum Kunstverständnis gehört eben die geeignete günstige Umgebung, und ein im finsternen Keller aufgewachsener versteht natürlich nichts von Lichteffecten und Farbenharmonien. Man schaffe die nötige Umgebung, man nehme den Arbeiter aus dem dunklen Verlies, worin ihn der Capitalismus festhält, und binnen kurzem wird dem Volke Geschmack, Verständnis, Lust und Freude an allem Schönen und Grossen kommen. Der Handwerker des Mittelalters, der von schön geformten

und gefärbten Gegenständen umgeben war, hatte gleichsam von Haus aus Sinn und Verständnis für Schönheit und Kunst, und nicht anders ginge es mit dem Arbeiter unserer Zeit, wenn er von Jugend an sein Auge an schöne Farben und Formen gewöhnt hätte, statt in der russigen Umgebung der Fabrikschornsteine aufzuwachsen. Man gebe dem Arbeiter eine gesicherte Existenz und ein gebührendes Mass freier Zeit, und alsbald wird sich sein Schönheitsbedürfnis geltend machen, denn dieses Bedürfnis besteht durchaus nicht nur in der Einbildung von Phantasten und Schwärmern, sondern man kann seine Existenz tagtäglich ringsum wahrnehmen. Die vermeintliche Abneigung des Arbeiters gegen Kunst und Künstler ist lediglich der Tatsache zuzuschreiben, dass der heutige Künstler nicht für die Allgemeinheit, sondern nur für den reichen Mann arbeitet. Anstatt der zum ganzen Volke redende Priester des Schönen zu sein, ist der Künstler zum Unterhalter und Spassmacher der Reichen geworden. Instinctiv fühlt das Volk, dass die wahre Bestimmung des Künstlers nicht darin liegt, die Privaträume des Reichen mit Bildern, Statuen und anderen Kunstwerken zu schmücken, und wendet sich deshalb unmutig von ihm ab. Wer aber aus dieser Abneigung oder Gleichgiltigkeit folgern wollte, dass das Volk überhaupt weiter kein Bedürfnis habe, als zu essen, zu trinken und Kinder zu zeugen, der beweist damit nur seine Unkenntnis der Verhältnisse und seinen Mangel an Beobachtungsgabe. Es genügt, zu bemerken, mit welcher Freude das Volk eine Illumination, einen Festzug, ein Feuerwerk betrachtet, ein Concert anhört oder ein Ballet bewundert, um von dem Dasein des Schönheitsbedürfnisses überzeugt zu werden.

Leider halten es heutzutage die grossen Künstler für ihrer unwürdig, bei solchen Gelegenheiten ihre Kunst in den Dienst des Volkes zu stellen. Früher war das anders. In Antwerpen sind noch die Zeichnungen und Entwürfe zu sehen, die Rubens im Jahre 1635 für die Triumphbögen und sonstigen Schaustücke anfertigte, als die Stadt zum Besuche des Infanten Ferdinand ihr Feierkleid anlegte. Ebenso wurde Madrid nach Plänen des grossen Malers Claudio Coello geschmückt, als Karl II. daselbst seine Hochzeit feierte. Heute kümmert sich um solche Verrichtungen kein bekannter und kein unbekannter Künstler, sondern man überlässt das dem ersten Amtsschreiber.

Unter den bestehenden Verhältnissen wird freilich nur selten ein Meister es wagen, sich mit seinem Werk an das arbeitende Volk zu wenden: muss er doch fürchten, auf ein zu geringes Verständnis zu stossen. Der Hunger nach Schönheit ist indes einem jeden Menschen so angeboren, dass selbst der leibliche Hunger mitunter kein Hindernis zwischen Künstler und Volk bildet. Das hat in Frankreich am besten der Bildhauer Jules Dalou dargetan. Freilich konnte dieser grosse Künstler niemals zur Ausführung seines schönsten und bezeichnendsten Entwurfes gelangen, und sein *Denkmal der Arbeit* blieb Skizze, wie das ähnliche Denkmal des Belgiers Constantin Meunier bis heute Project geblieben ist. Dalou verstand es aber, in allen seinen für die Oeffentlichkeit bestimmten Arbeiten das Lob des arbeitenden Volkes zu verkünden. Sein herrliches Monument der Republik ist eigentlich nur das Hohelied der erhaltenden und nährenden Arbeit; in bescheidenem Masse gilt dies auch von dem Denkmal für Alphaud, wo ein langer Arbeiterfries die sonst unbeachtet bleibenden Gehilfen des Städtebauers besingt. Dalou, der überzeugter Socialist war, seinerzeit an der Commune tätigen Anteil genommen hatte und nach ihrer Unterdrückung nach England fliehen musste, sah sich allerdings gezwungen, wenn er seine Ideale verwirklichen wollte, auf alles das zu verzichten, was den Künstler in der heutigen Gesellschaft belohnt. Er arbeitet recht eigentlich umsonst, lebte wie ein Arbeiter, verdiente mit Mühe und Not seinen Unterhalt und wäre wohl heute noch rüstig an der Arbeit, wenn ihm die Sorgen für Frau

und Kind Erholung und Ruhe gelassen hätten. Hätte er sich, wie die Hersteller von Kriegerdenkmälern und sonstigen officiellen Monumenten, dazu verhalten, den Mordspatriotismus der capitalistischen Gesellschaft zu verherrlichen, anstatt dem Arbeiter sein hohes Lied zu singen, so wäre es ihm ohne Zweifel besser ergangen.

Jedenfalls aber hatte Dalou bei der Enthüllung seines grossen Denkmals der Republik die Genugtuung, zu erleben, dass er von der gesamten arbeitenden Bevölkerung von Paris umjubelt wurde. Und bei dieser Gelegenheit haben diese Arbeiter gezeigt, dass die Fabrik und die Maschine keineswegs über die instinctive Lust am Schönen gesiegt haben. Dass die Arbeiter kalt und ungerührt bleiben, wenn man ihnen die nur für die Reichen erbaute Oper zeigt, dass sie sich nicht für unverständliche Allegorien oder für die Bildsäulen unbekannter Männer begeistern, ist nicht verwunderlich. Aber an dieser Kälte trägt durchaus nicht ein Mangel an Verständnis für Schönheit und Kunst die Schuld. Man zeige ihnen Dinge, die sie verstehen: Frauen und Männer aus dem Volke, geadelt durch die Arbeit, wie sie von Meunier und Dalou dargestellt worden sind, und die Begeisterung wird grösser und nachhaltiger sein, als die der Patrioten vor den Kriegerdenkmälern und die der *Gebildeten* vor den Nachahmungen griechischer Götter- und Halbgötterfiguren.

Meunier und Dalou zeigen uns den Weg, auf dem die Kunst wieder zu jener Höhe aufsteigen kann und aufsteigen muss, wo wir sie in den griechischen Tempeln und in den gotischen Kathedralen erblicken. Auf diesem Gipfel reicht die Kunst dem Socialismus die Hand, wie sie es auf dem griechischen Gipfel mit dem hellenischen Geiste, auf dem gotischen mit der christlichen Religion getan hat. Und es ist kein Zweifel, dass die im Zeichen der socialistischen Kunst geborenen Schöpfungen, mögen es nun Sculpturen von Meunier, Dalou, Charpentier, Gemälde von Carrière, Steinlen, Roll oder Volkshäuser in der Art der belgischen *Maisons du Peuple* sein, sich in Form und Inhalt mit den Meisterwerken griechischer und christlicher Kunst messen können. Und dass dies jetzt schon der Fall ist, wo der socialistische Künstler gewissermassen gegen die Kreise arbeitet, von denen allein er die Mittel zur Ausführung seiner Pläne erhoffen kann, berechtigt zur schönsten Zuversicht für die Entwicklung der Kunst im socialistischen Staatswesen. Kunst und Künstler haben vom Socialismus nicht nur nichts zu fürchten, sondern der Socialismus ist im Gegenteil der einzige Weg, der uns wieder zu einer wahrhaft grossen und schönen Kunst führen kann, zu einer Kunst, welche die edelsten und erhabensten Regungen der Volkseele ausspricht.

Nachklänge vom Breslauer Ortskrankencassentag.

Von

Arthur Rundé.

(Hamburg.)

Die gesamten Verhandlungen des im September in Breslau abgehaltenen Krankencassentages kritisch zu würdigen, ist hier, so verlockend es auch in einzelnen Teilen erscheinen mag, nicht beabsichtigt. Lediglich die Vorgänge vor und bei Niederlegung der Amtsgeschäfte durch die geschäftsführende Ortskrankencasse zu Leipzig, die in der Presse bisher nicht die Beachtung gefunden haben, die sie im Interesse der Arbeiterbewegung verdienen, sollen hier ein wenig beleuchtet werden.

Zunächst einmal kurz die Tatsachen. Bei dem ersten Punct der Tagesordnung, Bericht über die Tätigkeit der geschäftsführenden Casse, bemängelten mehrere Redner die Dürftigkeit des gegebenen Berichts. Vermisst wurde eine

wirklich führende, vorwärtsdrängende Tätigkeit der Leipziger Ortskrankencasse. Der Jahresbericht der geschäftsführenden Casse müsste ausführlicher sein, damit man ein richtiges Bild von der Tätigkeit des Centralverbandes gewinnen kann. Gerade das rege Leben, das in den Ortsverbänden und provincialen Verbänden der Krankencassen pulst, müsste in dem Bericht zum Ausdruck gelangen. In dem Bericht der Cassen fehlte jeder Hinweis auf die Tätigkeit der Ortskrankencassenverbände des Rheinlands, Schleswig-Holsteins, Hessen-Nassaus, der Provinz Sachsen, Schlesiens, Thüringens. Und welch lehrreiches statistisches Material haben die Verbände für die deutschen Ortskrankencassen zusammengetragen! Nicht alle grossen socialen Aufgaben, deren sich mit voller Hingabe die deutschen Ortskrankencassen im verflossenen Jahre widmeten, habe die geschäftsführende Casse erwähnt. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens betätigten sich die Berliner Ortskrankencasse der Kaufleute, die Ortskrankencassen Strassburg, Kiel und Pforzheim. Eine Münchener Ortskrankencasse ist mit einer wertvollen Monographie über die gesundheitlichen und allgemein socialen Verhältnisse der Handelsarbeiter hervorgetreten. Im Bericht fehlten die wichtigen Vorkommnisse aus dem ärztlichen Lager. Nicht einmal die Cassenbeamtenfrage, so brennend geworden durch den Antrag Savigny, wurde hervorgehoben. Die Centralisationsbestrebungen, die sich im verflossenen Jahre so machtvoll bekundet haben, seien im Bericht nicht erwähnt. Die Redner betonten dann die Wichtigkeit der Frage der Reichsarzntaxe. Nicht alle berechtigten Forderungen der Krankencassen seien in dieser Frage berücksichtigt worden. Von seiten der Apotheker werde eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt, um die Wünsche der Apotheker bei dieser wichtigen Frage zur Geltung zu bringen. Eine entschiedene Gegenäusserung sei dringend erforderlich u. s. w. u. s. w. Der Bericht sei nichts anderes, als ein kurzes Register von Vorgängen. Der Regierung gegenüber mache das einen kläglichen, die wirkliche Bedeutung der Krankencassen herabwürdigenden Eindruck.

Die Antwort des Directors Uhlemann, des Alleinherrschers bei der Ortskrankencasse Leipzig, war ebenso dürrig, wie sein Bericht: Es sei bisher nicht anders gewesen, und es fehle der leitenden Casse an der nötigen Zeit! Darauf erfolgte der Antrag Prinz-Cottbus, der der Leipziger Casse eine Commission zur Entlastung beigegeben wollte. Der Antrag wurde angenommen, für die Wahl der Mitglieder dieser Commission der nächste Tag bestimmt. Kurz vor der Vornahme der Wahl erfolgte die erwähnte Amtsniederlegung unter der Begründung, dass die Art der geübten Kritik und das durch Annahme des Antrages Prinz ausgedrückte Misstrauen zu diesem Schritt geführt habe.

Für denjenigen, der die Verhältnisse innerhalb des losen, durch die Gesetzgebung nicht existenzberechtigt gemachten *Verbandes der Ortskrankencassen im Deutschen Reich* nicht kennt, musste der Breslauer Vorgang mit all seinen widerlichen Begleiterscheinungen überraschend kommen. Es konnte unbegreiflich scheinen, dass eine Anzahl zum Teil bereits ergrauter Männer wegen der an ihrer Tätigkeit geübten Kritik ein Amt niederlegten, das sie zehn Jahre verwaltet und dessen Dauer nach einem Jahr ablief. Aus der ganzen Situation ergab sich weiter, dass eine Aufhebung des Beschlusses über den Antrag Prinz leicht hätte erreicht werden können, wenn es der Leipziger Casse darum zu tun gewesen wäre. Aber selbst erhebliche Concessionen, die in dieser Richtung gemacht wurden, konnten die Casse nicht zur Wiederübernahme des bisherigen Amtes veranlassen. Diejenigen Redner, die betonten, dass nicht der angegebene Vorfall der Grund sei für die Inscenerierung des Gewaltstreiches — und ein solcher war es, da der Congress unvorbereitet vor die Alternative gestellt war, entweder den Kotau zu machen oder es darauf ankommen zu lassen, ein Jahr ohne Leitung zu sein, — hatten nur zu sehr recht. Und den wahren Ursachen nachzuforschen, ist es notwendig, einige Jahre zurückzugreifen.

Als im Reichstag vor circa zwei Jahren der Zolltarifentwurf eingebracht

wurde, hielten es die mit der Arbeiterbewegung befreundeten Krankencassenvertreter auf der Jahresversammlung in Stuttgart für notwendig, eine Besprechung über die in die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter so tief eingreifende Vorlage stattfinden und Protest gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse Tausender von versicherungspflichtigen Arbeitern erheben zu lassen. Wer konnte dazu mehr berufen sein, als der Vertretertag der Ortskrankencassen? Nichtsdestoweniger wendete sich die Leitung des *Verbandes der Ortskrankencassen im Deutschen Reiche*, das ist die Leipziger Ortskrankencasse, zunächst in einer Zuschrift an die Antragsteller, alsdann unter Androhung der Amtsniederlegung auf dem Congress in Stuttgart, gegen die Behandlung der Zollvorlage. Man gab an, die Krankencassen hätten mit Politik nichts zu tun u. s. w. Gegen den Willen der leitenden Casse wurde hierauf eine Protestresolution angenommen. Das war der *Sündenfall* der praktische Arbeiterpolitik treibenden Krankencassenvertreter. Dass auch eine grosse Anzahl von Krankencassenvertretern aus den Reihen der Arbeitgeber der Resolution zustimmten, sei nur nebenbei erwähnt. Trotz dieser Niederlage behielt die Leipziger Casse ihr Amt.

Auf den seitdem abgehaltenen Krankencassentagen musste die Leipziger Casse es erleben, dass bei den verschiedensten Anlässen — Alkoholfrage, Arbeitslosenversicherung und, *last not least*, Krankenversicherungsnovelle — Ausführungen gemacht wurden, die auf praktische Arbeiterpolitik hinielen. In Breslau nun kam der letzte Schmerz hinzu, indem der von der Leipziger Casse selbst gewählte Herr Dr. Honigmann, der Herausgeber der *Arbeiterversorgung*, in seinem Vortrage über das Thema *Die Krankencassen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* sich auf den Standpunkt stellte, dass die Krankencassen nicht nur die Pflicht hätten, den Gewerkschaften und den Vorgängen bei Strikes und Aussperrungen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, sondern im Interesse der Krankencassen sich auch mit Politik befassen müssten. Die Leipziger Casse hatte also Unglück mit ihrer Anschauung, dass die Krankencassen auf ihren Vertretertagen sich lediglich *politiklose* Vorträge halten und im übrigen die Vergnügungen, die damit verbunden zu sein pflegen, als angenehme Abwechslung dienen zu lassen hätten. In Breslau haben die Cassenvertreter selbst durch ihre rückhaltlose Zustimmung zu den Ausführungen des Herrn Dr. Honigmann gezeigt, wie sie ihre Aufgabe auffassten. Und auch Herr Prinz, gleichfalls von den Leipzigern selbst gewählt und in Bezug auf seine wirtschaftlichen und politischen Anschauungen diesen absolut gleich, musste ihnen durch seinen oben erwähnten Antrag unbequem werden. Das war zu viel. Da musste der Schleier zerrissen werden, der bisher noch notdürftig die Gegensätze in der Ortskrankencassenbewegung verdeckt hätte. Der Berliner Vertreter hatte vollkommen recht, als er, ohne Widerspruch zu finden, sagte, dass es der Zug nach links sei, der den Leipzigern nicht mehr passe und der sie zu dem Schritt veranlasst habe.

Man wird freilich bestreiten, dass die oben gekennzeichneten Beweggründe massgebend gewesen seien. Aber die eigene Erklärung des Congressvorsitzenden und gleichzeitigen Vorstandsmitglieds in Leipzig gibt den Beweis. Fährte er doch aus, dass die leitende Casse sich in Gegenwart der Ehrengäste (!) eine Kritik, wie die geübte, nicht gefallen lassen könnte, ebensowenig die scharfe Sprache, die einzelne Vertreter geführt hätten. Man hätte das in Abwesenheit der Ehrengäste tun sollen, dann wäre die Amtsniederlegung nicht erfolgt! Die in der *Leipziger Volkszeitung* vom 29. September veröffentlichten Erklärungen des Leipziger Vorstandes bestätigen unsere Darstellung des Sachverhalts. Allerdings nehmen sich diese Erklärungen, die nach reiflicher Ueberlegung zu Papier gebracht worden sind — brauchte der Vorstand dazu doch volle 14 Tage! — bedeutend harmloser aus, als sie dort in Breslau von den ein-

zelen Leipziger Vertretern tatsächlich gemacht worden sind. Man fühlte bereits in Breslau, dass bestimmte Vorsätze mitgespielt hätten; jetzt, durch die Erklärung des Vorstandes, weiss man, dass die Leipziger Delegierten bereits mit einem vom 4. September datierten Auftrag versehen nach Breslau gekommen sind, in der Absicht, ihr Amt niederzulegen. Daraus ergibt sich aber auch, dass der Delegierte Haferkorn die Unwahrheit sprach, als er die Schuld an der Amtsniederlegung auf die Kritik des Berichts schob. Diese bildete nur den willkommenen Vorwand. Aber auch der in den obigen Erklärungen für den Beschluss vom 4. September angegebene Grund, die ihnen angeblich vorgeworfene Fälschung des Hamburger Protokolls, entspricht nicht den Tatsachen, insofern als lediglich Missverständnisse vorlagen, die leicht aufzuklären gewesen wären und in Breslau auch durch einen Beschluss erledigt worden sind. Es bleibt nur die schon festgestellte Empfindlichkeit übrig, und von solcher sollten doch ernsthafte Leute, die einer grossen Sache zu dienen haben, frei sein.

Aber alle diese Vorfälle, die vorliegenden Erklärungen und die ganze Vergangenheit zeigen zur Genüge, wie sich in den Kämpfen der Leipziger Vorstandsmitglieder die Bedeutung der deutschen Krankenkassenbewegung malt. Wie liegen denn die Verhältnisse in der Leipziger Ortskrankenkasse, und haben die organisierten Arbeiter Leipzigs gar keinen Einfluss auf Verwaltung und Vertretung?

Und da muss leider ein trauriges Blatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung entrollt werden. Bekanntlich ist die Leipziger Casse staatlich und wird von dem Director Uhlemann verwaltet. Ihm sind in der im Gesetz vorgesehenen Verteilung der Vorstand respective die Generalversammlung beigegeben. Man sollte nun meinen, dass die organisierten Arbeiter Macht genug besässen, selbst gegen den Willen eines absolut reactionären Directors ihre Interessen zu vertreten. Aber leiden liegen hier die Verhältnisse anders; durch wessen Schuld, das mögen die Leipziger Arbeiter einmal unter sich gründlich untersuchen. Ist es sonst zu verstehen, dass sich Arbeitervertreter, hervorgegangen aus den Gewerkschaften Leipzigs, auf Befehl des Directors Uhlemann als Staffage beim Besuch des sächsischen Königs benutzen lassen und es zulassen, dass die Beamten gleichen Zwecken dienen? Ist es zu verstehen, dass der Director die Vertreter der Arbeiter durch Winke in der Art, wie etwa der Herr seinem Diener zu winken pflegt, zu sich befiehlt und ihnen Anordnungen erteilt? Ist es zu verstehen, dass nicht durch Wahl geeigneter Arbeiter dafür gesorgt wird, dass die Interessen der Arbeiter in Bezug auf die Cassenverhältnisse, wie in Bezug auf die Gesetzgebung und die Cassenverwaltung in gehöriger, unnach-sichtlicher Weise vertreten werden? Wie gesagt: es ist Sache der Gewerkschaften Leipzigs, hier Mittel und Wege zu finden, um Verhältnisse herbeizuführen, deren sich der deutsche Arbeiter nicht zu schämen braucht. Er hat streng darauf zu achten, dass die Macht, die ihm durch das Krankenversicherungsgesetz, durch die Selbstverwaltung, gegeben ist, auch durch wirklich geeignete, rückgratstarke Männer ausgeübt werde. Durch eine Leitung, wie die jetzige der Leipziger Casse, tritt eine schädigende Verwässerung der in den Krankencassen zu betreibenden praktischen Arbeiterpolitik ein. Dass dies nur zum Schaden der Arbeiter ausschlagen kann, ist klar.

Nun noch einige Worte zu den Aeusserungen und Denunciationen in der bürgerlichen Presse. Ihre Exclamationen über *socialdemokratischen Terrorismus* u. s. w. können diese Sache nicht treffen. Es ist keinem der der socialdemokratischen Partei angehörenden Krankencassenvertreter auch nur ein einziges Mal auf den vielen Krankencassentagen eingefallen, socialdemokratische Parteipolitik zu treiben. Dass die Politik an sich aber mit der Krankenversicherung untrennbar verknüpft ist, dass ihre Ausgestaltung und die dazu erforderliche Kritik notwendig zum grössten Teil auf politischem Gebiet liegen muss, ist selbstverständlich und wurde ja auch von Dr. Honigmann, der gewiss nicht im Verdacht steht, Socialdemokrat zu sein, ausdrücklich hervorgehoben und aufrechterhalten. Die Krankencassenver-

treter werden auch in Zukunft auf ihrem klar vorgezeichneten Wege weiter schreiten: von der Gesetzgebung alles das zu verlangen, was im Interesse der Millionen der Krankenversicherung unterstehenden Arbeiter zu verlangen ist. Dazu wird es allerdings erforderlich sein, oftmals scharfe Kritik zu üben, sowohl an den Absichten derer, die es ihrer einflussreichen Stellung schuldig zu sein glauben, bei jeder Gelegenheit eine Knebelung der Versicherten zu befürworten, als auch an Behörden, Staatsregierungen und der Gesetzgebung selbst. Gerade gegenüber den Behörden ist eine solche Kritik angebracht, soweit ihre Betätigung in dem ihnen unterstellten Wirkungsgebiet nicht nach den Grundsätzen socialpolitischer Einsicht, und mit dem erforderlichen Wohlwollen im Interesse der Versicherten erfolgt. Gegenüber der Staatsregierung und an der Gesetzgebung aber ist die Kritik notwendig, wenn es sich zeigt, dass die Interessen und Rechte der Arbeiter gefährdet sind. Wenn freilich darin, dass in dieser Beziehung deutlich die ungeschminkte Wahrheit gesagt wird, das Kennzeichen socialdemokratischer Kritik erblickt wird, so mögen die bürgerlichen Politiker und Journalisten, die das tun, es damit halten, wie sie wollen; das kann die Vertreter der Krankenversicherungspflicht unterstehenden Arbeiter nicht beirren. Empfinden jene Herren, die da von socialdemokratischer Politik reden, aber nicht, wie sehr sie damit ihr eigenes Gebaren oder das ihrer Partei verurteilen?

Rundschau.

Oeffentliches Leben

Wirtschaft

Fortschreitende Depression in den Vereinigten Staaten, anhaltender Druck in England, dagegen eine unverkennbare Aufwärtsbewegung in Deutschland, daneben, wenn auch schwächer, in Oesterreich und der Schweiz — dieses Bild prägte sich auch im letzten Monatsbericht immer schärfer aus.

In America haben die Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen einen immer grösseren Umfang angenommen, in allererster Linie in der Eisen- und Stahlproduction. Die *Illinois Stahlwerke* sollen 2000 Arbeiter gekündigt haben, ähnlich die *Philadelphia- and Reading-Company* und verschiedene Eisenwerke. Der Stahltrust hat die Gehälter seiner Angestellten um 25 bis 40 % beschnitten. Aus dem Baumwollspinnereibezirk von Fall River (Massachusetts) wird eine Lohnherabsetzung um 10 % gemeldet. Pierpont Morgan scheint sich auch zum Strategen und Organisator des Rückzugs entwickeln zu wollen: die Ueberproduction der Eisen- und Stahlgewerbe soll unter Zuhilfenahme billigster Eisenbahn- und Schiffsfrachten auf den Weltmarkt, vor allem auf den englischen Markt geworfen werden und im Notfalle noch die deutsche Schleuderausfuhr unterbieten. Diese Lage in America wird um so ernster, als zwar die nördlicheren Reviere ziemlich energisch Betriebs Einschränkungen durchzuführen begannen, während, wie so oft im Concurrenzkampf,

im südlichen Revier die Unternehmer sich umso weniger Zwang auferlegten, so dass der Glaube an eine baldige *Sanierung* des Marktes durch freiwillige Bändigung der Ueberproduction immer mehr verliert. Dagegen stehen die Dampfer des Oceantrustes zur Aufnahme des *Ballastes* des Stahltrustes bereits zur Verfügung; auch die Bahngesellschaften sollen für eine einheitliche Frachtreduction zu gunsten des Stahltrustes gewonnen sein.

In der Tat haben die americanischen Angebote von Eisen, namentlich Halbzeug, in England begonnen. Sogar auf viel entlegeneren Märkten dringt die americanische Notausfuhr vor. So war man letzthin nicht wenig von der Nachricht aus Constantinopel überrascht, dass bei einer Submission für die Mekkabahn die *Pennsylvania Steel Company* den Zuschlag auf 20000 t Schienen, in Concurrenz gegen deutsche und belgische Werke, erhalten habe.

In England wirkt im Augenblick jede neue Bedrängnis von aussen wie Oel auf das Feuer der Schutzzollagitation; der Hinweis auf die fremde *Invasion* ist der wirksamste *Tric Chamberlains*. Das billige ausländische Halbmaterial ist zwar den weiter verarbeitenden Unternehmungen nicht unwillkommen, so besonders den Erzeugern von Weissblech und galvanisierten Blechen. Aber solche Ausnahmestücke wiegen federleicht gegen die sonstigen schweren Störungen, die im englischen Wirtschaftsleben andauern und sich zuletzt noch weiter verschlimmert

haben. Die Notierungen für Cleveland-Roh-eisen sind allmählich auf den niedrigsten Stand gesunken, den sie, mit Ausnahme des December 1901, seit 1898 jemals einnahmen. Der Schiffbauindustrie geht es schlechter und schlechter, die Eisenbahnen zeigen ungünstige Ausweise. »Um nur ein Beispiel anzuführen« — schreibt man der *Vossischen Zeitung* vom 12. November aus der englischen Montanproduction — »sind auf den Werften von Dundee anstatt sonst 3000 jetzt nur 500 Mann tätig und weitere Kündigungen für Ende dieser Woche erfolgt. Die Werke an der englischen Nordostküste und in Schottland haben von den Arbeitern eine weitere Lohnreduction um 5 % verlangt, und sie würden es vielleicht gar nicht ungern sehen, wenn es darüber zu einem Ausstand käme. Die Admiralität hat zwar in diesen Tagen einige Aufträge auf kleinere Schiffe und Stahlplatten untergebracht, dieselben sind aber bei weitem nicht hinreichend, um auch nur mässige Beschäftigung zu bieten. Die Stahlwerke sind infolgedessen für Schiffbaumaterial sehr schlecht mit Bestellungen und Specificationen versehen, aber auch die auf schwere Stahlschienen laufenden Strassen fangen an, leer zu werden. Nicht nur sehen sich die heimischen Eisenbahnen veranlasst, wegen ihrer ungünstigen Einnahmen und der Schwierigkeit, ihre Werte jetzt zu placieren, die Bestellungen auf das äusserste zu reducieren, sondern es hat auch die Einstellung von Eisenbahnbauten seitens der Transvaal-Regierung ein bisher gutes Absatzgebiet verschlossen. Auch ist der belgische Wettbewerb neuerdings verschärft. Befriedigend beschäftigt sind nur noch diejenigen schottischen Stahlwerke, welche den allgemeinen Maschinenbau zum Hauptkunden haben. Das Geschäft in schmiedbarem Eisen liegt dagegen sehr darnieder, und die schottischen Werke haben den Betrieb weiter eingeschränkt, während auch in Mittelengland der heimische Absatz äusserst armselig ist, obgleich die Lager in Händen der Händler sehr gering sein müssen. . . . Die Yorkshire-Gruben arbeiten nur fünf Tage per Woche, werden aber demnächst weiter einschränken, sobald die immer noch befriedigende Ausfuhr über die Humberhäfen durch Schluss der Ostsee-schiffahrt aufhört. Auf dem Newcastleer Markte konnten sich nur beste Gas- und Dampfkohlen behaupten, andere Sorten liegen schwach, besonders Bunkerkohlen.«

Natürlich hat auch für **Deutschland** der erwachte americanische Vorstoss und das Zusammenschumpfen der americanischen Nachfrage seine üblen Rückwirkungen. Ge-

rade Halbzeug brachte Deutschland in grösseren Posten in England unter; wird England noch billiger, als bisher, damit versorgt, so steigert sich weiter der Preisdruck für die deutschen Fertigproducte, namentlich für die Bleche. Wenn jedoch der *Verband deutscher Feinblechwalzwerke* kurz vor Mitte November seine Preise abermals um 5 M. — auf 118 respective 115 M. inclusive Rabatte — ermässigt hat und von weiteren Ermässigungen, im Notfalle bis herab auf 105 M., spricht, so ist das nur als Kampf-massnahme gegen die noch widerstrebenden Verbandsaussenseiter zu verstehen.

Der vorherrschende Optimismus ist dadurch in Deutschland in keiner Weise erschüttert worden, ebensowenig wie etwa durch den schlechten Abschluss der Elektrizitätsgesellschaft *Union*, die für das erste Semester 1903 einen Verlust von über 2½ Mill. M. aufwies. Mitte October ergötzte sich die Börse sogar an einer geradezu stürmischen Hausse, vor allem in Montanwerten, so dass manche Kohlenactien die höchsten Curse der Periode der Hochconjunctur wieder erreichten und sogar bereits überschritten.

Wir können darauf verzichten, die Vergänglichkeit mancher bisher noch immer günstig wirkenden Factoren abermals hervorzuheben. — Zugestehen muss man auf jeden Fall, dass unser heimischer Verbrauch und Absatz vorwiegend das Bild stetiger, wenn auch langsamer Hebung und Genesung darbietet. So haben die preussischen Staatseisenbahnen ihr erstes Rechnungshalbjahr 1903 (1. April bis Ende September) sehr günstig verlaufen sehen. Hier haben die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr mit 241 320 000 M. die vorjährigen um 10 888 000 M. oder 4,7 % übertroffen, die Einnahmen aus dem Güterverkehr waren mit 481 763 000 M. um 28 160 000 M. oder 6,2 % grösser, und auch die Einnahmen aus sonstigen Quellen übertrafen mit 42 803 000 M. die vorjährigen um 1 070 000 M. Die gesamten Einnahmen betragen hiernach 765 886 000 M. gegen 725 768 000 M. im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1902, sie haben also die vorjährigen um 40 Mill. M. oder 5,5% übertroffen. Die auf 1 km entfallene durchschnittliche Einnahme liegt mit 23 447 M. um 892 M. oder 4% über der vorjährigen. Im letzten Berichtsmonat (September) ergab der Güterverkehr 5⅔ Mill. M. oder 7,2% mehr als im Vorjahre.

Auch im Ruhrrevier hat sich die günstigste Entwicklung der **Kohlenproduction** im October fortgesetzt. Die

Förderziffern werden sich voraussichtlich höher stellen, als je in einem Monat zuvor; da der schlechte Wasserstand des Rheines die Rheinaufwärtsfahrt hemmte; so klagte man doppelt über die Wagenknappheit auf den Schienenwegen. Der Beschäftigungsgrad der Mitglieder des Coakssyndikats belief sich im October auf 95%, gegen vorgesehene 87%, in Oberschlesien rührt es sich gleichfalls lebendiger; nach der October-Statistik betrug die gesamte Roheisenerzeugung der östlichen Gruppe des *Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller* 64 574 t, gegen 62 598 im Semptember; für die verfloßenen neun Monate dieses Jahres (Gesamtproduction: 628 343 t) ist ein Plus von 63 378 t gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1902 ausgewiesen. Der geschäftsführende Ausschuss des Walzdrahtsyndikats beschloss laut der *Cölnischen Volkszeitung*, die Productionseinschränkung für die Specialdrahtsorten der Gruppen 1 und 5, welche für das vierte Quartal dieses Jahres auf 10% festgesetzt war, für den Rest dieses Quartals aufzuheben.

* Auch die Berichterstattung über den **Arbeitsmarkt** im Monat October stimmt mit diesen Unternehmererfahrungen überein. »Der October«, urteilt die *Arbeitsmarktcorrespondenz*, »pflegt für die Gestaltung des Arbeitsmarktes ein kritischer Monat zu sein: die Nachfrage geht zurück, das Angebot steigt. Wenn trotzdem im October dieses Jahres die Bewegung von Angebot und Nachfrage weniger Arbeitssuchende auf je 100 offene Stellen ergibt, als im entsprechenden Monate des Vorjahres, so zeigt sich darin, dass die Besserung in der Lage des Arbeitsmarktes auch im October vorgehalten hat. Während nach der Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise auf je 100 offene Stellen im October vorigen Jahres 164,5 Arbeitssuchende kamen, waren es in diesem Jahre nur 139,3. Die Andrangcurve ist also in diesem Jahre weit weniger schroff und stark gestiegen, als 1902. Ganz besonders gilt dies vom männlichen Arbeitsmarkt, wo der Andrang noch weniger aufgenommen hat, als auf dem weiblichen.«

* **Kurze Chronik.** Zwischen der *Dresdener Bank* (Actiencapital 130 Mill. M.) und dem *Schaaffhausenschen Bankverein* (Actien-capital 100 Mill. M.) ist am 14. November eine weitgehende *Interessenvereinigung* vereinbart worden, unter Zustimmung der beiderseitigen Aufsichtsräte und unter Vorbehalt der Genehmigung durch die auf den 10. December einberufenen Generalver-

sammlungen beider Institute. — Die *Berliner Handelsgesellschaft* (90 Mill. M. Capital) erhöht ihr Capital um 10 Mill. M. — Die drei grossen Elbdampfschiffahrtsgesellschaften haben ihre Vereinigung beschlossen.
Max Schippel.

Politik

Die **preussischen Landtagswahlen** sind nun auch vorüber; sie haben trotz der Beteiligung der Socialdemokratie, die das hervorstechendste Charakteristikum dieser Wahlen ist, keine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gebracht, als es ohne die Beteiligung der Socialdemokratie der Fall gewesen wäre. Das Gesamtergebnis der Wahlen ist nach einer officiösen Zusammenstellung vom 22. November folgendes: es sind gewählt 148 Conservative, 54 Freiconservative, 97 Centrum, 79 Nationalliberale, 31 Freisinnige (23 von der Volkspartei, 8 von der Vereinigung), 13 Polen, 2 Dänen, 2 Bündler, 2 Antisemiten, 5 Fractionlose. Danach haben gewonnen gegenüber dem bisherigen Besitzstand die Conservativen 5, die Nationalliberalen 4, Dänen, Bündler, Antisemiten und Fractionlose zusammen 4 Mandate. Verloren haben das Centrum 2, die Freiconservativen 3, die Volkspartei 2, die Vereinigung 2 Mandate. Die Differenz von 4 Mandaten erklärt sich daraus, dass beim Schluss der letzten Landtagssession nur 429 Abgeordnete vorhanden waren. Dieses Wahlergebnis bedeutet keine Machtverschiebung der Parteien. Der geringe Gewinn der Conservativen wird durch die Verluste der Freiconservativen fast compensiert; die Verluste der Freisinnigen machen deren Position im Abgeordnetenhaus nicht schwächer, als sie bisher schon war. Das Eingreifen der Socialdemokratie hat die vielfach erwartete Aenderung der Ergebnisse nicht gebracht. In keinem Kreise konnte sie aus eigener Kraft ein Mandat gewinnen, nur in wenigen Kreisen gelang es ihr, so viele Wahlmänner zu erhalten, um ausschlaggebend auf die Entscheidung einwirken zu können.

Wenn der Socialdemokratie zum Vorwurf gemacht wird, dass sie in einigen Kreisen durch ihr Verhalten zur Stärkung der Reaction beigetragen habe, so wird sie diesen Vorwurf zunächst schon aus dem einfachen Grunde leicht ertragen, weil die paar Mandate, um die es sich hier handelt, die Stärkeverhältnisse der Parteien sehr wenig beeinflussen hätten. Dass wir aber der freisinnigen Volkspartei keine Unterstützung gewährten, das gebot der

Socialdemokratie die Selbstachtung. Es mag hüben und drüben gefehlt worden sein seit den Tagen des Zollkampfes im Reichstag — so viel steht aber fest, dass die freisinnige Volkspartei seit dieser Zeit sich nicht wie eine Oppositionspartei gegen die Socialdemokratie benommen, sondern vielmehr die Geschäfte der Reaction besorgt hat. Das trat schon im Zolltarifkampfe zu Tage und nachher in der geradezu unbegreiflichen Art, wie die Presse dieser Partei die Socialdemokratie fortgesetzt bekämpft hat ohne jede Rücksicht darauf, dass Oppositionsparteien trotz aller Gegensätze eine gewisse Gemeinsamkeit nicht aus den Augen verlieren dürfen. Und dann war es weniger die Feststellung der bestehenden Gegensätze an sich, die zu der Verbitterung der Socialdemokratie gegen die Volkspartei führen musste, als vielmehr der Ton, in dem die Bekämpfung geschah. Die freisinnige Volkspartei wird in der Presse der reactionären Parteien ob ihrer Taktik gegen die Socialdemokratie gelobt. Wir verstehen die Motive dieser Lobsprüche. Aber es ändert an der Taktik dieser Partei nichts, die nicht von uns, sondern von einer nationalliberalen Geschichtsschreibung mit einer persönlichen Zuspitzung auf Eugen Richter, anlässlich der Reichstagswahlen vom Jahre 1881, wie folgt, festgenagelt wurde: »Keine Partei bejubelte ihren Wahlsieg so laut, wie die Fortschrittspartei; sie und ganz besonders den Abgeordneten Richter, der schon im Wahlkampfe selbst vor den niedrigsten und gehässigsten Verunglimpfungen der Gegner nicht zurückgeschreckt war, traf auch die Schuld, dass aus den Verhandlungen [des Reichstags] der feine, ja selbst der anständige Ton mehr und mehr schwand.« Vielleicht trifft dieser Vorwurf des Geschichtsschreibers nicht in voller Schärfe zu; aber er rechtfertigt das Verhalten der Socialdemokratie bei den Landtagswahlen der Volkspartei gegenüber in ausreichender Weise. Mag die Volkspartei noch so viel an der Socialdemokratie auszusetzen haben, mag diese in ihren Zielen und ihrer Taktik ihr noch so zuwider sein, so dürfte die Volkspartei, will sie ihren Namen noch mit Grund führen, doch nicht vergessen, dass infolge des Landtagswahlrechts ein grosser Teil des Volkes, und zwar gerade der Teil, der politisch der Socialdemokratie folgt, von einer Vertretung im Landtag ausgeschlossen ist. Dieser Umstand hätte zu einer wesentlich anderen Taktik der Volkspartei führen müssen. Aber wenn eine oppositionelle Parteiorganisation schon so weit ist, dass sie der Erhaltung ihres eigenen

Besitzstandes zuliebe allen Geboten politischen Fortschritts sich verschliesst und alles anbietet, um die Entrechtung eines grossen Teils des politisch sich regenden Volkes im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten, dann hat sie kein Anrecht mehr darauf, als Oppositionspartei weiterhin ernst genommen zu werden. Die Taktik der Volkspartei, auf Grund des Dreiclassensystems die Vertretung der stärksten Partei im preussischen Abgeordnetenhaus hintanzuhalten, wird am besten gekennzeichnet durch die Charakterisierung dieses Wahlrechts durch Bismarck, der vom Regierungsstandpunkte aus jede Censuswahl principiell verwarf. »Wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwer motivieren, dass deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote, wie sein Nachbar, zahlt — und er würde sie gern bezahlen, denn sie bedingt ein grösseres Vermögen, das hat er aber nicht — er gerade Helot und politisch tot in diesem Staatswesen sein soll.« Die freisinnige Volkspartei hat nach Kräften dazu mitgewirkt, dass auch bei dieser Wahl die Wähler Heloten und politisch tot blieben, die der stärksten politischen Partei angehören. Darin liegt meines Erachtens der parteipolitische Wert dieser Wahl, dass die freisinnige Volkspartei durch ihr Verhalten ihren Ruf als ernst zu nehmende Oppositionspartei eingebüsst hat. Sie muss, ob sie will oder nicht, immer mehr nach rechts gleiten, da die Feindschaft zwischen ihr und der stärkeren Socialdemokratie nunmehr endgiltig besiegelt ist. Dass die Taktik der Volkspartei von seiten der Socialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung verurteilt wird, dürfte die Presse der fraglichen Partei für den Augenblick nicht weiter belästigen. Unangenehmer für sie ist dagegen die Kritik in ihr selbst nahestehenden Organen. Da sei noch auf eine Auslassung des demokratischen Beobachters in Stuttgart hingewiesen, der die Taktik der freisinnigen Volkspartei mit den Worten glossiert: »Lehnt es die abgelehnte Socialdemokratie überall ab, den Gutgenug für den Freisinn zu machen, was wir ihr nach dem schroffen Verhalten des letzteren gar nicht übel nehmen können, dann wird das Zusammengehen mit den Nationalliberalen nur den Erfolg haben, dass die Nationalliberalen den Profit aus dem ganzen Techtelmechtel davontragen werden. Denn sie waren die schlaun Geschäftslute, die in den einen Wahlkreisen mit den Freisinnigen gegen die Conservativen und in den anderen mit den Conservativen gegen die Freisinnigen sich zusammenfanden. Ob das besonders reinlich und zu einem weiteren

Zusammengehen einladend ist, ist eine Frage, die nach dem verschiedenen politischen Anstandsgefühl und politischen Geschäftssinn verschieden ausgelegt werden kann.« Die Auslassung ist, wie es bei dem nahen Verhältnis der *Beobachter*partei zur freisinnigen Volkspartei nicht anders zu erwarten ist, im Tone schonend, sachlich aber sehr deutlich gehalten und bestätigt das Urteil, das von unserem Standpunkte aus über die Taktik der freisinnigen Volkspartei anlässlich der Landtagswahlen gefällt werden musste.

Auf zwei **Strafprocesses** concentrirte sich die öffentliche Aufmerksamkeit während der letzten Wochen, auf den Process Bilsle und den Process gegen die Gräfin Kwilecka. Der Process Bilsle fand vor einem Militair, der andere vor einem bürgerlichen Gericht statt. Wenn man das Verfahren in beiden Processen vergleicht, so schneidet das bürgerliche entschieden ungünstig ab. In Metz ein Verhandlungsleiter, der die Stellung der Verteidigung erleichterte und dem öffentlichen Ankläger gegenüber eine erfreuliche Selbständigkeit zeigte. In Moabit im Process gegen die Gräfin dagegen war die Seele des Processes die Anklagebehörde, deren beherrschende Stellung den Verhandlungsleiter kaum zur Geltung kommen liess; dazu eine Staatsanwaltschaft, deren Verfahren ein jedes Rechtsgefühl verletzen musste. Mit welchen Mitteln arbeitete hier diese Behörde, um ein *Schuldig* in einem Process zu erreichen, wo alles unklar und unsicher war! Entlastungszeugen, die für die Angeklagte günstig aussagen würden, waren längst wegen Begünstigung in Untersuchung verwickelt. Die Staatsanwaltschaft spürte mit Eifer jedem Moment nach, das auch nur entfernt auf eine Beeinflussung der für die Gräfin günstig aussagenden Zeugen schliessen liesse. Dabei scheute sie sich nicht, selbst die stärkste Pression auf die Zeugen durch eine Aufsehen erregende Verhaftung wegen Meineids mitten in der Beweisaufnahme auszuüben, ohne dass der Staatsanwaltschaft darüber irgendwie Vorhaltungen gemacht werden könnten. Denn nach der gesetzlichen Form war alles in Ordnung. Und wie ging man daneben noch mit der Verteidigung um! Wahrhaftig, es gehörte ein grosses Mass von Selbstbeherrschung für die Verteidiger dazu, gegenüber einer solchen Verhandlungsführung und gegenüber dem Verhalten der Staatsanwaltschaft die Ruhe nicht zu verlieren. Glücklicherweise gestalteten sich in diesem Process wenigstens die Dinge derart, dass die Geschworenen nicht im Zweifel sein konnten, in welcher Weise sie auf die Schuldfragen zu antworten

hatten, und unbeirrt freisprachen. Die verschiedenen grösseren Strafprocesses der letzten Zeit zeigen mit zunehmender Deutlichkeit, dass die überragende Stellung der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren immer unhaltbarer wird: nicht die Ermittlung der Schuld, sondern die Verhängung einer Strafe steht für die Staatsanwaltschaft nach ihrer ganzen Organisation und Tätigkeit bei jedem Process in erster Linie.

Richard Calwer.

Socialpolitik

Der mit Pauken und Trompeten angekündigte *erste deutsche Arbeitercongress* ist ziemlich wirkungslos verlaufen (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, pag. 953 ff.). Man ladet deutsche Arbeiter zu einem allgemeinen Congress ein, schliesst die millionenköpfige socialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands von diesem Congress aus — und nennt dann einen derartigen, an Haupt und Gliedern verstümmelten Congress hochtönend den *ersten deutschen Arbeitercongress*. Vergessen scheinen die reclamationsüchtigen Macher dieses Congresses längst jenen bedeutungsvollen ersten Arbeitercongress Deutschlands zu haben, der unter dem Vorsitz des weitschauenden und charaktervollen Nees von Esenbeck im Jahre 1848 tagte. Der Geist unseres modernen socialistischen Proletariats durchhauchte auch diesen Congress nicht, denn die Arbeiter der damaligen Zeit waren noch halbzünftige Handwerksgesellen, aber immerhin schlug doch in den Beschlüssen des Congresses eine wirklich feste, kühne Arbeitergesinnung nieder. Und mehr als ein halbes Jahrhundert später ruft man deutsche Arbeiter zusammen, um den eigentlichen modernen Arbeitergeist, der in allen grossindustriellen Districten Deutschlands lebt und webt, mundtot zu machen! Arbeiterbataillone wollten die Veranstalter dieses Congresses natürlich auch aufmarschieren lassen. 600000 Arbeiter sollten in Frankfurt zu dieser *ersten* Tagung angerückt sein. Nun, von diesen grossen, nur in der Vorstellung der geriebenen Macher dieses Congresses existierenden Arbeitermassen zieht die *Frankfurter Zeitung* kurzer Hand 200000 Mann ab; und dieses Exempel stimmt noch nicht einmal. Man muss das Subtrahieren noch tüchtig weiter führen, um zu einem richtigen Resultat über die Stärke der auf diesem Congress vertretenen Arbeitermassen zu gelangen. Doch den Congressvertretern selbst, die den Fehdehandschuh der starken socialdemokratischen Arbeiterschaft vor die Füsse warfen, dämmerte einmal ein leiser

Schimmer von Classenbewusstsein auf. Als Giesberts den Vertretern seiner Richtung mehr Classenbewusstsein, mehr Rührigkeit und Energie im Organisieren wünschte, da tönte ein vielstimmiges *Sehr richtig!* durch die Versammlung. Mit den Socialdemokraten, meinte Giesberts weiter, sollen die sich herumschlagen, die sie geschaffen, uns sind auch die socialdemokratischen Arbeitermassen Genossen. In den Beschlüssen des Congresses jedoch regte sich kein kraftvoller, sein Recht heischender Proletariertrotz. Arbeiter müssen sich von der bürgerlich-demokratischen *Frankfurter Zeitung* über das, was Arbeitern zu fordern geziemt, belehren lassen: »Die Resolution über die Coalitionsfreiheit«, so schreibt die *Frankfurter Zeitung*, »ist sehr milde. Arbeiter dürfen mit Fug und Recht mehr verlangen. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist eine zweiseitige Sache. Bevor man sich für sie begeistert, müsste doch erst untersucht werden, ob nicht etwa das deutsche Recht ähnliche Handhaben, die Gewerkschaften anzupacken, bietet, wie das englische. . . . Und die Arbeitskammern in der Form, wie sie verlangt wurden, sind auch nichts Ganzes. Man will paritätische Arbeitskammern. Dann hätten die Unternehmer Vertretungen in den Landwirtschafts-, Handels-, Handwerkskammern und ausserdem in den Arbeitskammern. Warum also nicht reine Arbeiterkammern als viertes Glied neben den drei erstgenannten Kammern?«

Mit der Weiterbildung der **Arbeiterschutzgesetzgebung** befasste sich die bayerische Landtagsfraction in einem Antrag Segitz. Dieser Antrag beabsichtigt zunächst die Festsetzung eines neunstündigen Arbeitstages in allen Staatsbetrieben oder auf Rechnung des Staates betriebenen Unternehmungen vom 1. October 1904 ab und des achtstündigen Arbeitstages vom 1. October 1906 ab. Arbeitslöhne und Dienstbezüge sind so zu bemessen, dass das Einkommen zur Ernährung und Erhaltung einer Familie genügt. Der Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter hat mindestens 2,50 M. zu betragen. Der Mindestlohn in allen Staatsbetrieben und staatlichen Unternehmungen darf für keine Arbeiterkategorie niedriger sein, als der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzte ortsübliche Tagelohn. In Berufen oder Branchen, für die gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen bestehen, sind die Löhne mit diesen Gewerkschaften zu vereinbaren oder Tarifverträge abzuschliessen. Für Staatsbetriebe, die mehr als 20 Arbeiter

beschäftigen, sind Arbeiterausschüsse zu errichten, die auf Grund des unmittelbaren und geheimen Wahlrechts von den in Betrieben beschäftigten grossjährigen Arbeitern zu wählen sind. Arbeiter und Arbeiterinnen haben das active und passive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen; Aufseher, Vorarbeiter, Werkführer oder sonstige Vorgesetzte der Arbeiter haben für die Ausschüsse weder das active, noch das passive Wahlrecht. Diesen Arbeiterausschüssen obliegt im wesentlichen die Vertretung der Arbeiterinteressen in den betreffenden Betrieben. Die Verwendung von gesundheits-schädlichem Material, insbesondere von Bleifarben und bleihaltigen Farben, ist untersagt. Druckaufträge des Staates dürfen nur an solche Druckereien vergeben werden, die ihre Arbeiter nach dem vom deutschen Buchdruckerverband vereinbarten Tarife entlohnen. Allen Bestimmungen des Antrages Segitz sollen die Militärverwaltung und alle Privatunternehmer, die im Auftrage oder auf Rechnung des Staates Arbeiten übertragen erhielten, unterstellt werden. Segitz stützte seinen Antrag auf ein wuchtiges, beweiskräftiges Material; jedoch bei der arbeiterfeindlichen Stellung des Centrums ist das Schicksal seines Antrags besiegelt.

Die **Krankenversicherung** mit allen ihren Schäden und Fehlern wird jetzt durch die zahlreichen Aertzestrikes in den Vordergrund gestellt. Es ist ja ein verdienstvolles Werk, dass gerade in diesem Augenblick der Verlag von Gustav Fischer in Jena eine umfangreiche Arbeit über die *Stellung und Aufgaben des Arztes auf dem Gebiete der Krankenversicherung* aus der Feder Dr. Jaffés erscheinen lässt, aber diese Arbeit sollte doch dann auf einem weniger lückenhaften Material aufgebaut sein. Wir finden die Aufsätze und Broschüren eines so weit-sichtigen und social denkenden Mannes, wie des Professors Max Fleisch über die Cassenarztfragen, über die freie Arztwahl etc. in dem Buch Jaffés nicht berücksichtigt. Ferner hat Herr Dr. Jaffe nicht die zahlreichen instructiven Mitteilungen über das Cassenwesen in der *Deutschen Krankencassenzeitung* benutzt, die gerade von Krankencassenpraktikern, von Cassenvorsitzenden und Cassenbeamten verfasst wurden. Von diesen Mängeln abgesehen, ist die Jaffésche Arbeit eine reichlich sprudelnde Informationsquelle für alle Socialpolitiker und Mediciere, die sich gründlich mit dem deutschen Krankencassenwesen beschäftigen wollen. Ueber den Wert oder Unwert der freien Arztwahl für die Krankencassen ist jetzt

ein lebhafter Streit zwischen dem Herausgeber der *Deutschen Krankencassenzeitung*, Hermann Sydow, und Dr. Freudenberg in der *Medicinischen Reform* entbrannt. Sydow wertet das Material der grossen deutschen Krankencassen nach neuen statistischen Gesichtspunkten und sucht die grosse Belastung der Cassen durch die freie Arztwahl auf Kosten der übrigen socialen Leistungen dieser Institute zu erweisen.

Wertvolle Anregungen für den Ausbau des Krankencassenwesens gibt das 2. Heft der *Monatsschrift für sociale Medicin*. Herr Fr. Prinz, Geschäftsführer der vereinigten Ortskrankencassen zu Cottbus, behandelt die Statistik im Dienst der Lösung der Cassenarzhonorierungsfrage. Er macht ein von ihm entworfenes Formular bekannt, mit dessen Hilfe man die gewichtige Frage, ob die Honorierung der Aerzte bei den einzelnen Cassen angemessen ist oder nicht, sehr klar entscheiden kann. Ueber die wissenschaftliche Ausbildung von Beamten der Krankencassen verbreitet sich Dr. med. Eisenstadt-Berlin. Seine Vorschläge für die Ausbildung der verantwortlichen Krankencassenbeamten fasst er zusammen in: 1. theoretische Curse aus der allgemeinen Medicin und Hygiene; 2. praktische Ausbildung in Krankenhäusern, wie die Krankenpfleger; 3. gemeinschaftliche Referate von Cassenärzten und Cassenbeamten.

Einen kräftigen Vorstoss für die Ausdehnung der Zwangsrankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und auf das Gesinde Bayerns unternahm der Abgeordnete Segitz am 15. October 1903 im bayerischen Landtage. Der Minister von Feilitzsch betonte, dass es ihm unzweckmässig erscheine, wenn von seiten eines Bundesstaates jetzt in den Gang der von der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen eingegriffen werde. Eine Reihe von Einzelstaaten hat sich bisher um Regelung dieser Frage nicht herumgedrückt, sondern die Krankenversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde ausgedehnt. Es ist unerfindlich, weshalb die bayerische Regierung noch mit dieser Ausdehnung zurückhält! Fürchtet sie die social rückschrittlichen ultramontanen Bauern?

Die bayerische Kammer ging leider über den Antrag Segitz einfach zur Tagesordnung über.

Zielklare Bestrebungen, dem Elend der Cassenzersplitterung ein Ende zu machen, regten sich vor allem in München und Bromberg.

Der Invalidenversicherung Deutschlands hat Herr Dr. Richard Freund, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, wertvolle neue Bahnen gewiesen durch die Errichtung eines Invalidenhauses für tuberculöse Arbeitsinvaliden und einer Heilstätte für Geschlechtskranke. Das Invalidenhaus soll die Tuberculösen möglichst isolieren und eine Verbreitung der Schwindsuchtkeime verhindern. In dem soeben erschienenen socialpolitisch interessanten Bericht der Landesversicherungsanstalt Berlin werden die Einrichtungen des Invalidenheimes sowie die mit ihm gemachten Erfahrungen ausführlich geschildert. Die Verpflegung des Invaliden stellt sich etwa auf 1 M. Erst die Errichtung zahlreicher Anstalten an verschiedenen Orten wird, wie Herr Dr. Freund richtig betont, die offenkundigen Wirkungen dieser Invalidenheime nach der prophylaktischen Seite hin erweisen. Die Heilstätte für Geschlechtskranke der Landesversicherungsanstalt Berlin verpflegte vom 19. April 1902 bis zum Schluss des Jahres 291 Kranke. Die Heilerfolge waren recht erfreuliche. Ungeheilt blieben von 203 Personen nur 7. Die Landesversicherungsanstalt liess die Patienten eindringlich über die geschlechtlichen Erkrankungen und über das Verhalten der Erkrankten bei diesen Leiden belehren. Aus der Statistik der Heilstätte ist ersichtlich, dass von 203 entlassenen Patienten 85 von Prostituierten, 32 von Bekanntschaften, Dienstmädchen und 2 von der eigenen Frau angesteckt wurden. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg hat soeben die ersten Schritte zur Verwirklichung der Idee getan: die körperliche Beschäftigung als vollwertigen Heilfactor in Anwendung zu bringen. Mit dem Genesungshaus sind neben grosser Feld- und Gartenwirtschaft Werkstätten für Schlosser, Schmiede, Tischler, Buchbinder, Schneider, Korbmacher etc. verbunden. Diese Einrichtungen sollen ferner eine grundlegende Anleitung den Reconvalescenten zu einem, häufig direct gebotenen Berufswechsel geben. Nach dem Bericht der Landesversicherungsanstalt Brandenburg hat der Ausschuss der Anstalt 420000 M. für die Errichtung des am Rheinsberger See zu erbauenden Genesungsheims bewilligt.

Die Unfallversicherung wird nach der Richtung der Unfallverhütung hin ständig ausgebaut. Die Fleischereiberufsgenossenschaft in Mainz hat einen recht instructiven Bericht aus der Feder des früheren Gewerbeinspectors K. Deiters über

die im verflossenen Jahre von ihm vorgenommenen Betriebsrevisionen herausgebracht. Bei den 583 revidierten Anlagen wurden zahlreiche Verfehlungen gegen notwendige Unfallverhütungsmassnahmen constatirt. Bei den Arbeitsmaschinen fanden sich allein 269 ungeschützte Zahngetriebe, 149 fehlende Ausrückvorrichtungen an Arbeitsmaschinen, 191 Verstösse in Bezug auf den Einlaufschutz bei Wölfen, 141 Verstösse gegen Riemen- und Keilschutz an Arbeitsmaschinen etc. Nach Tausenden zählen die Versündigungen gegen den Unfallverhütungsschutz. Aus einer von ihm veranstalteten Statistik ersah Herr Deiters, dass auf dem Gebiete der Unfallverhütung dem kleinsten Handbetriebe dieselbe Aufmerksamkeit zu schenken sei, wie den motorisch betriebenen Anlagen. Den Anordnungen des Revisionsbeamten gegenüber verhielten sich die Unternehmer oft sehr zögernd und lässig. Selbst eine Stadtgemeinde kam den wiederholten Aufforderungen des Beamten, eine gefahrvolle Winde zu schützen, nicht nach und musste zur Strafe in eine höhere Gefahrenklasse gestellt werden.

Um der mitunter geradezu erschreckenden Einseitigkeit der Gutachten der Vertrauensärzte im Interesse der Unfallverletzten entgegenzutreten zu können, haben das Centralarbeitersecretariat, das Berliner Secretariat und die *Centralcommission der Krankencassen Berlins* ein Abkommen mit dem *Verein der freigewählten Cassenärzte* getroffen, nach dem sich 43 Berliner Aerzte zur Begutachtung der Unfallfolgen Verletzter bereit erklärten. In Frankfurt a. M. hat Herr Dr. Hanauer schon vor längerer Zeit die Bildung von Aerztescommissionen zur Untersuchung der vom Arbeitersecretariat zugewiesenen Unfallverletzten angeregt. Das dortige Arbeitersecretariat fördert nach Kräften die Verwirklichung der Hanauerschen Idee.

Paul Kampffmeyer.

Sociale Communalpolitik

Wie wir bereits in einer früheren Rundschau berichteten, hat die Stadt Frankfurt a. M. die Neuregelung des *Submissionswesens* unternommen und jetzt zum Abschluss gebracht. Lange genug hat die Sache gedauert. Denn bereits vom 9. December 1898 datirt ein dahin gehender Antrag des Magistrates. Fast 5 Jahre sind also darüber hingegangen, bis nach endlosen Beratungen und Verhandlungen das Werk vollendet wurde. Indes, der Spruch *Was lange währt, wird gut* kann mit dem besten Willen nicht auf diese Vorlage angewendet werden. In

socialpolitischer Hinsicht, insbesondere soweit es sich um die Interessen der Arbeiterschaft handelt, sind nur sehr geringe Fortschritte gemacht und recht anfechtbare Beschlüsse gefasst worden. Das ist nicht zu verwundern, wenn man den Standpunct ins Auge fasst, von dem aus die Regelung des *Submissionswesens* in Angriff genommen worden ist. „Die socialen Gegensätze, die gerade in unserm gewerblichen Leben so stark zu Tage treten, suchen die Arbeitsbedingungen eines so einflussreichen Vergebers von Arbeiten, wie es eine Grossstadt ist, zu einem Kampfmittel zu gestalten, mit dem man den socialen Gegner treffen will . . . dem gegenüber muss auf das entschiedenste betont werden, dass dieses nicht die Aufgabe der Stadt sein kann . . . sie kann ihre Arbeitsbedingungen nicht in den Dienst einer politischen Richtung, welche es auch sein mag, stellen; sie muss die hier in Betracht kommenden Vorschriften so regeln, dass sie selbst, das heisst die Allgemeinheit, die Bürgerschaft, am besten dabei zurechtkommt.“ In diesen Worten wird also die Neutralität der Gemeinde proclamiert, was, aus den Worten in die Praxis übertragen, die Begünstigung des Unternehmertums bedeutet. In der That tritt diese Begünstigung überall in den neuen *Submissionsbedingungen* hervor. An einigen von ihnen sei dies kurz nachgewiesen. Die Vorschrift, Arbeiten, die sich zu jeder Jahreszeit ausführen lassen, tunlichst so früh auszuschreiben, dass ihre Erledigung in die stille Zeit fällt, kommt den Wünschen der Unternehmer mindestens in ebenso hohem Grade entgegen, wie denen der Arbeiter. Der Sonderausschuss für die Beratung der *Submissionsbedingungen* konnte sich ferner nicht dazu aufschwingen, die Bevorzugung derjenigen Unternehmer, die die Arbeit an Orte und in eigener Werkstatt ausführen lassen, auch auf die Vergütung von Arbeiten über 1000 M. auszudehnen. Die Stadtverordnetenversammlung stellte sich auf den gleichen Standpunct, obschon von socialdemokratischer Seite ein dahin gehender Antrag eingebracht und mit der Notwendigkeit begründet wurde, das Schwitzsystem, das bei der Anfertigung der städtischen Uniformen etc. herrscht, energisch zu bekämpfen. Was zum Beispiel in England von den staatlichen und communalen Behörden gerade bei der Lieferung von Kleidungsstücken, Stiefeln, Schuhen, Hüten etc. allgemein durchgeführt ist, die Forderung der Fabrikation in den eigenen Werkstätten der betreffenden Unternehmer — dafür ist nach den Worten eines Stadtverordneten in Frankfurt die Zeit noch nicht gekommen!

Noch stärker tritt die Unternehmerfreundlichkeit in der Fassung der Lohnclausel hervor. Nach § 9 der allgemeinen Bestimmungen werden von der Berücksichtigung Angebote solcher Unternehmer ausgeschlossen, die Löhne zahlen oder Arbeitsbedingungen stellen, die hinter den in ihrem Gewerbe üblichen Löhnen beziehungsweise Arbeitsbedingungen zurückbleiben. Nach dem Berichte des Sonderausschusses für das Verdingungswesen soll diese Formulierung den berechtigten Forderungen der Unternehmer wie der Arbeiter in gleicher Weise entgegen kommen, und ein wirksames Mittel gegen Lohndruck und ungehörige Arbeitsbedingungen sein. Der Berichterstatter des Ausschusses pries seine Fassung gehörig an. Sie gehe noch weiter, als die sogenannte *Lohnclausel*, da sie auch in den Gewerben, in denen keine Lohnsätze vereinbart sind, eine Handhabe gegen den Lohndruck biete und dieselbe da ersetze, wo Tarifvereinbarungen beständen. Der Berichterstatter war in seiner beschränkten Kenntnis des Institutes der Lohnclausel von der Auffassung ausgegangen, dass sich dieselbe mit der Anerkennung von Tarifvereinbarungen in städtischen Submissionsverträgen decke. Wer zum Beispiel die englischen Verhältnisse etwas kennt, der weiss, dass in den meisten Fällen in England der Lohnclausel die von den Gewerkschaften aufgestellten Arbeitsbedingungen zu Grunde liegen. Eine grosse Anzahl englischer Städte beschränkt sich auf die einfache Bestimmung, dass von den Unternehmern Gewerkschaftslöhne zu zahlen und Gewerkschaftsarbeitszeiten einzuhalten sind. Ob die Gewerkschaftslöhne von den Unternehmerverbänden anerkannt sind oder nicht, gilt als erst in zweiter Linie bedeutsam, wichtig ist nur, dass die von den Gewerkschaften aufgestellten Arbeitsbedingungen auch in Wirklichkeit durchgesetzt werden und nicht nur auf dem Papiere stehen. Und ganz mit Recht. Denn die Lohnclausel in den städtischen Submissionsverträgen hat sich ja gerade aus den gewerkschaftlichen Bestrebungen, Minimallohne und Maximalarbeitszeiten festzusetzen, entwickelt und soll daher auch diese Bestrebungen unterstützen und fördern. Sie soll sich also gerade in dem Kampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum auf die Seite der schwächeren Classe stellen. Gegen die Lohnclausel in ihrer gewerkschaftlichen Fassung wurden von dem Berichterstatter Einwendungen erhoben, wie sie eben nur ein Jurist zu machen weiss, der seine juristischen Formeln überall in gleicher

Weise anwendet, sie für das Wesen der Dinge hält. Er stiess sich zunächst daran, dass die in Betracht kommenden Lohnvereinbarungen nicht von gesetzlich festgestellten Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeiter, sondern von freien Verbänden abgeschlossen werden. Als ob die Wirksamkeit der Lohnvereinbarungen irgendwie deshalb geringer wäre, weil den Verbänden die officielle Weihe fehlt! Er spintisierte dann sich eine Casuistik zusammen, die für den Leser ganz amüsant, für das Problem aber durchaus überflüssig und wertlos ist. Es könne in einem Gewerbe gar keine Organisationen geben, es könne dagegen auch zwei oder mehr Verbände geben, man könne sich auch den Fall denken, dass nur wenige Arbeiter beziehungsweise Unternehmer sich verbunden hätten und dass die von diesen geschlossenen Lohnvereinbarungen keine allgemeine Anerkennung fänden und was der Speculationen noch mehr waren. Zum Schluss hiess es dann in seinen Ausführungen: »Ein juristisch zu formulierendes Merkmal, an dem die Verbände als berechnigte Vertreter ihrer allgemeinen Gewerbeinteressen, ihre Lohnvereinbarungen als allgemeingiltige zu erkennen sind, eine juristisch fest bestimmbare Grenze zwischen, wenn auch nicht der Form so doch der Sache nach, legitimierten und nichtlegitimierten Vertretungen existiert so lange nicht, als es nicht officiell das heisst gesetzlich fixierte Unternehmer- und Arbeitervereine gibt. Bis zu diesem Zeitpunkt kann daher keine Lohnclausel in die städtischen Submissions- und Arbeitsbedingungen aufgenommen werden.« Nur schade, dass sich die Praxis um die juristischen Deductionen nicht gekümmert, und Lohnclauseln in die städtischen Submissionsbedingungen eingeführt hat, trotz des juristischen Nachweises, dass so etwas gar nicht möglich ist. Die Formulierung des Frankfurter Sonderausschusses ist nicht deshalb so vage ausgefallen, weil sie nach dem Wesen der Sache nicht anders hätte getroffen werden können, sondern weil man durch die Lohnclausel den Unternehmern nicht wehe tun wollte. Nach ihr können die im Gewerbe üblichen Löhne beziehungsweise Arbeitsbedingungen so schlecht sein, wie möglich — was geht das die Stadtverwaltung an? Sie fühlt nicht den Beruf in sich, auf ihre Verbesserung mit hinzuarbeiten. Es leben die im Gewerbe üblichen Löhne, seien es auch die Hungerlöhne, die die Schwitzindustrie ihren ausgebeuteten Lohnslaven hinwirft! Der bescheidene Verbesserungsantrag des socialdemokratischen

Vertreter, der einmal die Beobachtung der Tarifverträge ausdrücklich den Unternehmern zur Verpflichtung machen und bei Streitigkeiten über die Höhe der branchenüblichen Löhne den Ausschuss des Gewerbegerichtes zur Begutachtung heranziehen wollte, fand keine Gnade vor den Augen der Majorität.

Ebenso ging es auch seinen Abänderungsanträgen bei der Strikeclausel. Die vorgeschlagene Fassung gibt den Unternehmern freilich nicht alles, was die Fassung des *Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe* verlangt, aber doch sehr viel davon. Der Bericht erkennt an, dass viele Strikes und Sperren den Charakter der höheren Gewalt haben, da der einzelne Arbeitgeber bei Lohnkämpfen den Befehlen seiner Organisation bei Meidung schwerer Nachteile gehorchen müsse. Das mag für den einzelnen Arbeitgeber sehr unangenehm sein, es geht ihm aber darin, wie den meisten anderen Menschen auch — er kann nicht die Vorteile der Organisation ohne deren Nachteile haben. Wie aber daraus nun folgen soll, dass in gewissen Fällen die Strikeclausel zu gunsten der Unternehmer in Anwendung zu bringen sei, das sieht allein der unternehmerfreundliche Vorstand des Sonderausschusses ein. Darüber, ob ein Strike oder eine Sperre die Hinausschiebung der Vertragserfüllung bewirke, hat das Schiedsgericht zu entscheiden, dessen Zusammensetzung in den meisten Fällen eine unternehmerfreundliche Entscheidung garantiert. Dieses Schiedsgericht besteht aus je einem von der Verwaltung und dem Unternehmer ernannten Mitglieder und dem von diesen beiden ernannten Obmann. Von der Beziehung eines Vertreters der an dem Strike oder der Aussperrung beteiligten Arbeiter ist keine Rede. Der socialdemokratische Antrag, Arbeiter in das Schiedsgericht zu wählen und diese zuzuziehen, wenn Lohnstreitigkeiten in Betracht kommen, wurde abgelehnt.

Am schärfsten trat der capitalistische Charakter der Stadtverordnetenversammlung bei der Verhandlung über die Frage der Beteiligung von Stadtverordneten an städtischen Submissionen hervor. Schon seit Jahren bildete dieselbe den Gegenstand des Streites, der sich besonders zu Wahlzeiten verschärfte. Trotzdem ging der Sonderausschuss um diesen Punct herum, wie die Katze um den heißen Brei. Es bedurfte der Anträge aus der Versammlung heraus, um die Frage zur Verhandlung zu bringen, und selbst dann wurde sie nicht in wenigen Minuten erörtert und erledigt. Stundenlange Beratungen, Rückverweisung

des Paragraphen in die Commission, Commissionsberatungen unter Zuziehung der verschiedenen Antragsteller, dann wieder lange Verhandlungen im Plenum und namentliche Abstimmung waren notwendig, ehe es trotz der angeblichen Meinungseinigkeit der Mehrheit gelang, eine Fassung zu finden, die das Anstandsbedürfnis befriedigte, und doch den Mitgliedern die Beteiligte an den Submissionen möglichst wenig beschränkte. Sie lautet: »Stadtverordnete, Magistratsmitglieder und Amtsdeputierte, letztere für ihren Amtsbereich, sind von Arbeiten und Lieferungen für die Stadtgemeinde ausgeschlossen. Ausnahmen kann der Magistrat zulassen, wenn er es im Interesse der Stadt für geboten erachtet.« Damit ist die ganze Angelegenheit im wesentlichen beim alten geblieben. Ob der Magistrat in Zukunft widerstandsfähiger gegen submissionslüsterne Stadtverordnete sein wird, als bisher, ist mehr als fraglich.

Die absolute Notwendigkeit, für die hygienischen Einrichtungen der Gemeinden Gebührenfreiheit entweder allgemein oder doch wenigstens für die nichtbesitzenden Classen einzuführen, beweisen wieder einmal die Erfahrungen, die die Schweidnitzer Stadtverwaltung mit ihrer Desinfectionsanstalt gemacht hat. In Schweidnitz muss bei ansteckenden Krankheiten die Desinfection der Wohnungen durch die von der Stadt dazu bestellten Organe erfolgen, die sich die Kosten der Desinfection von den Familien ersetzen liess. Nun kamen aber die meisten Infectionskrankheiten und daher auch die meisten Desinfectionen in den schlechten Wohnungen der unbemittelten Bevölkerung, vor allem der Arbeiterclassen vor. Ihre Einkommensverhältnisse sind aber insbesondere nach Krankheiten so miserable, dass sie die Desinfectionskosten, circa 17,50 M. per Wohnung, überhaupt nicht bezahlen können. Der ganze Eintreibungsapparat wurde meist vergeblich in Bewegung gesetzt und die ganze Action gewöhnlich mit der Niederschlagung der Kosten beendet. Da aber diese Bevölkerungsklassen es auch nicht liebten, sich mit Mahnzetteln und Pfandungsbeamten herumzuschlagen, so zogen sie es vor, die Infectionskrankheiten möglichst vor den Aerzten zu verheimlichen. Damit war denn allerdings der Zweck der Desinfectionsanstalt aufs glanzendste erfüllt. Es blieb nichts anderes übrig, als die Desinfectionskosten bei Personen mit einem Einkommen bis zu 100 oder 200 M. jährlich zu erlassen.

Vor etwa einem Jahre hatte der Rat der Stadt Dresden den Stadtverordneten eine **Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter** vorgelegt, die einige Verbesserungen ihrer Verhältnisse durch die Gewährung von Urlaub, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung brachte. In dem Entwurf war ferner eine Bestimmung enthalten, die den ständigen Arbeitern die Mitgliedschaft in Wirtschaftsgenossenschaften verbot. Die Stadtverordnetenversammlung erhöhte die vom Rate festgesetzten Alterszulagen, brachte noch einige andere kleine Verbesserungen an, und stimmte im übrigen der Ratsvorlage und insbesondere auch dem genannten Verbote zu. Wir haben bereits in einer früheren Rundschau an diesem Beschlusse Kritik geübt und führen hier nur seine Geschichte zu Ende. Das nur in Sachsen mögliche Consumvereinsverbot wurde in dem grössten Teile der Presse aufs schärfste verurteilt. Die Bemerkungen, mit denen man die Dresdener Stadtverwaltung belegte, waren selbst in so vorsichtigen Blättern, wie die *Sociale Praxis*, alles andere, nur nicht schmeichelhaft. Sie schienen nicht ohne Eindruck auf den Rat geblieben zu sein. Bei der Beratung über die Abänderungsvorschläge der Stadtverordneten, strich er, allerdings nur mit schwacher Mehrheit, das Consumvereinsverbot. Nun trat die Stadtverordnetenversammlung in die Bresche, und nahm das gestrichene Verbot wieder auf. Die Vorkämpfer der Mittelstandspolitik und die Consumvereinstöter sahen in dem Verbot für die städtischen Arbeiter nur den Anfang weiterer Massregeln gegen die Genossenschaften. Der Kampf gegen diese und die Warenhäuser müsse ganz allgemein aufgenommen werden. Man erwartete, dass der Rat nunmehr auch seinen Beamten die Mitgliedschaft an Consumvereinen untersagen werde. Das Consumvereinsverbot sei ein kleiner Anfang zum Bessern für den Handwerkerstand und eine moralische Unterstützung des selben. Der wahre Socialpolitiker hätte namentlich für den Mittelstand zu sorgen, der die Stütze der Gesellschaft sei. Als ein Gegner des Verbotes erklärte, dass die Arbeiter bis an das Oberverwaltungsgericht gehen würden, um ihre bürgerlichen Rechte zu verteidigen, schlossen die Herren Mittelstandsretter gleich eine scharfe Kritik des Oberverwaltungsgerichtes an, das ihren Zorn durch sein Urteil in der Frage der Bürgerrechtserwerbung erregt hatte. Gegen 7 Stimmen wurde das Consumvereinsverbot angenommen, und der Rat trat löblich seinem früheren Antrage bei, den er gegen den Ansturm der Oeffentlichkeit — wie man jetzt sieht, nur für

kurze Zeit — kläglich im Stich gelassen hatte.

*

Kurze Chronik. Auf Antrag des Magistrats genehmigte die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung die Schaffung von 3 Schularztstellen für die Mittelschulen, während fast zu gleicher Zeit dieselbe Körperschaft in Hanau einen socialdemokratischen Antrag auf Anstellung von Schulärzten wegen der Kosten und weil die Sache noch nicht reif sei (!) ablehnte. — Die Versorgung der Stadt Magdeburg mit Grundwasser, statt wie bisher mit filtriertem Elbwasser, ist principiell beschlossen; die Stadtverordneten bewilligten 500000 M. zur Anlage eines Versuchsbrunnens. — Der bayrische Städte- tag zu Regensburg sprach sich für die Reform des staatlichen und communalen Besteuerungswesens aus und ersuchte Regierung und Landtag, für die Wiederbeseitigung des § 13 des Zolltarifgesetzes (Aufhebung der städtischen Octrois) einzutreten. — Die Stadt Cöln hat beschlossen, nach dem Beispiele Stuttgarts Arbeitslosenzählungen vorzunehmen. — Die Saarbrückener Stadtverordnetenversammlung beschloss einstimmig, die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte vom 1. April 1904 ab einzuführen. — Die in München für die Frage der Arbeitslosenversicherung eingesetzte Subcommission hat ein Statut ausgearbeitet, das demnächst die sociale Commission der gemeindlichen Collegien beschäftigen wird. — Der Augsburger Stadtmagistrat hat beschlossen, den Kindern der Hilfsschule in der Vormittagspause warme Milch zu verabfolgen, im Princip gegen Bezahlung, an arme Kinder auf Kosten der Stadtcasse; die Unterstützung soll nicht als Armenunterstützung gelten. — Den städtischen Arbeitern will die Stadt Nürnberg jährlich eine 3tägige Erholungszeit gewähren, wenn sie länger als 5 Jahre im Dienste der Stadt gewesen sind. — Der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat die Einrichtung von Arbeiterausschüssen für die städtischen Betriebsverwaltungen genehmigt.

Hugo Lindemann.

Socialistische Bewegung

Sofort nach Beendigung des Dresdener Parteitags haben die Parteigenossen Deutschlands in einer ganzen Anzahl von Bundesstaaten entweder in die Bewegung zur Vorbereitung von **Landtagswahlen** oder auch in eine **Wahlrechtsbewegung** eintreten müssen. In diesen Wahlkämpfen haben selbstverständlich die Gegner die unlieb-samen Debatten von Dresden weidlich ausgenutzt, und insofern bildeten diese Wahlen

schwere Belastungsproben für die Partei. Doch hat sie diese im allgemeinen gut bestanden. Es hat sich gezeigt, dass zwar die auf und nach dem Parteitag zum Austrag gebrachten persönlichen Streitigkeiten nicht ohne Rückwirkung geblieben sind, dass aber andererseits die Kerntuppen der Partei doch ihre volle Schuldigkeit in der Wahlbewegung getan haben. In Preussen haben uns die Wahlen, wie vorausszusehen war, zwar keinen directen Erfolg gebracht, aber die grosse Zahl der gewählten socialdemokratischen Wahlmänner zeigt, dass selbst bei öffentlicher Stimmabgabe ein grosser Teil der Bevölkerung sich zur Socialdemokratie bekennt. In Baden hat unsere Partei einen Sitz in Pforzheim Stadt verloren, dafür den Kreis Karlsruhe Land neugewonnen, so dass auch im nächsten Landtag wieder 6 Socialdemokraten vertreten sein werden. Für den Verlust in Pforzheim sind wohl unter anderm auch Localstreitigkeiten mit verantwortlich zu machen. Die sächsischen Landtagswahlen, die bekanntlich unter einem im Jahre 1896 angenommenen ganz reactionären Wahlgesetz vollzogen werden, haben in der Zusammensetzung des Landtags keinerlei Veränderung gebracht. Wohl hatten in Zwickau Land die socialdemokratischen Wahlmänner die Mehrheit erlangt; da aber einer der Gewählten noch nicht 6 Monate im Kreise wohnte, so wurden sämtliche Stimmen für ungültig erklärt und an die Stelle der Socialdemokraten rückten nun ohne weiteres die Conservativen. Bei den Wahlen zum Landtag im Grossherzogtum Sachsen-Weimar behaupteten die Socialdemokraten ihren alten Besitzstand in Apolda und Ilmenau; in den übrigen Kreisen hatten sie einen bemerkenswerten Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Bayern steht, wie übrigens auch in Sachsen, ein neues Wahlrecht in Aussicht. Es liegt dort bereits ein Entwurf der Regierung dem Landtag vor. Die Stellung unserer bayrischen Genossen zu diesem Entwurf ist in einer Resolution, welche in zahlreichen Versammlungen zur Annahme gelangte, gekennzeichnet; diese fordert »die Regierung und die Parteien auf, dem Volke endlich sein volles Wahlrecht zu sichern und er sucht namentlich die socialdemokratische Fraction, die principiellen Forderungen des Regensburger Programms mit aller Schärfe zu vertreten«.

Bei den letzten Gemeindewahlen in Görlitz siegten zum erstenmal zwei unserer Genossen; drei kamen ausserdem in die Stichwahl. Bei den Ergänzungswahlen in

Schöneberg unterlagen die Socialdemokraten in einem Bezirk, eroberten aber dafür einen andern, sodass das Stärkeverhältnis in der Stadtverordnetenversammlung dasselbe bleibt. Einen glänzenden Sieg errangen die Parteigenossen in Bielefeld: dort wurden die vier socialdemokratischen Candidaten mit einer Mehrheit von 370 Stimmen gewählt. In Hörscheid wurde ein Socialdemokrat in der 3. und zwei in der 2. Abteilung gewählt. Auch in Witzhelden bei Solingen wurden zwei Genossen gewählt. Bei den Bürgerausschusswahlen in Altlußheim bei Mannheim gelangte die 3. Wählerklasse vollständig in die Hände der Socialdemokratie. Socialdemokratische Gemeindevertreter zählt das Herzogtum Anhalt zur Zeit 40 (gegen 12 im Jahre 1901).

In Italien hat die Socialdemokratie gegen den beabsichtigten Besuch des Czaren in Rom mit grosser Energie protestiert. Wird es auch offiziell abgeleugnet, so dürften der Absage des Czaren schliesslich doch keinerlei andere Motive zu Grunde liegen, als die besagte Protestbewegung. In dem Protest selbst waren sich beide Richtungen in der italienischen Socialdemokratie einig; nur über die Art desselben gingen sie auseinander. Während Ferri und seine Anhänger den Czaren mit Pfeifen empfangen wissen wollten, erklärte sich Turati nur für die Veröffentlichung eines Manifestes. Die Frage der Demonstration wurde von dem italienischen Vertreter auch dem internationalen socialistischen Comité unterbreitet, mit dem Wunsche, von diesem eine zustimmende Erklärung zu erhalten. Das Comité lehnte dies indes ab und überliess es den italienischen Genossen, nach ihrem Gutdünken zu handeln. Genosse Bebel, um seine Meinung über die geplante Demonstration gegen den Czaren befragt, antwortete in folgendem Briefe (aus dem Italienischen zurückübersetzt):

»30. September 1903.

Werter College!

Eigentlich wollte ich auf Ihre Frage überhaupt nicht antworten, und zwar aus dem Grunde, weil ich mich nicht in den Streit der italienischen Genossen einmischen will. Wenn Sie jedoch gefragt hätten, was die deutschen Socialisten im Falle eines Besuches des Czaren in Berlin täten, so hätte ich Ihnen erwidert: Nichts! Sie liessen den Czaren tun, was er will, und würden von seiner Gegenwart gar keine Notiz nehmen. Mit herzlichen Grüssen

A. Bebel

Von sonstigen bedeutenden Socialisten des Auslandes hat noch Jaurès Stellung zu dieser Frage genommen. Er hat sich in einem in der *Petite République* veröffentlichten Artikel mit dem Manifest der italienischen Socialisten einverstanden erklärt, jedoch gegen die geplanten Strassenkundgebungen ausgesprochen.

Zur Zeit ist das Verhältnis zwischen den *zwei Tendenzen* innerhalb der italienischen Partei ein sehr gespanntes. Dies trat namentlich während der letzten Sitzung der italienischen Parteileitung, die am 2., 5. und 6. November in Rom stattfand, lebhaft in die Erscheinung. In derselben wurde über den Zeitpunkt des nächsten Congresses beraten. Der *radicale* Flügel unter Ferri wünschte die Einberufung des Congresses für den Monat März 1904. Turati brachte eine Resolution ein, in welcher alle die inneren Zwistigkeiten und die tiefe Depression des Parteilebens anerkannt werden und ihre Bekämpfung als Hauptaufgabe des nächsten Parteitags erachtet wird. Die Zusammenberufung des Congresses wird von dieser Gruppe jedoch für den Monat September beantragt. Bei der Abstimmung kam es zur Stimmgleichheit, und so bleibt es bei dem regulären Zeitpunkte September 1904. Die nächste Frage war die der Zutrittsbedingungen zum Parteitag. Hier beantragen die *Radicalen*, dass diejenigen Parteisectionen getrennt haben oder im Gegensatz zu diesen gegründet seien, zu dem Parteicongress nicht zugelassen werden sollen. Dieser Antrag richtet sich vor allem gegen die Mailänder Secessionisten. Im Parteivorstand haben aber die *Revisionisten* die Mehrheit, und so wurde der Antrag Turatis angenommen, dass zu dem Parteitag »alle Gruppen, die das Parteiprogramm annehmen, Zutritt haben«. Von der anderen Seite wurde eingewendet, dass dies dem Organisationsstatut widerspreche, und es wurde verlangt, dass die Partei durch ein Referendum hierüber befragt werde. Auch dies wurde abgelehnt; es wird aber schliesslich doch noch zu einem solchen kommen, da eine genügende Anzahl von Sectionen dies fordern wird. Im übrigen wurden Bissolati, Bertesi und Soldi mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Vertretung auf den Parteitag beauftragt. Der jetzt geltende Modus bringt es mit sich, dass der Parteitag unter der zu grossen Anzahl von Delegierten leidet.

Wie gross die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei sind, ist ersichtlich aus

einer Resolution, die kürzlich von dem socialdemokratischen Verein in Mantua angenommen wurde. In dieser wird die Spaltung der Partei empfohlen. Für dieses Verlangen werden in der Resolution folgende Gründe aufgeführt: Die in der Partei vorhandenen sogenannten *zwei Tendenzen* führen zu Zerwürfnissen und Uneinigkeiten, durch welche jede energische Organisations- und Agitationsarbeit unterbunden werde. Es seien in der Partei in der Tat zwei Fractionen vorhanden, die sich principiell gegenüber stehen; der eine Flügel, der der *Reformisten*, entferne sich immer mehr von der socialistischen Action, um einestheils der republicanischen Partei zu folgen, andernteils sich den anarchistischen Methoden anzupassen.

In der oben erwähnten Sitzung erstattete der Parteisecretaire auch den Rechenschaftsbericht. Danach bestehen zur Zeit 2211 Sectionen mit 39363 Mitgliedern. Die Einnahme an Mitgliedsbeiträgen belief sich vom 1. August 1902 bis zum 31. October 1903 auf 28560 L., die Ausgaben auf 23589 L.

Der derzeitige Ministerpräsident Giolitti hatte sich, als er beauftragt war, ein Cabinet zu bilden, auch an Turati und Bissolati gewendet. Diese lehnten jedoch den Eintritt in das Ministerium ab. Turati hat nun in der *Critica Sociale* einen Artikel veröffentlicht, der sich mit den Ursachen beschäftigt, aus denen Giolitti von der Bildung eines radicalen Cabinets absehen musste. Turati vertritt die Meinung, dass Giolitti sich nicht an Tittoni und Rosano gewendet haben würde, wenn es ihm gelungen wäre, eine Regierung aus den Parteien der Linken zu stande zu bringen. Die Schuld daran habe in der Schwäche und inneren Zerrissenheit der Parteien der äussersten Linken gelegen. Für die äusserste Linke sei die Stunde gekommen, wo sie die Verantwortung, welche die Geschichte ihr zuweise, übernehmen müsse. Dass sie es nicht könne, liege nur an dem unglückseligen Zwist der sogenannten *zwei Tendenzen*. Turati schildert sodann die Zerrissenheit in der Partei, die sich vollkommen erschöpfe in dem Streit um diese *Tendenzen*. In den Sectionen werde nur darum gestritten, ob man Partei nehmen müsse für Ferri oder für Turati; die geschlossene kraftvolle Einheit der Partei ginge dadurch verloren, die Arbeiterbewegung werde dadurch geschwächt. Deshalb habe es ihr an der Macht gefehlt, im entscheidenden Moment Giolitti zur Einhaltung des richtigen Curses zu zwingen.

In England nehmen die Socialisten einen lebhaften Anteil an dem Kampf um die Zollpläne des Exministers Chamberlain. Der Vorstand der *Social Democratic Federation* hat kürzlich eine Resolution angenommen, in welcher die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen England zu leiden hat, anerkannt, aber auf die capitalistische Produktionsweise zurückgeführt werden. Die Resolution spricht sich gegen alle Versuche aus, die gegenwärtig von den Schutzzöllnern gemacht werden, die Zollpolitik zu ändern. Genosse Hyndman hat kürzlich auf Einladung der schottischen Socialisten und Arbeiter eine Agitationstour nach Schottland und Nordengland unternommen, um die zollpolitische Frage vom socialistischen Standpunkt aus zu behandeln. Die Versammlungen waren stark besucht. In einem Vortrage, den Hyndman am 25. October vor Pariser socialistischen Studenten hielt, sprach er seine grosse Befriedigung über diese Reise aus. Noch nie habe er unter den englischen Arbeitern so grosse Begeisterung für den socialistischen Gedanken bemerkt.

Aus Ostgalizien ist als bemerkenswert zu melden, dass bei den Krankencassenwahlen in Stanislaw, Kolomea und Brody die socialdemokratische Liste siegte. In Stanislaw nahm der Kampf ausserordentlich heftige Formen an; hier galt es, die Casse einer jüdisch-klerikalen Corruptionsclique aus den Händen zu reissen, die von den christlichen Klerikalen unterstützt wurde. Es kam zu riesigen Menschenansammlungen auf der Strasse. Genosse Zakrzewski wurde verhaftet; die Menge zog vor das Gerichtsgebäude und forderte laut seine Freilassung. Als diese nicht erfolgte, bewarf das Volk das Gerichtsgebäude mit Steinen, so dass buchstäblich keine Scheibe ganz blieb. Die Gendarmen gaben Feuer; zwei Gymnasiasten und ein Arbeiter wurden tödlich verwundet. Zwei der Opfer, der Gymnasiast Gottfried und der 17 jährige Arbeiter Josef Brückner, sind an ihren Wunden gestorben. Den Tod Brückners gaben unsere Genossen durch Maueranschlag, sowie durch Aushängen einer Trauerfahne vor dem Local des Arbeitervereins bekannt. Brückners Grab auf dem Judenfriedhof schmückte ein Kranz mit roten Schleifen, von den Genossen gespendet. Am Grabe sprachen die Genossen Wilczynski (Pole), Dr. Seinfeld und Schragar. Mehrere hundert Menschen hatten sich eingefunden.

Von neuer **Parteiliteratur** ist zu nennen eine Broschüre *Die Wahlrechtsbewegung in*

Sachsen von Richard Illge. Der Verfasser schildert die schmachvolle Wahlentrechtung, die im Jahre 1896 unter Führung des Herrn Dr. Mehnert verübt wurde, und fordert das sächsische Volk auf, den Kampf für sein Wahlrecht auf der ganzen Linie aufzunehmen.

Seit Mitte August sind von der *P. P. S.* im russischen Staatsgebiet folgende Schriften herausgegeben worden (die mit * bezeichneten sind in inländischen Geheindruckereien hergestellt): a) in polnischer Sprache die laufenden Hefte der Zeitschriften *Przedswit* (Krakau), *Swiatlo* (London), *Robotnik*, *Walka* (für die polnischen Genossen in Litauen) und *Kuryerek zagraniczny i zakordonowy* (London); die Broschüren *Nieder mit den Socialdemokraten!* (nach W. Bracke), 3. Auflage, *Ethik und Socialismus* von Stefan Karski und *Die zehnjährige Tätigkeit der P. P. S. 1893 bis 1903* von Stefan Karski; an Flugschriften: *ein Flugblatt des Centralarbeitercomités der *P. P. S.* zu Wilna in Sachen der *Volksunterhaltungen im Tiergarten (Zwierzyniec)*, *ein lithographiertes Flugblatt des Arbeitercomités der *P. P. S.* zu Ostrowiec an die dortigen strikenden Fabrikarbeiter, *ein Flugblatt des Centralarbeitercomités der *P. P. S.* in Sachen des Gesetzes über die *Arbeitervertreter* — da vorauszusehen ist, dass jeder halbwegs ehrliche *Arbeitervertreter* binnen kurzem verhaftet würde, wird Wahlenthaltung empfohlen. — *ein Flugblatt des Arbeitercomités der *P. P. S.* zu Wilna in Sachen des Denkmals Katharinas II; b) in jüdischer Sprache: die laufende Nummer der Zeitschrift *Der Arbeiter* (London); eine Broschüre *Ferdinand Lassalle* (von J. Hartmann nach dem Polnischen bearbeitet).

Kurze Chronik. Das internationale socialistische Bureau versendet die Einladung zum nächsten internationalen Congress, der vom 14. bis zum 20. August 1904 in Amsterdam stattfindet. Auf der Tagesordnung steht ausser den Berichten unter anderm: *Allgemeine Regeln der socialistischen Politik; Generalstrike; Gewerkschaftsbewegung und Politik; Trusts und Arbeitslosigkeit; Internationale Schiedsgerichte; Colonialpolitik; Auswanderung und Einwanderung.* — Der Landesausschuss der deutschen und österreich-ungarischen Socialdemokratie der Schweiz will auf die Tagesordnung des internationalen Congresses in Amsterdam den *Punct Internationale Solidarität* gesetzt sehen. Es sei in jüngster Zeit wiederholt vorgekommen, dass an sogenannten *internationalen Con-*

950 *gressen*, die von bürgerlicher Seite veranstaltet worden, auch Vertreter der Socialdemokratie teilgenommen haben. Diese Teilnahme von Socialdemokraten an bürgerlichen Veranstaltungen kann nach der Meinung des Landesausschusses Anlass zu Reibereien und Verlegenheiten für die einzelnen Landesorganisationen geben. Es sei daher eine Besprechung und Regelung dieser Frage durch den internationalen Congress wünschenswert. — Die Zahl der organisierten Parteigenossen im Herzogtum Anhalt beträgt zur Zeit 2410. — Der nieder-rheinische Agitationsbezirk wird sich ein neues Organisationsstatut geben. Nach diesem bildet die Grundlage der Organisation der über den ganzen Reichstagswahlkreis ausgedehnte Centralverein, aus dessen Hauptvorstand ein Kreisvertrauensmann zu wählen ist. Die Delegation zu dem allgemeinen deutschen Parteitage soll in der Weise vorgenommen werden, dass nach vorher eingeholten Vorschlägen die einzelnen Parteigenossenschaften des ganzen Kreises abstimmen. — In diesem Herbst feierten die deutschen Parteigenossen ein Jubelfest, die Erinnerung an das im Jahre 1878 erlassene, von ihnen niedrigerungene Socialistengesetz. In zahlreichen Versammlungen wurde dieses Ereignisses, das für die deutsche Socialdemokratie so bedeutungsvoll geworden, in entsprechender Weise gedacht. Das selbe geschah durch eine grosse Anzahl von Aufsätzen in der Parteipresse, geschrieben von den Veteranen der Partei, die jene Zeit mit durchlebt haben. Die *Vorwärts*-buchhandlung gab ein besonderes Festblatt unter dem Titel *25 Jahre Kampf und Sieg* heraus. — In der schwedischen Stadt Eskilstuna siegte bei der Ergänzungswahl zum Gemeinderat der socialdemokratische Candidat Flodin, trotz des schändlichen Communalwahlgesetzes, das dem reichen Bürger bis zu 100 Wahlstimmen verleiht. — Bei den Londoner Gemeindevahlen gewannen die Progressisten zusammen mit der Arbeiterpartei 174 Sitze und verloren deren nur 22; wie viele hiervon rein socialistische Mandate sind, lässt sich bei den verschwommenen englischen Parteiverhältnissen schwer feststellen. — Bei den spanischen Gemeinderatswahlen wurden neben 4009 Monarchisten, 975 Republikanern, 80 Carlisten 61 Socialisten gewählt. Bisher hatten unsere Genossen in 15 Gemeinden insgesamt nur 45 Vertreter. — Genossin Dr. Estera Golde, Redacteurin der Kattowitzer *Gazeta Robotnicza*, hat nach 1 1/2 Jahren Haft am 12. November das Gefängnis zu Beuthen verlassen; ihre

Gesundheit hat merklich gelitten. — In einer vor dem gesamtösterreichischen Parteitag abgehaltenen Parteiversammlung zu Krakau wurde eine von Dr. Gumpowicz eingebrachte Resolution einmütig angenommen, welche die Partei auffordert zur energischen Bekämpfung des Alkoholismus, sowohl durch Einbringung entsprechender Gesetzesvorlagen, als auch durch Verbreitung der Kenntnis von der Schädlichkeit des Alkohols und durch Förderung von Arbeiterabstinenzvereinen. Der Gesamtparteitag machte diese Resolution zu der seinigen. — Die japanische Regierung hat durch einen Erlass den Verkauf eines socialistischen Liederbuches verboten. Diese Massregel ist im Anschluss an einen grossen Strike in Osaka getroffen und, wie es im Erlass heisst, von Rücksichten auf die *öffentliche Ordnung* dictiert. Das Interessanteste an der Sache ist, dass die verbotene Liedersammlung von einem der vier japanischen Officiere zusammengestellt ist, die auf Staatskosten, um sociale Studien zu machen, Europa bereist hatten; von diesen kehrten drei als Socialdemokraten nach Japan heim.

Hugo Poetasch.

Gewerkschaftsbewegung

Der 21. October wird in der deutschen Arbeiterbewegung immer ein **Gedenktag** bleiben, der Tag, an dem Bismarck die junge Arbeiterorganisation durch sein Ausnahmegesetz zertrümmerte. Kaum drei Jahre waren nach dem Gothaer Einigungscongress, der der Zersplitterung der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein Ziel setzte, dem organisatorischen Ausbau gewidmet, da wurde das Schmachgesetz votiert, das die Partei und die Gewerkschaften der Polizeiwillkür überlieferte. Gegen 25 Gewerkschaftsverbände mit 50000 Mitgliedern und 400000 M. Gesamteinnahme erlagen dem Gesetz, das zwölf Jahre lang die deutsche Arbeiterbewegung für vogelfrei erklärte. Aber der freiheitliche Drang der Arbeiter war mächtiger. Er schuf sich neue Organisationen, und als das Gesetz 1890 an seiner Nichtsnutzigkeit zu Grunde ging, da standen 58 Gewerkschaftsverbände mit 300000 Mitgliedern auf dem Plan, die ihre Existenz in harten Kämpfen mit Polizei und Unternehmern errungen hatten. Jetzt, nach 25 Jahren, sind aus den 50000 Streitern 800000 geworden, und die Summe der Jahreseinnahmen ist auf 12,3 Mill. M. angewachsen. Grosse wirtschaftliche und politische Kämpfe liegen hinter ihnen, Kämpfe um ihr Coalitionsrecht gegen Zucht-hausgesetze und Massenaussperrungen, und eben so grosse Kämpfe stehen ihnen bevor.

Aber niemand zweifelt, heute mehr daran, dass sie die Kämpfe überstehen werden und dass ihnen die Zukunft gehört.

Ein Novum in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bildete die am 12. und 13. October in Berlin abgehaltene **Conferenz der Verbandsvorstände**, deren jährliche Veranstaltung der 4. deutsche Gewerkschaftscongress anregte zur Erledigung der verschiedenen in der gewerkschaftlichen Praxis auftauchenden Fragen. Die Stellung, die diese Konferenz einnimmt zwischen dem Gewerkschaftscongress und dem der *General-commission* zur Seite gestellten Gewerkschaftsausschuss, ist auf dem Congress nicht näher geregelt worden; ihre Grenzen werden sich erst aus der Praxis bestimmen lassen. Zweifellos werden diese Conferenzen aber den künftigen Gewerkschaftscongressen einen ganzen Teil der zahlreichen kleineren Fragen und Differenzen der Organisations- und Streikpraxis abnehmen, die auf ersteren infolge der Verhandlung grosser allgemeiner Fragen zu kurz kamen und deren gründliche Erledigung dort auch aus anderen Gründen erschwert war.

Die diesjährige Konferenz erledigte zu nächst eine Reihe von Fragen der Streikpraxis und trat dann in eine allgemeine Erörterung der Taktik und Erfahrungen bei Strikes und Aussperrungen ein. Schon diese letztere Aussprache dürfte sich als äusserst segensreich erweisen; der Nutzen der Verständigung der verschiedenen in Strikes und Aussperrungen gemeinsam verwickelten Organisationen, wie die Vermeidung von üblen Erfahrungen liegen greifbar vor Augen. Dann wurden einige Fragen der gewerkschaftlichen Mitarbeit an der amtlichen Statistik und des Ausbaus der Gewerkschaftsstatistik erörtert. Es wurde vereinbart, dass die Behörden, welche gewerkschaftliche Materialien wünschen, solche nur durch die *General-commission* erhalten sollen. Die letztere soll darauf hinwirken, dass die amtliche Strikestatistik ihres criminalrechtlich-polizeilichen Charakters entkleidet und danach die gewerkschaftliche Strikestatistik wesentlich vereinfacht wird; dafür soll die letztere künftig auch auf die ohne Arbeitseinstellung erledigten Lohn- und Tariffbewegungen ausgedehnt werden. Weitere Beratungspunkte bildeten die Anerkennung der internationalen Vereinbarungen der Dubliner Conferenz und der Abschluss von Gegenseitigkeitsverträgen mit amerikanischen und australischen Gewerkschaften, die Maifeier und der bevorstehende Heimarbeiterchutzcongress. Bezüg-

lich der Maifeier soll dem nächstjährigen internationalen Arbeitercongress zu Amsterdam Anregung gegeben werden, dafür zu sorgen, dass entweder in allen Ländern die Feier einheitlich durchgeführt oder aber abgeändert respective aufgehoben werde. Der Heimarbeiterchutzcongress soll im Februar 1904 stattfinden; es soll darauf hingewirkt werden, dass die socialdemokratische Reichstagsfraction in der nächsten Session einen Heimarbeiterchutzgesetzentwurf einbringt. — An die Konferenz schlossen sich einige Conferenzen solcher Verbandsvorstände an, zwischen deren Organisationen sogenannte *Grenzstreitigkeiten* entstanden waren.

Beachtung verdient ebenfalls eine zur selben Zeit veranstaltete Conferenz derjenigen Berufe, die auf die Beseitigung des **Kost- und Logiswesens** hinwirken. Dieser Ueberrest patriarchischer Zeit schädigt die Gewerkschaften, indem er die Bewegungsfreiheit der Arbeiter beeinträchtigt und die Regelung der Arbeitszeit und Löhne erschwert. 13 Berufe (Bäcker, Barbieri, Brauer, Fleischer, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Handlungsgehilfen, Conditoren, Krankenpfleger, Müller, Sattler, Schmiede und Schuhmacher) nahmen an dieser Beratung teil. Sie nahmen die Errichtung einer Centralcommission in Aussicht, deren Aufgabe die Sammlung von Aufschlüssen über Umfang und Nachteile des Kost- und Logiswesens, sowie deren Bearbeitung und Verwertung im Sinne der gewerkschaftlichen und socialpolitischen Propaganda und die Vorbereitung einheitlicher Actionen sein soll. Diese Specialbehandlung vorhandener Schäden, wie sie bereits mit der Bauarbeiterschutzbewegung eingeleitet ist, zeigt, dass die Gewerkschaften nunmehr ihre Kräfte praktisch concentrieren, um mit diesen Missständen aufzuräumen.

Als **erster deutscher Arbeitercongress** bezeichnete sich ein am 25. und 26. October in Frankfurt a. M. abgehaltener Congress, der auf Anregung der bürgerlichen Arbeiterschutzreformgruppe Berlepseh und der Macher der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der Herren Weber und Pieper in München-Gladbach, von einem Comité einberufen war, dem ausser christlichen und katholischen Gewerkschaftsleiter auch Vertreter von Eisenbahnerorganisationen und des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes, sowie katholischer Arbeiter- und Gesellenvereine und evangelischer Arbeitervereine angehörten. Der Congress, der der Beratung von Fragen des Coalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, der Rechtsstellung der Berufsvereine,

sowie der Arbeitskammern gewidmet war, sollte die auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden Arbeitervereine umfassen und eine Einheit der treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeiter verkörpern. Nach Lic. Mumm sollte er sogar den Beginn des Entscheidungskampfes zwischen den königstreuen und den antimonarchischen Scharen bedeuten. Wenn das letztere auch officiell bestritten wurde, so war doch der Gegensatz gegen die Socialdemokratie das einzige, was diese bunt zusammengesetzte Gesellschaft gemeinsam berührte. Diesen Gegensatz sollte der Congress in erster Linie zum Ausdruck bringen; in weiterer Hinsicht mögen den Machern dieser Veranstaltung Pläne vorgeschwebt haben, alle diese *nicht-socialdemokratischen* Organisationen unter irgend einer Parole dauernd zu vereinigen, worunter sich Herr von Berlepsch die Förderung der Socialreform unter principieller Ablehnung revolutionärer Ziele, Lic. Mumm allein die Bekämpfung der Socialdemokratie und Herr Pieper die Förderung der christlichen Gewerkschaften vorgestellt haben mag. Auf dem Congress sollten nur Arbeiter durch Arbeiter vertreten sein, was eine Anzahl von Geistlichen (Teudt, Lic. Weber und andere) nicht hinderte, demselben als *Arbeiter* beizuwohnen; auch der im Ruhrbezirk wohlbekannte Redacteur Quandt war dort *Arbeiter*. Auf 620 000 wird die Zahl der vertretenen Arbeiter angegeben; dabei gehören aber notorisch den Arbeiter- und Gesellenvereinen zahlreiche Nichtarbeiter an, und viele der Mitglieder sind in mehreren Vereinen doppelt und dreifach gezählt. Die christlichen Gewerkschaften, diverse Eisenbahn- und Postbeamtenunterstützungsvereine, der *Gulenbergbund* und einige andere Arbeiterberufsvereine werden mit insgesamt 206 000 Mitgliedern aufgezählt, die confessionellen Arbeitervereinsgruppen sollen mit 296 000 Mitgliedern vertreten gewesen sein, und 48 300 Mitglieder werden für den deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und einen Werkbeamtenverein angegeben. Von diesen bisher bekannt gewordenen Stärkeziiffern steht nur so viel fest, dass sie völlig unzuverlässig sind. Nur die christlichen Gewerkschaften und der Trierer Eisenbahnverband führen etwas durch, was man Statistik nennen könnte; wer aber schon die Statistik der christlichen Gewerkschaften näher kennt, der wird den übrigen Angaben noch weniger Glauben beimessen. Diese Schwächen waren den Congressleitern zweifellos bekannt, dass dies sie nicht hindert, im Namen von 620 000 deutschen

Arbeitern an den deutschen Kaiser zu telegraphieren, darüber mögen sich die Verteidiger des monarchischen Ansehens mit ihnen auseinandersetzen.

Der Congress beschloss nach einem Referat über das Coalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung eine Resolution, die die Sicherung und Erweiterung des Coalitionsrechts, die Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich und die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine fordert. Insbesondere soll das Coalitionsrecht der Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe ein unbeschränktes sein, und es soll der § 153 der Gewerbeordnung nicht bloss den Missbrauch, sondern auch die Verhinderung des Coalitionsrechts unter Strafe stellen. Die Resolution hat eine sehr wenig bestimmte Fassung; vom Radicalismus des Referats, das die Beseitigung aller Schranken der Coalitionsfreiheit verlangte, ist in ihr wenig zu finden; nicht einmal das Coalitionsrecht der Landarbeiter, das in der Discussion, veranlasst durch ein Glückwunschtelegramm des *Bundes der Landwirte*, gefordert wurde, ist darin erwähnt, weshalb der Zusatz, der vom Coalitionsrecht der Staats- und Gemeindearbeiter handelt, sehr schlecht in die Resolution hineinpasst. Gleichwohl wurden Resolution und Zusatz angenommen. Dass man eine Erweiterung und Sicherung des Coalitionsrechts nur fordern kann, wenn man selbst das bisherige Recht bis zu seiner Grenze ausgenutzt hat, dessen war sich der Congress, der nur zum geringsten Teil gewerkschaftlich organisierte Arbeiter betraf und dessen Teilnehmer der Mehrzahl nach den Gewerkschaften bisher teils gleichgiltig, teils feindlich gegenüberstanden, offenbar nicht bewusst. Immerhin konnte der gleichzeitig gefasste Beschluss, die gewerkschaftliche Organisation zu fördern, zur Annahme verleiten, als seien alle Teilnehmer ehrlich von der Notwendigkeit starker Gewerkschaften und unbeschränkter Coalitionsfreiheit überzeugt. Da indes besonders von Vertretern confessioneller Arbeitervereine feierlich dagegen Verwahrung eingelegt wurde, dass diese Beschlüsse für ihre Vereine daheim irgend wie verbindlich sein sollten, so charakterisiert sich die ganze Beschlussfassung als eine Komödie, die sich eine Versammlung zweifelhafter Zusammensetzung mit Arbeiterforderungen erlaubte.

Ueber die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wurde noch ein besonderes Referat gehalten und eine Resolution angenommen, welche diese Eigenschaft den

Berufsvereinen ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit verliehen wissen will. Das interessanteste Referat bot Herr Giesberts, interessant weniger wegen des behandelten Gegenstandes (Arbeitskammern mit paritätischer Vertretung), als wegen der Stellung des Referenten zur Socialdemokratie und zum Classenkampfe. Er erkannte rückhaltlos an, dass die Socialdemokraten in der Vertretung der Arbeiterinteressen stets ihre Pflicht getan hätten, hingegen die nicht-socialdemokratischen Arbeiter zu faul und gleichgiltig hierzu seien und sich mehr Classenbewusstsein anschaffen müssten. — Als letzter Punkt war die Frage der Nutz- anwendungen des Congresses zur Beratung gestellt. Der Versuch Behrens', die bunt vertretenen Corporationen zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzufassen, natürlich mit der Aufgabe der Bekämpfung der Socialdemokratie, musste an den inneren Gegensätzen scheitern. Der christliche Bergarbeiterführer Brust wollte die confessionellen Arbeitervereine nicht als gleichwertig anerkennen, sondern verlangte deren Beschränkung auf das religiöse Gebiet und die Suprematie der christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlicher Basis. In einem gemeinsamen Bund hätten die kleinen Gewerkschaften einen verschwindenden Einfluss gehabt. Seine Empfehlung der letzteren rief scharfen Widerspruch hervor; die confessionellen Arbeitervereiner wollten, getreu ihrer ganzen Erziehung, in erster Linie den Kampf gegen die Socialdemokratie — den Erbfeind, wie es hiess! — gerichtet wissen. Giesberts trat diesen Leuten mit ziemlicher Schärfe entgegen. Er erklärte, es sei nicht Sache der Arbeiter, die Gegensätze zu pflegen, sie müssten als Classengenossen zusammenhalten und den Kampf gegen die Socialdemokratie denen überlassen, die dieselbe grossegezogen hätten. Sein impulsiver Appell an das Classengefühl fand stürmischen Beifall. Aber die Debatte wurde heftiger, besonders durch den Gegensatz zwischen christlicher und katholischer Gewerkschaftspropaganda. Mit dem Bund aller nationalen Arbeitervereine war es nichts; man begnügte sich schliesslich, ein Congresscomité einzusetzen, dass für die Einberufung eines nächsten Congresses in 3 Jahren sorgen soll, und eine Deputation zur Ueberbringung der Wünsche des Congresses an den Reichskanzler zu wählen.

Wahrscheinlich wird es zu diesem zweiten Congress niemals kommen, denn die Unmöglichkeit, die einander widerstrebenden Organisationen zu gemeinsamer Action dauernd zusammenzuhalten, trat am Schluss

der Verhandlungen so scharf hervor, dass die Einigkeit für eine Kundgebung auf solchem Boden für immer in die Brüche gegangen ist. Der nächste Congress müsste naturgemäss das Programm seines Vorgängers weiterführen. Die bürgerlichen Parteien, die hinter den vertretenen Organisationen stehen, sind aber Hindernisse für die Durchführung von Forderungen, wie der Congress sie erhob; sie werden durch diese desavouiert und haben nicht Lust, sich auf die Dauer blossstellen zu lassen. Und ein Teil der vertretenen Organisationen denkt schon heute nicht daran, diese Forderungen überhaupt anzuerkennen, und wird einer zweiten Veranstaltung dieser Art fernbleiben. Jedenfalls ist ein grosser Teil der in Frankfurt vertretenen Vereine mit ganz anderen Erwartungen zu diesem Congress gekommen. Allen diesen wird eine Wiederholung des Frankfurter Programms unerwünscht sein, und damit ist das Schicksal der weiteren Congresspläne besiegelt. Der Frankfurter Congress ist der Versuch bürgerlicher Kreise, eine neue Arbeiterbewegung mit *berechtigten* Forderungen und nationalen Tendenzen zu markieren. Der Versuch scheiterte an dem diplomatischen Ungeschick der Arbeiterdelegierten, die, zum erstenmal mit Arbeiterforderungen befasst, socialdemokratische Forderungen erhoben und sich dann vor den Consequenzen derselben entsetzten. Der Congress zeigte indes, dass auch das zahmste Arbeiterprogramm bei rückständigen Elementen nie gekannte Classenempfindungen wachruft. Er dürfte daher der classenbewussten Arbeiterbewegung, weit entfernt, ihr irgendwelchen Abbruch zu tun, eher manche Arbeiterkreise näher gebracht haben. Wenn daher die *Scharfmacher*presse des Unternehmertums, die doch gewiss dankbar für jede Hilfsaction der Socialistenbekämpfung ist, den Congress als bedenklich *socialdemokratisch versucht* erklärt, während die socialistische Presse schon die Hand nach der hier zu erwartenden Ernte ausstreckt, so werden die Regisseure der Frankfurter Arbeiterschar mit dem Verlauf ihres Unternehmens wenig zufrieden sein.

Die Geschäftsleitung der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften*, wie sich die Gruppe localistischer Gewerkschaften seit einigen Jahren nennt, führt jetzt den Classenkampf gegen organisierte Arbeiter, indem sie dieselben der bürgerlichen Justiz in die Hände liefert. Die harten Strafen gegen Organisations- und Strikeagitatoren, die nach Meinung der Gerichte die Organisations- und Arbeitsfreiheit anderer nicht genügend respectierten, dünken dieser Ge-

werkschaftsleitung gerade gut genug, die eigenen Mitglieder in schlecht verhüllter denunciatorischer Absicht gegen Centralverbändler aufzuhetzen, so dass der *Vorwärts* dieses Vorgehen als scandalös und schloffe Denunciation brandmarkte, während die *Arbeitgeberzeitung* anerkannte, dass es kaum ein wirksameres Material für den Schutz der Arbeitswilligen gäbe. Dabei hat die *Einigkeit*, das Organ dieser Localisten, bereits kürzlich eine von einem Parteiblatt abgelehnte denunciatorische Notiz aufgenommen, die der Staatsanwaltschaft Gelegenheit gab, gegen Verbandsmitglieder ein Verfahren einzuleiten. Dieses vom *Bauhilfsarbeiter* berichtete Denunciationsstück kennzeichnet genügend die Ableugnungstaktik, durch welche sich die Führer der Localistengruppe der allgemeinen Verurteilung ihres verräterischen Treibens entziehen möchten.

Auf dem Gebiete der **Lohnkämpfe** wird die Situation nach wie vor durch den Kiesenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau beherrscht, der ein Classenkampf im vollen Sinne des Worts geworden ist. Arbeiter und Arbeiterinnen in elendester Lebenslage und mit ungenügenden Kampfmitteln wehren sich verzweifelt gegen einen übermächtigen Gegner, der im Bunde mit den öffentlichen Gewalten die Leute durch Hunger in ihr altes Joch zurückzwingen will. Die Aermsten trotzen den härtesten Entbehrungen und appellieren an die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse, die, selbst inmitten des wirtschaftlichen Stillstandes darband, dennoch nach Kräften bemüht ist, den Ausgesperrten ausreichende Unterstützungsmittel zur Verfügung zu stellen. So wird der Widerstand von Woche zu Woche verlängert, in der Hoffnung, doch noch zu einem günstigen Abschluss zu gelangen. — In der Berliner Metallindustrie ist der Kampf seitens der Gürtler und Metalldrucker aufgegeben worden. Acht Wochen hat der Kampf gewährt, und stark gerüstet standen die Kämpfenden einander gegenüber. An Mitteln zur Weiterführung des Kampfes hat es auch den Arbeitern keineswegs gefehlt. Aber der Kampf hatte noch Monate lang dauern können, und die Weihnachtssaison der Gürtler und Drucker wäre darüber völlig verstrichen. So wurde der Kampf im rechten Moment abgebrochen, um den Arbeitern noch einen Teil der Saison zu retten. Auch die Fabrikanten sind ob dieses Ausgangs froh. Sie hatten mit längerem Widerstand gerechnet und alle Hoffnungen auf den Rest der Saison drangegeben.

und die Macht der Gegner respectierend, beschlossen die Fabrikanten, den Arbeitern die Aufnahme der Arbeit zu erleichtern. Der Rückzug vollzog sich in derselben musterhaften Ordnung, mit welcher der ganze Kampf seitens der Arbeiter geführt worden war. So wirkt gewerkschaftliche Disciplin. — Mit einem Sieg der Arbeiter hat ein Riesenkampf der Baugewerblichen Arbeiter in Cassel geendet, wo die Arbeitgeber einen 15 wöchigen Lohn- und Arbeitszeitkampf der Tischler durch eine Massenaussperrung zu unterdrücken versuchten. Die Aussperrung umfasste circa 1700 Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Maler, Dachdecker und Steinarbeiter) und währte 13 Wochen. Die Tischler liessen die Arbeitszeitforderung fallen und begnügten sich mit Lohnerhöhungen; auch die übrigen beteiligten Berufe gingen mit erheblichen Lohnaufbesserungen aus dem Kampfe hervor. — In Velten herrscht seit dem 1. October ein Generalstrike aller in der dortigen Töpferindustrie tätigen Arbeiter. Es handelt sich um Lohnerhöhungen entsprechend einem 1889er Tarif. Trotz aller Vermittelungsversuche des dortigen Landrats zeigten die Fabrikanten kein Entgegenkommen. Sie versuchen nunmehr, den Strike durch systematische Aussperrungen der Töpfer in anderen Industriegebieten (Meissen, Pirna, Camenz, Deuben, Lauben etc.) zu unterdrücken. — In Frankreich hat im nördlichen Centrum der Textilindustrie (Armentières und Houplines) ein siegreicher Textilarbeiterstrike stattgefunden, der alle ungestümen Nebenerscheinungen französischer Striketaktik aufwies. Die Arbeiter waren jahrelang durch betrügerische Manipulationen der Fabrikanten übervorteilt und mit ständig tiefer gedrückten Löhnen abgespeist worden; sie verlangten nun Lohnerhöhungen und feste Tarife, worauf die Unternehmer sich nicht einlassen wollten. Die Bewegung umfasste circa 35 000 Arbeiter. Es ist zu Ruhestörungen und militärischen Ausschreitungen gekommen. Nachdem die Regierungsbehörden sich bei den Fabrikanten vergeblich um eine Beilegung des Kampfes bemühten, beschloss die Kammer, dank dem Eingreifen von Jaurès und Genossen, die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungscommission, eine Massnahme, deren Durchführung die Unternehmer zu fürchten allen Grund hatten. Sie haben daher bereits durch Nachgeben den Kampf beendet. — In Moskau haben die Buchdrucker nach längeren fruchtlosen Verhandlungen einen erfolgreichen Strike durchgeführt über den noch zu berichten ist.

Den Tarifverhandlungen der Kupferdrucker und Chemigraphen sind nunmehr auch die Lichtdrucker gefolgt. Die Hamburger Gärtner stehen in Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern über den Abschluss einer Tarifgemeinschaft, die auch die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises unter Arbeiterverwaltung und Mitcontrole der Unternehmer umfassen soll.

Kurze Chronik. Die Einigungsverhandlungen zwischen dem bisher unter christlichsocialer Leitung stehenden *Allgemeinen deutschen Gärtnervereins*, dessen Mitglieder mit 1400 gegen 700 Stimmen den Anschluss an die *Generalcommission der Gewerkschaften* beschlossen haben, und der der letzteren bereits angehörenden *Deutschen Gärtnervereinigung* haben zu dem Ergebnis geführt, dass am 1. Januar 1904 sich beide Verbände zu einer einheitlichen Gärtnerorganisation verschmelzen. Der frühere christlich sociale Leiter des *Allgemeinen deutschen Gärtnervereins* Behrens ist bereits mit dem Plan einer Gegenorganisation aufgetreten, die sich den christlichen Gewerkschaften anschließen soll; er wird kaum 300 Mitglieder für seine Zersplitterung einfangen. Das Gebaren Behrens', der dem Frankfurter *Arbeitercongress* präsiidierte, zeigt aber, dass es diesen *Förderern des Coalitionsrechts und der Gewerkschaftsbewegung* vor allem auf die Schaffung von Gegensätzen innerhalb der Arbeiterbewegung ankommt. — Erfreuliche Einigungsbestrebungen sind auch zwischen dem der *Generalcommission* angehörenden *Verband der Bureauangestellten* (Sitz Berlin) und dem *Verband der in Anwaltsbureaus Angestellten* (Sitz Wiesbaden) zu verzeichnen. — Eine in Leipzig tagende Conferenz der Steinschleifer der lithographischen Branche beschloss, für diese Branche den *Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen* als die für ihre Interessen geeignetste Berufsorganisation anzuerkennen. — Im katholischen Trier errangen bei den Gewerbegerichtswahlen die freien Gewerkschaften einen Sieg, dessen sich die katholischen Gewerkschaften, Arbeiter- und Gesellenvereiner umsoweniger versehen hatten, als es ihnen gelungen war, den socialistischen Organisationen alle Locale zu sperren. Der Einfluss der modernen Gewerkschaftsbewegung dringt also in die dunkelsten Winkel der ultramontanen Klerisei. Die Niederlage in der eigenen Hochburg ist ein böses Omen für die sich bekämpfenden christlichen und katholischen Gewerkschaftsbewegungen im Rheinland. —

— In England hielt die *Free Labour Union* in London ihren Jahrescongress ab; dass derselbe sich für eine Verschärfung der Gesetzgebung gegen die Gewerkschaften angesichts der durch den *Taff Vale*-Entscheid geschaffenen Lage aussprach, kennzeichnet hinreichend diese Gesellschaft als Schrittmacher der Arbeiterfeinde. *Paul Umbreit*

Genossenschaftsbewegung

Am 8. October haben die Dresdener Stadtverordneten das seinerzeit vom Magistrat aus der neuen Arbeitsordnung entfernte **Verbot der Beteiligung der städtischen Arbeiter an Consumvereinen** mit allen gegen 7 Stimmen wieder in die Vorlage aufgenommen, und am 22. October hat nun auch der Stadtrat seine definitive Zustimmung gegeben (vergl. die Rubrik *Sociale Communalpolitik*, pag. 948). So ist also die unerhörte, das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter aufs schwerste beeinträchtigende Verfügung Gesetz geworden.

Die kleinbürgerliche mittelstandsretterische Majorität in der Dresdener Stadtverwaltung hat damit einen Sieg errungen, der aber voraussichtlich doch nicht von langer Dauer sein dürfte. Nicht allein, dass sich die öffentliche Meinung gegen die empörende Ungerechtigkeit wenden muss, die den städtischen Arbeitern verbieten will, ihre Waren da einzukaufen, wo sie sie am besten und billigsten bekommen — dass das tatsächlich der Consumverein ist, hat unvorsichtigerweise einer der Stadtväter in seiner Begründung des Verbots selbst zugegeben —, und sie zwingt, mit ihrem schmalen Einkommen brüchige Mittelstandsexistenzen zu stützen, eine Ungerechtigkeit, die auch durch die ohnehin in den Zeitumständen begründete Lohnzulage von 40 000 M. für sämtliche städtische Arbeiter nicht aufgehoben wird: die ganze Bestimmung ist auch, wie Dr. Reinhold Riehn in Nr. 43 des *Wochenberichts* sehr scharfsinnig darlegt, formalrechtlich durchaus unzulässig. Das Recht der genossenschaftlichen Vereinigung ist ein staatsbürgerliches Recht; es kann also durch keine privatrechtliche Vereinbarung ausgeschlossen werden. Einer solchen Vereinbarung steht in diesem Falle auch noch der § 117 der Gewerbeordnung entgegen, der besagt, dass Verabredungen über die Entnahme der Bedürfnisse der Arbeiter aus gewissen Verkaufsstellen nichtig sein sollen. Es ist gleichgiltig, ob diese Verabredung positiv oder negativ ausgedrückt wird.

Der ganze Passus der Arbeitsordnung ist also, weil ungesetzlich und gegen die

guten Sitten verstossend, ungiltig; die Betroffenen haben nicht nötig, sich an ihn zu scheren. Die beabsichtigte Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht aber muss den städtischen Arbeitern zweifellos die gewünschte Genugtuung verschaffen.

*

Der Geschäftsbericht des **Leipzig-Plagwitzer Consumvereins** für 1902-1903 zeigt, dass die grosse Brandkatastrophe, von der der Verein im Juni dieses Jahres heimgesucht wurde, glücklicherweise ohne üble Folgen, insbesondere für das finanzielle Ergebnis der betreffenden Geschäftsperiode, geblieben ist. Die entstandenen Brandschäden in der Gesamthöhe von 310 282 M. werden vollständig durch die verschiedenen Versicherungsgesellschaften gedeckt werden.

Der Umsatz des Vereins hat diesmal die anscheinliche Höhe von 11 321 067 M. erreicht, gegen 10 393 656 M. im Vorjahre. Davon entfielen 117 483 M. auf die Bäckerei und 226 233 M. auf die Mühle. Entsprechend ist auch der Reingewinn von 1 095 677 M. auf 1 189 077 M. gestiegen. Er wäre noch ein gut Teil höher, wenn die Genossenschaft nicht die horrende Summe von 81 481 M., das ist auf das Mitglied 2,40 M., als Steuern zu zahlen hätte. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 2667 vermehrt; sie betrug am Jahreschlusse 33 826. Es ist bekannt, in wie hohem Grade der Leipzig-Plagwitzer Verein sich die Unterstützung seiner Mitglieder in Notfällen angelegen sein lässt. So hat er in diesem Jahre wiederum 69 793 M. als Abschlagsdividenden gewährt. An arbeitslose Mitglieder wurden im Winter 3769 grosse und 1134 kleine Brode verteilt.

Das Personal der Genossenschaft zählt heute 734 Köpfe, darunter 3 Vorstandsmitglieder, 24 Bureaubeamte, 48 Lagerhalter, 390 Verkäuferinnen und Lagerarbeiterinnen u. s. w. Bei der *Grosseinkaufsgesellschaft* ist der Verein mit 34 000 M. beteiligt. Ausserdem hat er dort Capitalien in der Höhe von 312 464 M. angelegt. Im Berichtsjahre erfolgte auch die Vereinigung mit dem Markranstädter Consumverein, die der Genossenschaft einige Hundert neuer Mitglieder und 2 Verkaufsstellen zuführte.

*

Am 18. und 19. October fand in Genua der 13. **italienische Genossenschaftscongress** statt, an dem circa 500 Delegierte, die 310 Vereine vertraten, sich beteiligten. Wie der *Wochenbericht* in Nr. 43 mitteilt, nahmen die Delegierten zunächst den Bericht des Verbandsecretärs über die mit so grosser Mühe und vielen Unkosten aufgenommene

erste genaue Genossenschaftsstatistik entgegen. Danach gab es in Italien im Jahre 1902 2872 Genossenschaften, von denen 2199 zur Statistik berichtet haben. Diese setzen sich zusammen aus 861 Consum- und 350 Creditvereinen, 646 Productiv-, 256 landwirtschaftlichen, 48 Bau-, 25 Versicherungs- und 13 Unterrichtsgenossenschaften. Insgesamt hatten diese Vereine 567 450 Mitglieder, ein Capital von über 72 Mill. L. und im Jahre 1901 einen Umsatz von mehr als 266 Mill. L. Dem Centralverband sind 780 Genossenschaften mit circa 12 000 Mitgliedern angeschlossen. Der Congress beschäftigte sich sodann mit den Handelskammern, die sich in Italien, wie häufig auch in Deutschland, zu einseitigen Vertretern egoistischer Classeninteressen des Unternehmertums herausgebildet haben. Es wurde die Forderung einer gründlichen Reformierung dieser Institute angenommen.

Sehr interessant gestalteten sich die Verhandlungen über die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft. Dass ein Zusammenwirken für beide Teile von grossem Nutzen sein müsse, wurde allseitig anerkannt; nur hegten einige Redner Befürchtungen, dass eine solche Alliance den Genossenschaften vielleicht Verfolgungen zuziehen könnte. Schliesslich wurde mit grosser Mehrheit eine lange Resolution angenommen, die angesichts der gleichen Ziele ein *volles Einverständnis, gegenseitige Hilfeleistung und Solidarität* erwartet und den Beitritt der Genossenschaften zu den Arbeitskammern (den localen Centralorganisationen der Gewerkschaften) fordert. Ferner verlangt die Resolution, dass die Genossenschaften in ihren Betrieben alle Tarife und Arbeitsbedingungen anerkennen, die die Gewerkschaften festgesetzt haben. Interessant ist ein Passus, der besagt, dass der Gewerkschaftsbewegung gegenüber, die heute noch die normale Organisationsform sei, die Genossenschaft die höhere Form darstelle, die im Rahmen der jetzigen Gesellschaft die ersten Ansätze jener neuen Gesellschaftsordnung schaffe, aus der die volle Befreiung der Arbeiterklasse hervorgehen werde.

Schliesslich nahm der Congress noch Stellung gegen die Gesetzbestimmungen, die es verhindern, dass die einen Wert von über 1 Milliarde darstellenden Liegenschaften der Wohltätigkeitsgesellschaften an die landwirtschaftlichen Genossenschaften verpachtet werden können. Das Reichsarbeitsamt wird ersucht, seine Aufmerksamkeit diesem Problem zuzuwenden.

Sowohl den im November in Wien abgehaltenen **Parteitag der Socialdemokratie in Oesterreich**, als auch die demselben vorausgegangene Frauenconferenz hat sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt. Die Verhandlungen bewiesen, dass das Verständnis für das Wesen und die Bedeutung der Consumgenossenschaftlichen Organisation in den oesterreichischen Parteikreisen in erfreulichem Fortschritte begriffen ist und dass man daselbst den lebhaften Wunsch hegt, die dortige Genossenschaftsbewegung auf die Höhe der deutschen zu heben. Dass man auch gewisse Bedenken, besonders gegen übereilte Gründungen, äusserte und vor den Gefahren der Dividendenjägerei warnte, kann nur von Nutzen sein.

Die von der Frauenconferenz angenommene Resolution betont vor allem die Bedeutung der Consumgenossenschaft für die Heranziehung der noch indifferenten Frauen zum proletarischen Befreiungskampf überhaupt und macht es jeder Parteigenossin zur Pflicht, »sich neben der gewerkschaftlichen und politischen auch dieser Organisationsform anzuschliessen, ihren ganzen Bedarf im Consumverein zu decken und unter ihren Classengenossen eifrig für diesen zu agitieren«. In der Parteitagsresolution werden als die bedeutendsten Leistungen der Consumvereine bezeichnet: Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Beseitigung des Zwischenhandels, Regulierung der localen, später der nationalen Preisbildung der Lebensmittel, Eigenproduction, Bekämpfung der Cartelle und Trusts, materielle Unterstützung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Ferner wird die Verpflichtung der Consumvereine für anständige Arbeitsbedingungen anerkannt.

Die **Steinbrucharbeitergenossenschaft in Nordwales**, von deren Gründung wir im September-Heft (pag. 723) berichteten, hat eine so grosse Unterstützung in Genossenschaftskreisen und auch bei Privatpersonen gefunden, dass sie bereits am 1. August ihren Betrieb eröffnen konnte. Die Zahl der Beschäftigten betrug anfangs 108, Ende September bereits 195. In den ersten 2 Monaten wurde für 25 422 M. Schiefer gebrochen und bei der vorzüglichen Quantität des Materials auch sofort abgesetzt, wobei ein Ueberschuss von 1582 M. erzielt wurde. Der Betrieb ist noch sehr ausdehnungsfähig; es hängt dies nur von weiteren Capitalzuflüssen ab. Bis jetzt sind 380 000 M. von 687 Anteilbesitzern — zum grössten Teil Genossenschaften — gezeichnet worden.

Kurze Chronik. Eine am 18. October in Magdeburg abgehaltene Vorstandssitzung des *Centralverbands deutscher Consumvereine* beschloss, das bei der Enquete über die Angestelltenversicherung gesammelte Material einem Versicherungstechniker zu unterbreiten. Eine Anleitung zur Vereinfachung der Buchführung wird demnächst im Verlag des Verbandes erscheinen. — Neugründungen von Consumvereinen haben stattgefunden in Schönhausen, Stralsund und Bochum. — Der britische Genossenschaftsbund hat soeben unter dem Titel *Our Story* durch Miss J. Nicholson die Geschichte der britischen Genossenschaftsbewegung für Kinder erzählen lassen; das mit 35 Illustrationen geschmückte gut ausgestattete und 84 Seiten starke Büchlein kostet 40 Pf. — Eine italienische Gasarbeitergenossenschaft hat sich in Aste, dem Mittelpunkt des italienischen Weinhandels gebildet. Die auf 250 000 L. veranschlagten Errichtungskosten des Unternehmens sollen aufgebracht werden durch Mitgliederanteile a 10 L., bei deren Erwerbung man vor allem auf die 80 000 Mitglieder des italienischen Gasarbeiterverbandes rechnet. Ferner haben sich bereits mehrere Gewerkschaften, Genossenschaften etc. mit 250 000 L. und der Verein italienischer Glasfabrikanten mit 90 000 L. an dem Unternehmen beteiligt.

Gertrud David.

Geistige Bewegung

Die *Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin* (SW., Alexandrinen St. 26), hat den Bericht über ihr 4. Betriebsjahr (25. October 1902 - 1903) erscheinen lassen, der wie die vorhergehenden ein Bild gesunder Entwicklung gibt. Nicht nur, dass die Bibliothek nach dem Urteil der Berliner städtischen Behörden bereits bald nach ihrer Eröffnung »die grösste und am zweckentsprechendsten eingerichtete ihrer Art in Berlin« gewesen ist — sie zeichnet sich vor anderen vornehmlich durch drei Dinge aus, die alle aus der einen gemeinsamen Ursache: der sozialen und politischen Gesinnung ihres Begründers, des Genossen Hugo Heimann, zu erklären sind. Sie ist völlig modern, frei von dem zusammengebettelten Ballast, der so viele sogenannte *Volksbibliotheken* zu einer Rumpelkammer abgelegter Bücher herabwürdigt. Sie ist zwar nicht in dem Sinne socialdemokratisch, dass sie andere Richtungen ausschliesse, die sie vielmehr in reichem Masse, einschliesslich der gegen unsere Partei gerichteten polemischen Literatur, berücksichtigt, aber

sie bietet eine Sammlung der socialistischen und socialpolitischen Schriftwerke, wie sie sonst nicht leicht zu finden und die im Gegensatz zu den seltsam berührenden Schwierigkeiten, die beispielsweise die Berliner Königliche Bibliothek der Benutzung staatsgefährlicher Schriften entgegenstellt, bequem zu benutzen ist. Und sie stellt ihr wertvolles Material mit einer Liberalität dem allgemeinen Gebrauche anheim, wie man sie sonst meist nur bei der leichteren Literatur der Volksbüchereien

zu üben pflegt. Wer sich auszuweisen vermag, hat Zugang zum Lesesaal und Anspruch auf die Entleihung von Büchern; einer Bürgerschaft wie irgend welcher lästigen Förmlichkeiten bedarf es nicht. Dass dies Zutrauen berechtigt ist, beweist die Verlustziffer, die sich in vier Jahren bei über 205 000 ausgegebenen Bänden auf nur 53, das ist 1 auf 4000, stellt.

Die Benutzung der Anstalt, die am 25. October 1899 eröffnet worden ist, ergeben nachstehende Zahlen:

Jahr	Ständige Leser	Entlehene Bände		Nachschlagewerke benutzt	Summe der Bände	Besucher des Lesesaals		
		schöne Literatur	belehrende Literatur			männl.	weibl.	insges.
1899 - 1900	Ende 1900 4686	31 706		6565	38 265	34 434	3235	37 669
1900 - 1901		52 384		12 020	64 404	49 936	2725	52 661
1901 - 1902	5856	45 371	14 076	12 232	71 679	58 201	2469	60 670
1902 - 1903	7473	61 675		13 486	75 161	62 256	2412	64 668
		45 849	15 826					
in summa		205 206		44 303	249 509	204 827	10 841	215 668

Die 7475 ständigen Leser des vierten Betriebsjahrs setzen sich zusammen aus 3812 gewerblichen Arbeitern (51%), 1907 Kaufleuten und Handlungsgehilfen (25½%), 502 Beamten, Aerzten und Juristen (6⅔%), 249 Lehrern und Lehrerinnen (3⅓%), 122 Studenten (1⅔%), 317 Schülern und Seminaristen (4¼%) und 566 Personen ohne Beruf (7⅔%). Der Procentsatz der gewerblichen Arbeiter hat sich unwesentlich vermindert, er betrug im zweiten Jahr 53, im letzten 51. Auffälligerweise fehlen die selbständigen Handwerker, die wohl in der ersten oder der zweiten Gruppe begriffen sind. Die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen betrug im zweiten Jahr 3½, im vierten 3⅓, die der Beamten etc. 6⅓ respective 6⅔, der Studenten 1⅓ respective 1⅔.

Das vierte Jahr wies eine verhältnismässig geringe Zunahme der Benutzung auf, was vielleicht mit der starken tagespolitischen Inanspruchnahme der Leser zusammenhing. Das betrifft vornehmlich die Unterhaltungsliteratur, die nur um 1% mehr Entleihungen als im Vorjahr erfuhr, während die wissenschaftliche Literatur ein Anwachsen der Benutzungsziffer um rund 12½% aufweist und ihren Anteil an der Gesamtausleihezahl von 23⅓ auf 25⅓% erhöhte, dank der Vermehrung der wissenschaftlichen Bestände und dem zu Ende Mai dieses Jahres herausgegebenen ausführlichen Katalog.

Bei der gleichfalls ständigen Zunahme der Frequenz des Lesesaals ist auffällig der ständige Rückgang der weiblichen Besucher. Während die männlichen fortwährend von 34 434 auf 62 256, also um über 4/5, zunahmen, verminderte sich die Zahl der weiblichen von 3235 auf 2412, um über 1/4. Der Procentsatz der Frauen sank fortwährend von 8,6 auf 3,7. Die Ursache mag in der stetigen grösseren Anfüllung der Räume liegen, die vielen Frauen den Aufenthalt unter so zahlreichen Männern verleidet. Ein besonderes Lesezimmer für Frauen dürfte hier sofortige Abhilfe und eine starke Vermehrung des weiblichen Besuchs bringen.

Die Ausleihbibliothek umfasst etwa 17 000 Bände, wovon ein Teil Doubletten. Im Lesesaal ist eine Nachschlagebibliothek von 1149 Bänden aufgestellt. Dazu liegen 510 Zeitungen und Zeitschriften der verschiedensten Art und aller Richtungen aus.

Wertvoll sind die Hilfsmittel zur Benutzung der Bücherei. Der Indicator, eine americanische Einrichtung, zeigt auf einem sämtliche Nummern des Verzeichnisses umfassenden, den Besuchern zugänglichen Kartengestell durch die Schriftfarbe an, ob ein Buch vorrätig oder ausgeliehen ist, und gestattet gleichzeitig die sofortige Feststellung des etwaigen Entleihers und der Dauer seiner Benutzung. Wieviel Zeit und Mühe das für Publicum und Biblio-

thekar erspart, wird jeder Benutzer unserer üblichen Bibliothekseinrichtungen würdigen können. Und besonders wertvoll ist das grosse gedruckte Bücherverzeichnis, das auf 687 Seiten in 19 Haupt- und 160 Unterabteilungen mit einem Sachregister eine vollkommene und leichte Orientierung über den Bücherbestand gestattet und dem man ansieht, dass es mit viel Fleiss und Sachkenntnis zusammengestellt ist. Namentlich ist zu rühmen, dass die auf den Grenzen zwischen verschiedenen Wissensgebieten stehenden Werke, wie die verschiedene Gebiete behandelnden in sämtlichen in Betracht kommenden Rubriken aufgeführt sind und dass in mühsamer Vernetzung einiger Zeitschriften die darin enthaltenen grösseren Abhandlungen einzeln jede in ihrer Rubrik und unter den Nummern des betreffenden Bandes aufgeführt sind. Freilich muss hier das Gebotene nur als erster Schritt gelten. Was der *Deutschen Rundschau* und den *Preussischen Jahrbüchern* recht ist, muss den grossen volkswirtschaftlichen und vor allem den socialistischen Zeitschriften an dieser Stelle gewiss billig sein. Wer so, ohne die Zeit oder Kenntnis zu umfassenden bibliographischen Forschungen zu haben, die zugängliche Literatur über eine bestimmte Frage zu bequemer Benutzung zusammengestellt findet, wird der Mühe des Verfassers danken. Das Verzeichnis, das ich nur für einige mir näher vertraute Fächer eingehend durchmustern konnte, zeigte einen reichen Bestand an guter Unterhaltungs-, wie an wissenschaftlicher und Fachliteratur. Von Vollständigkeit auf irgend welchem Gebiete kann natürlich keine Rede sein. Immerhin vermisst man manche Hauptwerke — um mit Beispielen zu dienen, bei *Geschichte* die grossen Werke von Duncker, Graetz, die *Culturgeschichte der Neuzeit* von Breysig, bei *Erziehung und Unterricht* die köstlichen Schriften Diesterwegs (ausser dem *Wegweiser*). Die Classiker sind in mehreren Exemplaren vollständig, Storms und Nietzsches sämtliche Werke dürften nicht fehlen. Eine ganze Reihe von Schriften ist in zwei und mehr Exemplaren vorrätig, was öfter auch auf Gelegenheitskauf wenig bedeutsamer Bücher beruhen mag.

Besonders reichhaltig sind die verschiedenen Zweige des Gewerbewesens und der Technik vertreten, bei der Zusammensetzung der Leserschaft nur mit Recht. Manche socialwissenschaftliche Gebiete, wie Genossenschaftswesen, Alkoholfrage — bei der die trefflichen Baseler Schriften des *Alkoholgegnerbunds* fehlen — wünschte man stärker vertreten. Namentlich aber dürfte die

Modernität nicht zum Ausschluss früher erschienener wichtiger Schriften — so der Parteitagsprotokolle vor 1887 und älterer Gewerkschaftsschriften — und früherer Jahrgänge actualer Zeitschriften führen. Doch wird ein Interessent auf seinen Specialgebieten nur selten voll befriedigt werden. Ganz gewiss ist eine Fülle vorzüglichen und gut zusammengestellten Materials vorhanden, und unter Berücksichtigung der begrenzten Mittel eines Privatmanns ist das Geschaffene, das ja kein Abgeschlossenes darstellt, rühmlich und dankenswert. Americanische Grossartigkeit, mit der ein Carnegie Hunderte seiner zusammengescharrten Millionen für allgemein bildende Zwecke verstreut, ist bei uns kleinen Deutschen selten genug. Freuen wir uns darum wenigstens unserer Abbe und Heimann und wünschen ihnen viele gleich ernste, einsichtige und opferbereite Nachfolger!

Die städtischen **Volksbibliotheken und Lesehallen Berlins** weisen nach langer Periode des Stillstands in neuester Zeit eine erfreuliche Entwicklung auf. Friedrich von Raumer, der Geschichtsschreiber der Hohenstaufen und Berliner Stadtverordneter, ist ihr Begründer. Er wurde durch die Beobachtungen auf einer 1841 unternommenen nordamericanischen Reise bestimmt, sich der Förderung des Volksbildungswesens in der Heimat zu widmen, und begründete zur Abhaltung von Volksvorträgen den *Wissenschaftlichen Verein*, den der berühmte Jurist und romantisch-reactionäre Politiker von Savigny als eine Herabwürdigung der Wissenschaft bezeichnete, »insbesondere die Teilnahme von Frauen und Mädchen«. Aus diesem erfolgreich tätigen Verein gewann er die Mittel zur Errichtung von Volksbibliotheken, für die 1846 zunächst 4000 Taler verfügbar waren, die aber erst 1850 ins Leben traten, mit einem städtischen Zuschuss von jährlich 1000 Talern. Mangelhaft ausgestattet und wenig zweckmässig verwaltet, fristeten die Bibliotheken ein recht kümmerliches Dasein und wiesen in den achtziger Jahren gar einen Rückgang auf, bis in der letzten Zeit, wesentlich auch unter dem Einfluss socialdemokratischer Kritik, ein neuer Geist einkehrte, täglicher Betrieb in den Abendstunden — noch immer nicht überall — eingeführt und Lesehallen geschaffen wurden. 1903 gibt es 28 Volksbibliotheken, davon 13 mit täglichem, 15 mit wöchentlich dreimaligem Betrieb, 11 in Verbindung mit Lesehallen.

Die Entwicklung ergibt sich aus nachstehenden Zahlen:

Jahr	Bibliotheken	Ausgeliehene Bände
1850	4	circa 25 000
1860	5	" 69 000
1870	11	198 939
1880	21	308 401
1885	24	361 150
1890	26	339 242
1895	27	462 748
1898	27	628 198
1901	28	973 384
1902	28	1 197 922

Die 20. Bibliothek (N., Ravené St. 4) hatte bei einem Bestand von 8 161 Bänden 160 400 Ausleihungen, halb so viel, als die Königliche Bibliothek mit ihrer Million Bände: ein Fingerzeig, welch unendliches Capital in unseren gelehrten Bibliotheken tot liegt, das, richtig nutzbar gemacht, unendlichen Segen verbreiten könnte. Seit 1892 stiegen die Ausleihungen von Unterhaltungs- und schöner Literatur von 312 713 auf 1 001 735 (um 220%), von wissenschaftlicher Literatur von 50 462 auf 196 187 (um 291%), der Anteil der wissenschaftlichen an der Gesamtbenutzung von 13,9 auf 16,4%.

Hier ist auch zu erwähnen die Lesehalle der *Deutschen Gesellschaft für ethnische Cultur*, die für 1902 einen Besuch von 112 475 Personen und 36 693 gelesene Bücher aufweist — nach Hause verliehen wurden 2 235 Bände —, ferner die Bibliothek und Lesehalle der Stadt Charlottenburg, die erste städtische Lesehalle in Deutschland, mit 122 996 ausgeliehenen Bänden und 94 924 Besuchern des Lesesaals. Die 11 Berliner städtischen Lesehallen hatten 120 976 Besucher (im Vorjahr 79 589).

Vergleicht man freilich alle diese Leistungen mit den für unsere Begriffe fast märchenhaften Einrichtungen in England und America, sieht man zum Beispiel, wie die Stadt Boston schon im Jahre 1898 bei einer halben Million Einwohner eine städtische Volksbibliothek von 716 000 Bänden mit 70 000 regelmässigen Besuchern und 1 245 842 Entlehnungen aufweist — neben zahlreichen sonstigen Lesegelegenheiten — und etwa 2 M. pro Kopf jährlich für diese Zwecke verwendet, gegen 22 Pf. in Bremen, 17 1/2 Pf. in Charlottenburg, 9 1/2 Pf. pro Kopf der Bevölkerung in Berlin, dass Manchester schon vor 5 Jahren in seinen 15 Zweigbibliotheken einen taglichen Verkehr von durchschnittlich 12 000 Personen aufwies: so tritt der bildungschaffende Idealismus des *Landes der Denker* in den Hintergrund. Viel Arbeit bleibt hier noch der gemeinsinnigen Aufklärung, auch den Gewerkschaften und Consumvereinen, vor allem aber den Vertretern der Arbeiterschaft in Landtagen

und Gemeinden, bis Deutschland in dieser Hinsicht als Culturland gelten darf.

Kurze Chronik. Der 2. Kunsterziehungstag vom 9. bis zum 11. October in Weimar und behandelte den Unterricht in deutscher Sprache und Literatur. — Der *Verein für volkstümliche Curse von Berliner Hochschullehrern* zählte im vorigen Arbeitsjahr 162 Docenten als Mitglieder und veranstaltete 20 Curse. Zum erstenmal wurden auch Curse über Philosophie und Musik (mit Darbietungen Joachims) abgehalten. Die Vorträge über Zoologie und Botanik fanden die geringste, die über Anatomie, Physik und Astronomie nebst den neu eingerichteten die lebhafteste Beteiligung. 55% der Teilnehmer waren Arbeiter. Die Erfahrungen der Docenten mit den Hörern werden in jeder Hinsicht als vorzüglich gerühmt. — In Berlin werden vom Lehrgesangverein Concerte für Schulkinder veranstaltet. Auch finden gemäss einer Abmachung mit den Stadtverwaltungen Berlin und Charlottenburg im *Schiller-Theater* Festaufführungen für die obersten Volksschulclassen statt. Für etwa 13 000 Berliner und 2 500 Charlottenburger Schulkinder wird in dieser Saison die *Jungfrau von Orléans* aufgeführt. — Die *Neue Gemeinschaft* wird in Schlachtensee ein *Naturtheater*, das 500 Personen fassen soll, errichten. — In Chicago betrug die Zahl der in der *University-Extension* im Jahre 1901-1902 abgehaltenen Volkscurse 190 zu je 6 Vorträgen; die Zahl der Teilnehmer betrug 35 922. Eine Reihe Professoren widmet sich ausschliesslich diesen Cursen. — Sogenannte *Städtebündeltheater* nach Raphael Löwenfelds Vorschlag sind von je einer Reihe kleinerer Städte bisher für Hinterpommern, Vorpommern, Oberschlesien ins Leben getreten. — In Gleiwitz wurde ein *Verband der Volksbibliotheken Oberschlesiens* geschaffen; die fördernde Teilnahme der Regierung bekundet freilich, dass es sich hier, wie bei der neuen Posener Kaiser Wilhelm-Akademie, nicht um Bildungs-, sondern um politische Zwecke hakatistischer Art handelt.

Simon Katzenstein.

Frauenbewegung

Auf dem Hamburger Tage des *Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine*, über den im vorigen Heft bereits referiert wurde, ist auch die Frage der Einheitsschule in durchaus sympathischer Weise besprochen worden. Fräulein Lischnewska verlangte dementsprechend »die einheitliche Organisation des gesamten Schulwesens, in welcher alle Kinder des deutschen Volkes bis zum 12

Jahre ihre grundlegende Bildung empfangen und in welcher sie, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht, lediglich nach Massgabe ihrer Begabung durch die Lehrerschaft den höheren Schulen zugewiesen werden sollen«. Es ist zu begrüßen, dass diese alte Forderung der Socialisten nunmehr auch officiell von den bürgerlichen Frauen übernommen worden ist. Soll sie hier aber nicht ein Torso bleiben, so muss sich unabweisbar die Forderung der Unentgeltlichkeit der Schulen, wie auch der Lehrmittel anreihen, Schulküchen etc. nicht zu vergessen. Dann erst werden alle Kinder des Volkes auf annähernd gleichem Boden sich um die Fahne der Bildung und des Wissens scharen können. — Das in Altona von Fräulein Heymann erstattete Referat zur Sittlichkeitsfrage gestaltete sich zu einem scharfen Angriffe auf die Hamburger Sittenpolizei mit den *polizeitechnisch nicht existierenden Bordellen* und den Hamburgischen Staat, der »in seinen eigenen Mauern den Mädchenhandel caserniert und reglementiert, aber zur Bekämpfung des internationalen seine offizielle Vertretung entsendet«. In etwas ruhigerem Tempo behandelte Dr. Blaschko die Frage der Reglementierung der Prostitution, verlangte aber gleichfalls die Abschaffung der Reglementierung und die Bekämpfung der Prostitution durch hygienische und sociale Massnahmen.

Aus dem Bericht des *Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht*, die Zeit vom 1. Januar 1902 bis 1. October 1903 umfassend, geht hervor, dass der Verein eine Reihe von Versammlungen veranstaltet hat, in denen zur Wahlentrechtung der Frauen in dem Gesetzentwurf, betreffend die Kaufmannsgerichte, und der Krankencassennovelle, zur Wählbarkeit der Frauen zu kaufmännischen Schiedsgerichten und zu den Reichstagswahlen Stellung genommen wurde. Ferner wurde eine Audienz beim Reichskanzler nachgesucht, an der sich von 250 Eingeladenen 35 Frauen beteiligten, und schliesslich wurde in verschiedenen Eingaben eine den veränderten Bevölkerungsverhältnissen Rechnung tragende Neueinteilung der Wahlkreise, kirchliche Wahlrechte, Aufnahme in politische Parteien und ähnliches mehr verlangt.

Gelegentlich der *preussischen Landtagswahlen* haben die proletarischen Frauen in Berlin wiederum von dem Rechte Gebrauch gemacht, einen Wahlverein zu gründen, der wacker an der Arbeit war. Hier und an anderen Orten wurde in einer Reihe von

Versammlungen dargetan, in wie hohem Grade auch die Frauen an den in den Einzellandtagen zur Entscheidung gelangenden Fragen interessiert sind. Noch gibt es kein freies Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen, das elendeste aller Wahlsysteme trifft sie in seinen Folgen gleich den Männern, und an dem Kampf um die Freiheit, sachgemässe Organisation und Unentgeltlichkeit der Schule, um die Verkürzung der Arbeitszeit und ähnliche Dinge sind sie ebenso ernsthaft beteiligt, wie jene.

Der Frauen unter dem *Ausnahmegesetz* gedenkt ein Artikel der *Gleichheit*. Es ist bedauerlich, dass man es einem Frauenblatt überliess, auf den Heroismus und die unermüdliche Opferwilligkeit hinzuweisen, die Frauen in jener schweren Zeit entfalteten. Im Darben und Entsagen, aber auch in der tatkräftigen Arbeit ums tägliche Brot und für die Sache haben Hunderte und aber Hunderte von tapferen Frauen unverzagt und unter den schwierigsten und gefährlichsten Verhältnissen ihre Schuldigkeit getan und mehr als das, allen Hindernissen und Gefahren zum Trotz.

Von neuer *Literatur* ist die Broschüre *Kinderwelt und Prostitution* von Adele Schreiber (Leipzig, Verlag der *Frauenrundschau*) zu nennen; sie gibt eine Zusammenstellung all der unglückseligen Momente, die, wie das Wohnungselend, die frühzeitige Erwerbsarbeit, der Alkoholismus etc., schon das heranwachsende Geschlecht dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verderben überantworten und denen nur durch pädagogische Massnahmen, Beschränkung — wir möchten hier lieber *Verbot* setzen — der Kinderarbeit, Bekämpfung des Alkoholismus, eine umfassende Wohnungsreform entgegengegriffen werden kann. Als ein wertvoller Beitrag zur Sittlichkeitsfrage charakterisiert sich auch die Schrift *Zur Lage der jüdischen Bevölkerung in Galizien* von Bertha Pappenheim und Dr. Sara Rabinowitsch (Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*). Nachdrücklich und unzweideutig wird hier von bürgerlicher Seite auf den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Notlage und crasser Unbildung auf der einen, sittlichem Verfall auf der andern Seite hingewiesen. Dass Galizien eines der bedeutendsten Quellgebiete des Mädchenhandels ist, hängt nicht an letzter Stelle mit dem Umstand zusammen, dass es »dem Geiste der österreichischen Regierung besser zusagt, Tausende von Analphabeten heranwachsen zu sehen, als eben-

sovieler latente Intelligenzen durch Schulbildung zum Denken zu bringen«. Es wird beleuchtet, wie sehr sich die Staatsanimosität gegen die Juden am Staatskörper selbst rächt und dass die Regierung, wenn sie die Bestrebungen, die galizischen Juden leistungsfähiger und wertvoller zu machen, unterstützte, »ohne Sentimentalität und Humanitätsdusel« und »ohne Bevorzugung einer Rasse« nur ihren eigenen Vorteil im Auge hätte. Die Mittel der Abhilfe ergeben sich von selbst aus einer Schilderung der günstigeren Verhältnisse in dem von einer strebsamen Bevölkerung bewohnten Borislav, die mit folgender Betrachtung schliesst: »Die Baron Hirsch-Schule, das Verbot der Kinderarbeit, Arbeit für alle Arbeitswilligen und an Stelle eines Regiments Soldaten einige Tausend organisierter, socialpolitisch geschulter Arbeiter, sind ebensoviele Gründe, dass das Niveau der Sittlichkeit gegen frühere Zeiten und andere Orte gehobener erscheint.« Und an einer anderen Stelle heisst es, dass »die jüdischen Fabrikarbeiter Galiziens ein äusserst intelligenter und lebensfähiger Menschenschlag sind«. Im übrigen wendet sich die Schrift mit einer Reihe wohlgedachter pädagogischer, sanitärer und wirtschaftspolitischer Besserungsvorschläge an die jüdische Philanthropie.

Kurze Chronik. Im Studienjahre 1901-1902 promovierten in Deutschland 11 weibliche Studierende. — In Australien hat im Staate Queensland die erste Concurrenz für die Besetzung öffentlicher Aemter unter Beteiligung von Frauen stattgefunden und zur Anstellung von zwei Frauen geführt. — In Boston wurde eine Gesellschaft für Mutterschaftsversicherung gegründet, die ihren Mitgliedern bei Entbindung von einem lebenden Kinde 100 bis 500 Dollars auszahlt. — In Berlin wurde am 18 October ein zweites Arbeiterinnenheim eröffnet; das erste vor 5 Jahren in der Brückhofstrasse in Betrieb genommene hat sich gut bewährt. — Der Berliner Stadtschulrat für das Fortbildungsschulwesen hat dem Magistrat den Antrag auf Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts unterbreitet; es ist bedauerlich, dass ein solcher Antrag in der Reichshauptstadt heute noch notwendig ist. — Der Grosse Rat des Cantons Genf hat die Zulassung von Frauen zur Advocatur einstimmig beschlossen. — Die australischen Frauen haben beschlossen, einen weiblichen Candidaten für das Centralparlament aufzustellen. — Auch in Schweden agitiert man lebhaft für die politischen Rechte der Frauen; es wurden

dort in jüngster Zeit eine Reihe von weiblichen Wahlrechtsvereinen gegründet, die eine rege Thätigkeit entfalten. *Henriette Fürth.*

Diversa

Bücher

Dr. Theodor Knapp: *Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, vornehmlich des deutschen Bauernstandes.* Tübingen, H. Laupp.

Die vielen localen Geschichtsvereine haben historische Arbeiten, wie sie im Nebenberuf von Lehrern, Bibliothekaren, Verwaltungsbeamten zuletzt in überquellender Fülle geliefert wurden, etwas in Verruf gebracht. Die vorliegenden Aufsätze des jetzigen Rectors des Tübinger Gymnasiums wandten sich anfangs zwar gleichfalls an einen enger begrenzten Leserkreis; meist sind sie zunächst an weniger bekannten Stellen erschienen: in einer Heilbronner Gymnasialfestschrift, in den *Reullinger Geschichtsblättern*, im *Correspondenzblatt für die Gelehrten- und Realschulen Württembergs*, in den *Württembergischen Vierteljahrsheften für Landesgeschichte* u. s. f. Aber bei allen Forschern über alte ländliche Unfreiheit und beginnende Bauernbefreiung, über Geschichte der Grundherrschaft, der Gemeindeverfassung und landesherrlichen Regierung hatte der Name Theodor Knapps längst einen guten Klang, weit über Schwaben und Württemberg hinaus. Die jetzt erfolgte Vereinigung und Uebersetzung der *Beiträge* wird vollends den Sammelreichtum und die ausserordentliche Sachbeherrschung des Verfassers zu allgemeinsten Anerkennung bringen. Für die Wirtschaftsgeschichte, vor allem Südwestdeutschlands, ist das Buch eine wahre Fundgrube. *Max Schippel.*

Jean Jaurès: *Frankreich und Deutschland.* Eine Rede für den Frieden. Uebersetzt von Dr. Albert Südekum. Würzburg, Felix Freudenberger.

Der Kerngedanke der berühmten Friedensrede von Jaurès ist folgender: Frankreich soll aufhören, auf kriegerische Genugtuung für die ihm 1871 von Deutschland zugefügte Niederlage zu sinnen. Eine solche *Revanche*-politik ist unnötig, denn Frankreich ist 1871 mit Ehren besiegt worden; sie ist überflüssig, denn die Demokratisierung des öffentlichen Lebens wird den Elsass-Lothringern auf friedlichem Wege die Erfüllung ihrer berechtigten nationalen Wünsche bringen; und sie ist schädlich, denn gerade die ewigen Kriegsdrohungen halten eine vernünftige Lösung der elsass-lothringischen

Frage auf. Ein Krieg aber, selbst ein für Frankreich siegreicher, wäre überhaupt keine Lösung, da dann eben wieder der besiegte Teil Revanche brüten würde. Vielmehr sei die Vorbedingung einer wirklichen Lösung ein dauernder Friede, gesichert durch Schiedsgerichtsverträge und allgemeine Abrüstung.

Und diese Rede hat Jaurès im französischen Parlament gehalten, unter dem Wutgeschrei der klerikalen und nationalen Heerhaufen, unterbrochen von rasenden Zwischenrufen der Lucien Millevoye, Marquis de Dion und anderer reactionärer HeiSSsporne. Diese Rede ist eine Tat, eine Tat des unerschrockensten Internationalismus. Sie ist zugleich ein Stück jener klugen und echt freiheitlichen Politik, welche eben jetzt zwischen Frankreich und England ein Freundschaftsverhältnis zu stande gebracht und durch einen Friedensvertrag befestigt hat, welche im Begriff steht, mit Italien einen ähnlichen Vertrag abzuschliessen, desgleichen mit Holland, Schweden, Norwegen, und welche so schrittweise das unselige Bündnis mit Russland entbehrlieh macht, an das sich die gängstigte Nation wie an einen Rettungsanker klammerte. Leider aber hat diese Rede auch ihre tiefen Schattenseiten. In allzuraschem, rhetorischen Schwung hat Jaurès das, was für die parlamentarisch regierten Staaten des Westens gilt oder gelten mag, auch auf ganz Osteuropa einschliesslich Russlands ausgedehnt. Alle unterjochten Völker und Völkerschaften Europas, »von Finland bis Irland, von Polen bis zum Elsass« werden auf die friedliche Demokratisierung der respectiven Erobererstaaten, auf die allgemeine Abrüstung und die schiedsgerichtliche Erledigung ihrer Beschwerden verwiesen. Dabei übersieht Jaurès die gewaltige politische Niveaudifferenz zwischen West und Ost. Wenn es heute irische Nationalisten gibt, welche die Idee einer bewaffneten Auflehnung gegen England endgiltig begraben haben und alles Heil von der friedlichen Demokratisierung und Decentralisierung des Vereinigten Königreichs erwarten, so ist das vernünftig und sachgemäss. Auf eine ähnliche friedliche Entwicklung Deutschlands zu hoffen, mag Optimismus sein, aber es hat doch Sinn. Auf eine friedliche Demokratisierung des Czarenreichs zu hoffen, hat keinen Sinn. Russland entwickelt sich nicht, es siedet und brodelt in ihm nur, wie in einem überhitzten ventillosen Kessel; Russland muss erst durch eine Revolution entwickelungsfähig gemacht werden. Ebendeshalb ist es auch verfehlt, das heutige absolutistische Russland in die geplante allgemeine Friedens-

verbrüderung einbeziehen zu wollen; die russische Regierung unterliegt keiner parlamentarischen Controle, folglich ist es nur sie ein Kinderspiel, die schönsten Verträge zu brechen, sobald es ihr passt und sie die Macht dazu hat. Jene Friedensverbrüderung wird ein Bündnis Europas gegen Russland sein, oder sie wird nicht sein. Polen und Finland aber sind gut; europäische Culturländer, die schon längst entwickelungsfähige parlamentarische Einrichtungen besessen, bevor die plumpe Bärenpatze Russlands sie gewaltsam auf das Niveau eines asiatischen Absolutismus zurückwarf. Polen und Finland zur Friedlichkeit gegen Russland mahnen, heisst Rosenöl in blutende Wunden traufeln — ein törichter und grausamer Scherz.

Ladislau Gumplowicz.

Dr. Willy Hellpach: *Die Grenzwissenschaften der Psychologie.* Leipzig, Durrsche Buchhandlung

Hellpach hat sein Werk Wilhelm Wundt gewidmet und damit nicht nur seiner Dankbarkeit und Verehrung für den grossen Mann beredten Ausdruck verliehen, sondern auch den naturwissenschaftlichen Standpunct präcisirt, welcher ihm als der einzig richtige für die Bearbeitung psychologischer Fragen und Probleme erscheint. Das grosse Werk stellt gewissermassen eine anatomisch begründete Psychologie dar; es belehrt aber auch denjenigen, der über Psychologie und die Geheimnisse der Seelenwissenschaft überhaupt zu schreiben und zu forschen begehrt, darüber, welcher umfassenden Kenntnisse er bedarf, um sich in dieses Gebiet wagen zu dürfen. Hellpachs Werk muss jedem als Steuer dienen, der sich in dieses uferlose Gebiet begibt; ansonsten wird sein Schiffelein, jeder Führung beraubt, wie auf wildbewegter See hilflos hin- und hergeworfen. Ohne Bildersprache: Was in Hellpachs Werk an positiven Kenntnissen niedergelegt ist, müsste jeder, der Philosoph und Psychologe heissen will, beherrschen. Den reichsten Gewinn zöge daraus die Literatur; sie würde ärmer an Quantität des Producierten und reicher an Inhalt, reicher an positivem Gehalte.

Das Werk stellt an die Vorbildung des Laien, id est Nichtmediciners, grosse Ansprüche; vielleicht da und dort zu grosse. Das schadet nicht. Dem wirklich Lernbegierigen werden die weniger leicht zu verstehenden Capitel ein Hinweis für neues Quellenstudium sein. Für gebildete Laien wird Hellpachs Buch ein Schatz werden. Hier ist, in schonster Weise geordnet, alles zu finden, was die dem Nichtfachmanne

meist mystisch erscheinende Neurologie und Psychopathologie an positivem Wissen besitzt. Wir wüssten dem Lernbegierigen kein besseres Werk zum Studium zu empfehlen. Des Autors Ansicht aber, dass sein Werk dem Fachmanne, und als solcher kann hier nur ein Nervenarzt und Psychiater gemeint sein, von Nutzen sein wird, können wir nur geteilt gelten lassen: Sein Werk ist eine kurze Inhaltsangabe unseres Specialgebietes, Neues ist in demselben nicht enthalten, und da und dort könnten sogar die Meinungen geteilt sein. Es ist nicht richtig, dass nur die normale Lichtreaction der Pupillen zwischen alkoholischer Pseudotabes und echter Tabes entscheidet (pag. 273), die Anodengalvanisation bei Neuralgie nichts sei, als reine Suggestionstherapie (pag. 279), sie wirkt vielmehr thatsächlich schmerzstillend. Es ist auch nicht richtig, dass wir keine Behandlung der Chorea kennen (pag. 281), und zahlreiche kleine Details mehr, über welche dem Autor offenbar persönliche Erfahrung fehlt. Ueber diese Sachen wird sowohl die Erfahrung, als ein gutes Lehrbuch der Nervenheilkunde andere Aufschlüsse geben. Damit wollen wir den Wert des Buches in keiner Weise herabsetzen. Es sei nochmals betont, dass wir kein besseres wissen, um es intelligenten Laien zur Belehrung wärmstens empfehlen zu können. Und speciell sei noch eines hervorgehoben: Hellpachs Werk sei gerade den lernbegierigen Frauen wärmstens empfohlen. Von wissenschaftlichem Ernst getragen, von der Wichtigkeit der Sache durchdrungen, ist in diesem Werke nichts zu finden, was Anstoss erregen könnte. Heutzutage, wo zahllose Mädchen und Frauen dem ärztlichen Studium näher treten wollen und medicinische Bildung suchen, auch ohne den Beruf des Arztes ergreifen zu wollen oder zu können, ist Hellpachs Buch in die allererste Reihe der Werke zu stellen, welche ernst denkende und tiefer angelegte Frauen zur Hand nehmen sollten.

Wir wünschen dem schönen Werke einen grossen Leserkreis; ohne Nutzen wird es niemand lesen, und die wunderbarsten Seiten der Naturwissenschaft, der Seelenkunde und Nervenlehre werden so manchem Verständnis durch das selbe erschlossen werden.

Alfred Fuchs.

Paula Dehmel: *Rumpumpel*. Mit Bildern von Karl Hofer. Köln, Schafstein & Co.

Das Buch ist für das kleinste Alter bestimmt und scheint zu diesem Zweck ausgezeichnet gelungen. Die Verse sind, einige Geschmacklosigkeiten abgerechnet, recht

eigentlich im Kindersinn gemacht. Sie geben manchmal, ähnlich dem Volkskinderlied, ausserordentlich lebendige und lose an einander geknüpfte Bilder, sind lustig und im Rhythmus und Klang scharf und deutlich ins Ohr fallend, wie etwa:

»Has, Has, Osterhas,

Wir möchten nicht mehr warten!

Der Crocus und das Tausendschön,

Vergissmeinnicht und Tulpe stehn

Schon lang in unserm Garten.«

Eine bunte Reihe alter und neuer Vorstellungen weiss Paula Dehmel ins Leben zu rufen; das letzte Gedicht gibt eine grosse Klebewerkstatt im Himmel, wo die Engel an langen Tischen sitzen und Weihnachtssachen zurecht kleben und -zimmern und Herr Jesus an dem Verzeichnis der Sachen arbeitet; ich finde die Vorstellung ungläublich drollig und kindlich derb. — Die Bilder sind für mich im ganzen und grossen genommen sehr reizvoll. Allerdings ist die Vereinfachung zu einem fast erschreckenden Grade geführt; die Dinge sind nach Art der *Struwelpeter* gegeben, wie etwa Kinder sie selbst zeichnen würden, und oft könnten wohl die dargestellten Menschen in den Verhältnissen ihrer Gliedmassen etwas richtiger sein — aber dieser Mangel scheint mir gänzlich zurückzutreten, einmal gegen die entzückenden Farben, die so bunt, licht und sonnig sind, dass es eine Augenfreude ist, und gegen Hofers naive Komik. Sein Bild zu dem vorher schon erzählten Gedicht ist charakteristisch. Jedes der Engelchen sitzt da auf einem extra Wolkenklümpchen und arbeitet an der Weihnachtsherrlichkeit herum — das Ganze hängt noch voll roter und grüner Sterne, und der Herr Jesus, wie ein Lehrer, aber in goldenem Kleid, steht an seinem Katheder auf einem Wölkchen und hat einen langen Federhalter in der Hand und auf seiner sanften Nase eine Brille. — Ein Vergleich mit den Kreidolf'schen Illustrationen liegt nahe, und wenn auch Kreidolf wohl bei weitem künstlerischer ist, so scheint mir ein wesentlicher Vorzug Hofers, dass er vollständig darauf verzichtet, seine Bilder decorativ zu umkleiden oder Gegenstände von der Umrahmung überschneiden zu lassen, wobei mit Reizen gearbeitet wird, die für Kinder bei weitem zu compliciert sind. Hofer umgrenzt seine Bilder mit einem schwarzen Strich, und nichts geben sie, was für die Kinder nicht Sinn und Bedeutung hätte — schade nur, dass er, wie auch Kreidolf, sich nicht genau an den Text hält und so ein deutliches Bedürfnis der Kinder unberücksichtigt lässt. *Lisbeth Stern.*